

JETZT AUCH MIT LESERDRUCKUNG
(im Editorial)

WikiReader Digest

2005-16

Eine Artikelauswahl aus der freien Enzyklopädie Wikipedia



Zur Bundestagswahl 2005:

- das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Wahl '05
- Kanzler Gerhard Schröder
- Herausforderin Angela Merkel
- der Reichstag

Ausserdem:

- Erneuerbare Energien
- Biogas
- Hurrikan Katrina
- Metro Budapest
- *und vieles mehr*



Impressum

Autoren: Eine komplette Liste der beteiligten Autoren findet sich im Anhang
Herausgeber, Layout & Druck: Thomas R. »TomK32« Koll, <verlag@tomk32.de>
Helfer: Centic, FEXX, Stockwerk und viele mehr die alle im Anhang zu finden sind.
ISSN (Online-Ausgabe): 1613-7752
Webseite: http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:WikiReader_Digest

Über Wikipedia

Die Wikipedia ist eine **freie Enzyklopädie** die es sich zur Aufgabe gemacht hat, jedem eine freie Wissensquelle zu bieten, an der man nicht nur passiv durch Lesen teilhaben kann, sondern auch **aktiv mitwirken** kann. Auf der Webseite <http://de.wikipedia.org> findet man die aktuelle Version der Wikipedia in die man sofort und ohne Anmeldung sein eigenes Wissen bringen darf. Seit Anfang 2001 sind so zwei Millionen Artikel in über 100 Sprachen entstanden.

Seit 2003 ist die Wikipedia Teil der **Wikimedia Foundation** die sich um das technische Umfeld der Wikipedia kümmert und den laufenden Betrieb finanziert. Die deutsche Sektion, der **e. V. Wikimedia Deutschland** hilft dabei in Deutschland und freut sich über neue Förder-Mitglieder. Die Wikimedia betreibt auch andere Projekte wie das Wörterbuch Wiktionary, die Lehrbuchsammlung Wikibooks oder die Nachrichtenagentur WikiNews.

Über die Reihe »WikiReader Digest«

Neben den WikiReadern die nur ein bestimmtes Thema zum Ziel haben, wurde der Digest im Juli 2004 gegründet um den Lesern regelmäßig eine Auswahl unterschiedlichster Themen zu bieten. An der Themenauswahl kann natürlich jeder mitwirken, man darf also seine Lieblingsartikel oder auch die eigene Arbeit einem großen Publikum vorstellen. Das Zielpublikum sind all jene die langes Suchen in der Wikipedia scheuen und sich lieber (beinahe) zufällig über aktuelle und interessante Themen informieren wollen.

Rechtliches

Wie auch die Wikipedia selbst, steht der WikiReader Digest unter der **GNU-Lizenz für Freie Dokumentationen** (GNU FDL) die sich im Anhang findet. Zusammenfasst erlaubt die Lizenz den WikiReader frei zu kopieren, zu verteilen und auch zu verändern. Die Lizenz wie auch die Liste der Autoren sollte dabei aber enthalten bleiben.

Druckausgabe

Für alle jene die nicht gerne über 60 Seiten am Bildschirm lesen, gibt es eine Druckausgabe die im Jahresabonnement 85,- € kostet, also etwa 3,30 pro Ausgabe incl. Versand. Wer nur testhalber mal reinschauen will, kann auch eine einzelne Ausgabe für 4,- € incl. Versand bestellen unter <http://verlag.tomk32.de> Natürlich kann man auch noch alten Ausgaben bekommen, werden allerdings nicht inhaltlich aktualisiert.

Editorial

Heute will ich mal wieder ein Editorial schreiben, nachdem letztes Mal eh keine Beschwerden über das kurze Editorial kamen, wird es ja wohl sowieso niemand lesen. Schluss mit den Späßen: Jetzt werd ich wieder ernst, jetzt kommt die

LESERERPRESSUNG

Die Auflage des WikiReader Digest dümpelt vor sich hin und daher werde ich nächstes Mal die Farben Rot, Grün und Blau die ich in Geiselnhaft habe aus der Online-Ausgabe eliminieren wenn nicht meine Forderungen erfüllt werden:

- entweder es schlagen 100 Leute mindestens einen Artikel für die nächste Ausgabe des WikiReader Digest vor (Betrug ist nicht!) sihe http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:WikiReader_Digest/Redaktion oder Mail an meinen unauffälligen Postkasten verlag@tomk32.de
- oder es werden bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe drei Abos der Druckausgabe bestellt. Ihr dürft die natürlich auch gerne verschenken. Die Bestellung kann in kleinen, nicht-nummerierten Scheinen hier abgegeben werden: <http://verlag.tomk32.de>

Für die Abonnennten der Druckausgabe gilt beides natürlich nicht.

gez. i. A. der Erpresser

4 Bundestagswahl 2005

Unerwartet kam Schröders Entscheidung Neuwahlen durchzuführen.

11 Urteil des BVerfG zur Neuwahl 2005

Voraussehbar war hingegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Eine bessere Möglichkeit zur Selbstaflösung des Bundestages wird es deswegen aber nicht geben.

13 Gerhard Schröder

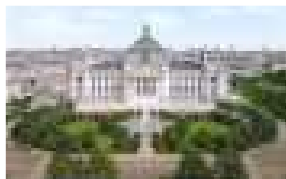
Der Kanzler holt hin den letzten zwei Wochen vor der Wahl immer mehr auf. Es heißt nicht ohne Grund Kanzler-Bonus.

16 Angela Merkel

Die Kandidaten unterlag 2002 Unionsintern Edmund Stoiber und konnte sicher nicht ohne Schadenfreude dessen Niederlage beobachten. Aber steht dieses Mal als klare Favouritin fest.

18 Reichstagsgebäude

In Brand gesetzt, bombardiert, nach dem Zweiten Weltkrieg sehr eigenwillig restauriert, verhüllt und heute mit einer Glaskuppel. Ein bewegtest Gebäude, symbolhaft für Berlin.



21 Wahlsystem

Wie immer die Fragen: Erststimme? Zweitstimme? Aber es gibt noch mehr zum Thema und auch einen Blick in andere Ländere

22 Erneuerbare Energie

Im Grunde ist der Begriff falsch da ja sogar die Sonne irgendwann verloschen sein wird. Bis dahin aber kann man nicht nur Sonne und Wind nutzen.

26 Biogas

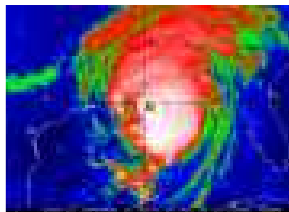
Ein Treibstoff der Zukunft? Aber wann wird diese beginnen?

27 Flexible Fuel Vehicle

Manche testen unfreiwillig ob ihr Fahrzeug flexibel genug ist und tanken aus Versehen Diesel. Aber es gibt auch ernsthafte Forschungen daran.

28 Hurrikan Katrina

Den Galveston-Hurrikan hatten wir schon vor ein paar Monaten im Digest, Katrina aber übertrifft diesen..



34 Metro Budapest

Wieder einmal ein ausgezeichneteter Artikel zu einer U-Bahn geschrieben vom Team um Jcornelius.

40 Robert Moog

Der wichtigste Elektrotechniker in der Musikgeschichte. Sein Synthesizer revolutioniert die Musik aber seine Arbeiten am Theremin war ihm genauso wichtig.

41 Eisenhutblättriger Hahnenfuß

42 Carl van Vechten

Der US-Amerikanische Autor und Fotograf war einer der Patronen der Harlem Renaissance. Heute ist sein Bildarchiv ein wertvolles Erbe.



43 Harlem Renaissance

44 Very Large Array

45 Hugo Chávez

Der vneezolanische Staatspräsident überdauerte einen Putschversuch und sorgt heute für Ärger in Washington durch seine Kooperation mit Fidel Castro.



50 Felix the Cat

Eigentlich wollte ich auch noch Fritz the Cat aufnehmen, aber da war mir eine ganze Seite Comic doch wichtiger.

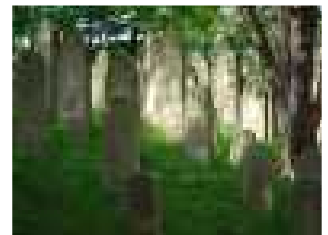


54 Kilroy und Kilroy, Kilroy

Ki1r0y w45 h3r3

55 Der alte jüdische Friedhof an der Oberstraße in Hannover

Der älteste in Norddeutschland erhaltene jüdische Friedhof wurde im 16. Jahrhundert angelegt und wurde schon 1864 geschlossen, wohl ein Grund warum er die Nazi-Herrschaft gut überstand.



56 Edvard Munch

Auch nach über einem Jahr sind seine gestohlenen Gemälde „Der Schrei“ und „Madonna“ noch nicht gefunden worden.

59 Yasukuni

Der Yasukuni-Schrein sorgt durch Besuche japanischer Minister für ein kühles Klima zwischen China und Japan. Ein guter Grund einmal zu wissen was der Schrein bedeutet.



61 Autoren

61 Verwendete Artikel

61 GNU Free Documentation License

Bundestagswahl 2005

Die **Bundestagswahl 2005**, die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag, findet am 18. September 2005 statt. An diesem Tag wird jedoch nur in 298 von 299 Wahlkreisen gewählt. Im Wahlkreis 160 (Dresden I) findet am 2. Oktober 2005 eine Nachwahl statt.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte die Vertrauensfrage an das Parlament gerichtet, das ihm mit seinem Votum vom 1. Juli 2005 das Vertrauen nicht aussprach. Anschließend hat der Kanzler die Auflösung des Bundestags vorgeschlagen. Bundespräsident Horst Köhler hat am 21. Juli 2005 den 15. Deutschen Bundestag aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Über die Verfassungsmäßigkeit dieses Verfahrens existieren sowohl unter Publizisten als auch unter Rechtswissenschaftlern unterschiedliche Auffassungen, zumal das Bundesverfassungsgericht 1983 in einem ähnlichen Fall massive Bedenken geäußert hatte. Bei der Bundestagsauflösung 2005 stellte es schließlich in seinem im Ergebnis mit 7:1 Stimmen gefällten Urteil vom 25. August 2005 die Verfassungsmäßigkeit der Bundestagsauflösung fest.

Das Vorziehen der Wahl des Bundestags bedeutet zwar eine Verkürzung der laufenden Legislaturperiode, hat aber keine Auswirkung auf die Länge der 16. Legislatur.

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 am 18. September werden circa 61,9 Millionen Deutsche im In- und Ausland als Stimmberechtigte die Zusammensetzung des 16. Deutschen Bundestages bestimmen dürfen (2002: ca. 61,4 Millionen Stimmberechtigte laut Bundeswahlleiter). Ca. 12,1 Prozent der Wahlberechtigten sind zwischen 21 und 29 Jahren alt, fast 33 Prozent sind älter als 60 Jahre. 4,2 Prozent sind Erstwähler. Ca. 52 Prozent sind weibliche Wähler.

Politischer Hintergrund

Nach der deutlichen Niederlage der SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 erklärte der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering eine halbe Stunde nach Schließung der Wahllokale in Absprache mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, eine Neuwahl schon im Herbst 2005 herbeiführen zu wollen. Um 20 Uhr erklärte Bundeskanzler Schröder in einer kurzen Ansprache:

"Deutschland befindet sich in einem tief greifenden Veränderungsprozess. Es geht darum, unser Land unter den besonderen Bedingungen der Überwindung der deutschen Teilung auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts auszurichten. Mit der Agenda 2010 haben wir dazu entscheidende Weichen gestellt. Wir haben notwendige Schritte unternommen, die sozialen Sicherungs-

systeme zukunftsfähig zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Erste Erfolge auf diesem Weg sind unübersehbar. Bis sich aber die Reformen auf die konkreten Lebensverhältnisse aller Menschen in unserem Land positiv auswirken, braucht es Zeit. Vor allem aber braucht es die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für eine solche Politik. Mit dem bitteren Wahlergebnis für meine Partei in Nordrhein-Westfalen ist die politische Grundlage für die Fortsetzung unserer Arbeit in Frage gestellt. Für die aus meiner Sicht notwendige Fortführung der Reformen halte ich eine klare Unterstützung durch eine Mehrheit der Deutschen gerade jetzt für erforderlich. Deshalb betrachte ich es als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland als meine Pflicht und Verantwortung, darauf hinzuwirken, dass der Herr Bundespräsident von den Möglichkeiten des Grundgesetzes Gebrauch machen kann, um so rasch wie möglich, also realistischerweise für den Herbst dieses Jahres, Neuwahlen zum Deutschen Bundestag herbeizuführen."

Vertrauensfrage

siehe Hauptartikel Vertrauensfrage oder Ausgabe 2005-11

Verfassungsrechtliche Problematik

Nach dem Grundgesetz (GG) gibt es in Deutschland kein Selbstauflösungsrecht des Parlaments und daher kein in der Verfassung geregeltes Verfahren für eine vorgezogene Wahl - anders als etwa in Großbritannien, wo vorgezogene Wahlen den Regelfall darstellen. Der Bundeskanzler stellte am 1. Juli 2005 im Parlament die Vertrauensfrage gemäß Art. 68 GG http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/gg/art_68.html . Es war nach den Anträgen von Willy Brandt (1972) und Helmut



Stimmzettel aus dem Wahlkreis 252, Würzburg, zur Bundestagswahl



Briefwahlunterlagen zur Bundestagswahl 2005

Kohl (1982) das dritte Mal, dass der Bundeskanzler die Vertrauensfrage mit dem Ziel stellte, sie zu "verlieren". Für eine derartige Vertrauensfrage hatte sich die Bezeichnung *unechte Vertrauensfrage* eingebürgert. In seinem Urteil vom 25. August 2005 hat das Bundesverfassungsgericht diesen Terminus verworfen und den Begriff *auflösungsgerichtete Vertrauensfrage* eingeführt.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellten mit einer hinreichend großen Zahl von Enthaltungen sicher, dass die Vertrauensfrage nicht positiv beantwortet wurde. Die Kanzlermehrheit von 301 Stimmen wurde daher verfehlt.

Anschließend schlug der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten vor, den Bundestag aufzulösen. Der Bundespräsident ordnete am 21. Juli 2005 die Parlamentsauflösung an. Er bezog sich in seiner Begründung auch auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1983.

Damals hatten die Richter bezüglich der von Bundeskanzler Helmut Kohl auf ähnliche Weise herbeigeführten vorgezogenen Wahlen festgestellt, dass es keineswegs der freien Disposition des Bundeskanzlers unterliege, auf diese Weise vorzeitige Wahlen herbeizuführen (BVerfGE 62, 1 <http://www.oefre.unibe.ch/law/dfr/bv062001.html>). Vielmehr soll das Parlament kraft des normativen Charakters der vierjährigen Legislaturperiode nach Möglichkeit auch so lange amtieren und der Bundeskanzler eine Bundestagsauflösung nur dann anstrengen dürfen,

„wenn es politisch für ihn nicht mehr gewährleistet ist, mit den im Bundestag bestehenden Kräfteverhältnissen weiter zu regieren. Die politischen Kräfteverhältnisse im Bundestag müssen seine Handlungsfähigkeit so beeinträchtigen oder lähmen, daß er eine vom stetigen Vertrauen der Mehrheit getragene Politik nicht sinnvoll zu verfolgen vermag.“

Somit ist – wenn auch in wechselseitigen Grenzen – ein gewisser Vorrang der Parlamentsperiode vor den Regierungsinteressen gegeben. Dennoch räumte das Verfassungsgericht die Kompetenz, die politische Lage als kritisch im Sinne des Art. 68 einzuschätzen, in erster Linie dem Bundeskanzler ein. Auch die darauf folgende Prüfung des Bundespräsidenten hat sich an den Kriterien des Bundeskanzlers zu orientieren.

Ob die 1983 vom Bundesverfassungsgericht genannten Voraussetzungen vorlagen, ist sowohl unter Publizisten als auch unter Rechtswissenschaftlern umstritten. Die Regierungsparteien haben eine – wenn auch knappe – Mehrheit von drei Sitzen über der absoluten Mehrheit. Außerdem konnten bisher alle Gesetzesentwürfe im Bundestag mit der Kanzlermehrheit verabschiedet werden. Dass alle im Bundestag vertretenen Parteien Neuwahlen für notwendig ansehen, ist grundsätzlich unbeachtlich, da der Bundestag über kein Selbstauflösungsrecht verfügt. Dem Bundespräsidenten könne aber diese Einigkeit einen „zusätzlichen Hinweis [geben], dass eine Auflösung des Bundestages zu einem Ergebnis führen werde, das dem Anliegen des Art. 68 GG näher kommt als eine ablehnende Entscheidung“, so das Verfassungsgericht 1983.

Meinungsbild in der Rechtswissenschaft

Unter Staatsrechtlern löste die Absicht, vorgezogene Neuwahlen durchzuführen, eine kontroverse Diskussion aus, die sich im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen lässt:

- **Die Kritiker** halten das Herbeiführen von Neuwahlen mittels Vertrauensfrage für verfassungswidrig. Der Bundeskanzler könne allenfalls dieses Verfahren wählen, wenn er daran zweifle, ob er von der Parlamentsmehrheit getragen werde. Parlament ist der *Bundestag*, und dort habe der Kanzler sichere Unterstützung; auf andere Organe wie etwa den Bundesrat dürfe er nicht verweisen, nur weil

seine Minderheitsunterstützung weiter geschwunden ist. Der Kanzler könne allenfalls zurücktreten (Hans Herbert von Arnim, Peter Baumeister, Ernst Benda, Hermann-Josef Blanke, Volker Epping, Karin Graßhof, Dieter Grimm, Josef Isensee, Konrad Kruis, Philip Kunig, Wolfgang Löwer, Ingo von Münch, Martin Oldiges, Christian Pestalozza, Jochen Rozek, Wolf-Rüdiger Schenke, Edzard Schmidt-Jortzig, Hans-Peter Schneider, Rupert Scholz, Dieter Umbach, Wolfgang Graf Vitzthum, Rainer Wahl).

- **Die Befürworter** sind in zwei Gruppen zu finden, die sich in der Begründung ihrer Haltung unterscheiden:
 - Eine Gruppe hält Neuwahlen für zulässig, da sich die Regierung in einer politischen Krise befinde, die ihr die Durchsetzung ihrer Politik funktional nicht erlaube. Auf eine formale Festlegung hinsichtlich des Bundestags – unter Abgrenzung vom Bundesrat – komme es nicht an, allenfalls wären die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat mitzuberücksichtigen (Peter Michael Huber, Ernst Gottfried Mahrenholz, Dietrich Murswiek, Joachim Wieland).
 - Die andere Gruppe betont die dem Kanzler von der Verfassung zugewiesene Einschätzungsprärogative, ob er die ihn tragende Mehrheit als hinlänglich sicher für seine Politik empfindet oder ob er die Vertrauensfrage stellt. Dies sei ausschlaggebend. Die Regierungskoalition verfüge ohnehin nur über eine Mehrheit von drei Stimmen über der Kanzlermehrheit, und diese Mehrheit sei nunmehr noch „wackeliger“ geworden, so dass es schwierig sei, sein Urteil anzuzweifeln (Georg Hermes, Roman Herzog, Christian Hillgruber, Jörn Ipsen, Hans-Hugo Klein, Joachim Rottmann).

Rechtspolitische Forderungen nach parlamentarischem Selbstauflösungsrecht

Obwohl mehrere Verfassungsrechtler, darunter Ernst Benda, Ernst Gottfried Mahrenholz und Ingo von Münch, öffentlich eine Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel eines *Selbstauflösungsrechts* des Parlaments befürworteten, wurde ihre Forderung von keiner Partei aufgegriffen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Neuwahlen 2005 hat sich eine lebhafte Diskussion über eine solche Verfassungsänderung entwickelt. Befürworter finden sich in allen Parteien. Auch Bundespräsident Horst Köhler sprach sich für eine Diskussion darüber aus.

Einigkeit besteht unter den Befürwortern darüber, dass zur Missbrauchsverhinderung ein hohes Quorum gelten muss, damit nicht aus reinem politischem Kalkül heraus Neuwahlen herbeigeführt werden können. Diskutiert werden eine Mehrheit von 2/3, von 3/4 oder 4/5 der Bundestagsabgeordneten.

Organstreitverfahren von Bundestagsabgeordneten

In einem Organstreit vor dem Bundesverfassungsgericht (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/gg/art_93.html) können Bundestagsabgeordnete die Auflösungsanordnung anfechten. Sie sind in ihren Rechten verletzt, wenn die Parlamentsauflösung verfassungswidrig wäre, denn diese verkürzt ihr bis Herbst 2006 erteiltes Mandat. Die Abgeordneten Jelena Hoffmann (SPD) und Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) leiteten einen solchen Organstreit gegen den Bundespräsidenten ein. Berichterstatter in dem Verfahren war Richter Udo Di Fabio. Das Gericht hielt am 9. August 2005 eine mündliche Verhandlung ab und wurde der allgemein geäußerten Erwartung gerecht, wie bereits 1983 eine Entscheidung noch vor dem angesetzten Wahltermin zu treffen. Es

verkündete am 25. August 2005 das Urteil:

Die Anträge der Abgeordneten wurden vom Bundesverfassungsgericht als unbegründet zurückgewiesen. In der Urteilsverkündung führte das Gericht aus, die Auflösung des Deutschen Bundestages durch den Bundespräsidenten sei rechtmäßig. Es verwies auf die Einschätzungsprärogative des Bundeskanzlers und den begrenzten Kontrollumfang des Verfassungsgerichts. Die Entscheidung erging mit 7:1 Stimmen. Zwei dieser sieben Richter, stützen das Ergebnis der Senatsmehrheit mit einer abweichenden Begründung.

siehe ausführlich: Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Neuwahlen 2005

Der Bundespräsident hatte erklärt, dass er – anders als Karl Carstens im Jahr 1983 – nicht zurückgetreten wäre, falls das Gericht seine Auflösungsentscheidung für verfassungswidrig erklärt hätte.

Hätte der Bundespräsident die Auflösung des Bundestags abgelehnt, dann hätte der Bundeskanzler ein Organstreitverfahren gegen den Bundespräsidenten anstrengen können. Grundsätzlich ist der Bundespräsident jedoch nicht verpflichtet, den Bundestag aufzulösen. Es handelt sich um eine Ermessensentscheidung. Um einem Antrag des Bundeskanzlers stattzugeben, müsste entweder der Bundespräsident sein Ermessen *nicht pflichtgemäß* ausgeübt haben oder er müsste zu Unrecht davon ausgegangen sein, dass ihm kein Ermessen zusteht, da er rechtsirrig die (insbesondere ungeschriebenen) Voraussetzungen für eine Auflösung als nicht gegeben angesehen hätte.

Verfassungsstreitverfahren von Parteien und Bürgern

Auch mehrere kleine Parteien (nach Angaben des Bundesverfassungsgerichts mindestens acht) haben Organstreitverfahren beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet, da sie sich durch die verkürzte Vorwahlzeit benachteiligt sehen.

Die APPD hat bereits wenige Minuten nach der Auflösungsanordnung des Bundespräsidenten einen Antrag eingereicht. Auch sind unter anderem Anträge der ödp, der Familien-Partei und der Partei Pro DM eingegangen. Mit den Anträgen wenden sich die Parteien in erster Linie dagegen, dass sie bis zum Wahltermin nur äußerst wenig Zeit hatten, um die erforderlichen Unterschriften zu sammeln, während vor normalen Wahlen dafür 13 Monate zur Verfügung gestanden hätten. Hierdurch sehen sie ihre Chancen, im gesamten Bundesgebiet zur Wahl anzutreten, beeinträchtigt. Manche Parteien haben als Verfahrensart die Verfassungsbeschwerde gewählt.

Die Anträge der Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit, der Familien-Partei und der ödp, den Organstreitverfahren von Werner Schulz und Jelena Hoffmann beizutreten, hat das Bundesverfassungsgericht durch Beschlüsse vom 8. August 2005 abgelehnt mit der Begründung, dass das mit den Organstreitverfahren der drei Parteien geltend gemachte Interesse dem der beiden klagenden Bundestagsabgeordneten nicht gleichgeordnet sei.

Am 23. August 2005 verwarf das Bundesverfassungsgericht die Anträge der ödp und der Familien-Partei als unzulässig (Az.: 2 BvE 5/05). Denn die Auflösung des Bundestags tangiere die Parteien nicht in ihren Rechten, auch nicht - wie hilfsweise geltend gemacht - in ihrer Chancengleichheit aus Art. 38 und Art. 3 Grundgesetz. Gegen die 1975 verabschiedeten Regelungen betreffend die Unterschriftenquoten, die der Gesetzgeber auch bei der Wahlrechtsnovelle von 1985 trotz Kenntnis von der diesbezüglichen Problematik bei vorgezogenen

Bundestagswahlen unangetastet gelassen hat, hätte binnen sechs Monaten nach ihrem Erlass vorgegangen werden müssen.

Die Verfassungsbeschwerde der Partei Offensive D (Az.: 2 BvR 1298/05) wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen.

Des Weiteren haben auch mehrere Bürger Verfassungsbeschwerde gegen die Bundestagsauflösung erhoben.

Nachwahl in Dresden

Nach dem Tod der Direktkandidatin der NPD, Kerstin Lorenz, wird die Abstimmung im Wahlkreis 160 (Dresden I) auf den 2. Oktober 2005 verschoben. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es das bislang zweimal gegeben: 1961 und 1965 musste wegen verstorbenen Kandidaten eine Nachwahl zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, was aber in beiden Fällen keinen Einfluss auf die parteipolitische Zusammensetzung des Bundestages hatte.

Damit können etwa 219.000 Dresdner (6,1 Prozent der sächsischen Wahlberechtigten) am 18. September nicht wählen. Die bisher abgegebenen Briefwahl-Stimmen sind ungültig und werden vernichtet.

Das endgültige amtliche Wahlergebnis wird erst nach der Wahl in Dresden festgestellt. Nach Ansicht des Berliner Staatsrechtlers Christian Pestalozza müssen die Ergebnisse vom 18. September bis zum Abschluss der Nachwahl unter Verschluss gehalten werden. Andernfalls könnten die betroffenen Bürger ihre Stimme viel gezielter einsetzen. "Dadurch sind Freiheit und Gleichheit der Wahl beeinträchtigt", so der Experte. Das halte er für verfassungsrechtlich bedenklich. Ähnlich äußerte sich der CDU-Direktkandidat in dem betroffenen Wahlkreis, Andreas Lämmel. Er sagte der "Bild-Zeitung", die Auszählung der Stimmen in ganz Deutschland dürfe erst erfolgen, wenn auch die in Dresden eingesammelt seien. Auch die Dresdner FDP-Direktkandidatin Peggy Bellmann forderte: "Bis zur Nachwahl dürfen nirgendwo Stimmen ausgezählt werden."

Bei der Bundestagswahl vor drei Jahren hatte die SPD mit nur geringem Vorsprung gewonnen. Möglicherweise könnte der Wahlkreis 160 entscheidend für die Bundestagsmehrheit sein. Experten rechnen daher mit einer konzentrierten Wahlkampfaktion ab dem 19. September. Denkbar ist auch, dass - bedingt durch das negative Stimmgewicht - Wähler der CDU der Partei durch die Stimmabgabe schaden würden und sich daher genötigt sehen, eine andere Partei oder gar nicht zu wählen.

Personelle Zusammensetzung

Auch für den 16. Deutschen Bundestag beträgt die gesetzliche Anzahl http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bwahlg/_1.html der Abgeordneten 598. Die Wahlkreiszusammensetzung wird allerdings in einigen Gebieten im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 verändert. Thüringen wird (von 10 auf 9) einen Wahlkreis verlieren, Bayern (von 44 auf 45) einen hinzugewinnen. Die Wahrscheinlichkeit von etwaigen Überhangmandaten wird damit etwas verringert.

Politische Konstellation

SPD

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte im Jahr 2003 angekündigt, bei den nächsten Bundestagswahlen zum dritten Mal als Kanzlerkandidat für die SPD antreten zu wollen, wenn diese auch



Gerhard Schröder (SPD)

eigentlich erst für 2006 vorgesehen waren. Die Fortführung der rot-grünen Koalition ist das erklärte Ziel der SPD-Spitze; eine große Koalition von SPD und CDU wird zwar als "nicht gewollt" dargestellt, jedoch auch nicht ausgeschlossen.

Gleichzeitig sind einige SPD-Politiker bemüht, sich deutlich von den Grünen abzusetzen. So erklärte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, man wolle keinen "Mopsfledermaus-Wahlkampf" führen.

Außerdem will die SPD in ihrem Wahlmanifest durch "Innovationsregionen" Bürokratie abbauen. Der Bundeshaushalt soll konsolidiert werden, aber es wird keine terminliche Zielvorgabe genannt.

CDU/CSU

CDU/CSU streben für die vorgezogene Neuwahl im Herbst 2005 die Ablösung der gegenwärtigen Bundesregierung an. Als Koalitionspartner nennen sie die FDP; eine große Koalition mit der SPD lehnen sie ab. Die Union hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel als Kanzlerkandidatin nominiert. Diese hat angekündigt, im Falle eines Wahlsiegs die Mehrwertsteuer von 16% auf 18% anzuheben und dafür die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um zwei Prozentpunkte zu senken. Außerdem soll der Atomkonsens zugunsten längerer Laufzeiten der Kraftwerke aufgegeben werden. Dadurch verspricht sich die Union eine Senkung der Strompreise. Die gesetzliche Krankenversicherung soll künftig über eine Gesundheitsprämie, deren Höhe nicht wie bisher nach dem Einkommen bemessen wird, finanziert werden; es ist jedoch ein Steuerausgleich für Geringverdiener vorgesehen. Außerdem will Merkel Bürokratie abbauen und den Bundeshaushalt bis 2013 konsolidieren.

Dem so genannten Kompetenzteam der Kanzlerkandidatin Merkel gehören neben ihr und dem CSU-Vorsitzenden, Edmund Stoiber, auch Paul Kirchhof (Finanzen, Haushalt), Peter Müller (Wirtschaft, Arbeit), Dieter Althaus (Aufbau Ost), Günther Beckstein (Inneres), Wolfgang Schäuble (Außenpolitik), Ursula von der Leyen (Soziales), Annette Schavan (Bildung), Gerda Hasselfeldt (Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Umwelt) und Norbert Lammert (Kultur) an.

Grüne

Bündnis 90/Die Grünen treten an, um ihre Politik von "solidarischer Modernisierung in ökologischer Verantwortung" (so der Titel ihres Wahlprogramms) fortzusetzen. In ihrem Wahlprogramm, beschlossen in Berlin am 17. Juli 2005, haben sie arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Forderungen (wie z.B. die Verschiebung von Subventionen, die den verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen begünstigen, zugunsten der Forschungs- und Technologieförderung) prominent herausgestellt, halten aber auch an ihren anderen Punkten (Atomausstieg, geregelte Zuwanderung und Integration, Verbraucherschutz, Transparenz und informationelle Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuellen Identitäten) fest. Ob sie im

nächsten Bundestag ihre Politik werden umsetzen können, wird von den Wahlergebnissen der anderen Parteien und von Koalitionsverhandlungen abhängen. Nach Aussagen führender Grüner kommt weder eine Koalition mit der Union noch mit der Linkspartei in Betracht.

Joschka Fischer wurde zum "Spitzenkandidaten" gekürt und kandidiert auf Platz 2 der hessischen Landesliste für den Bundestag hinter der Staatssekretärin Margareta Wolf. Andere Landeslisten werden von Renate Künast, Bärbel Höhn, Ulrike Höfken, und Claudia Roth angeführt. Zum grünen Spitzenteam gehören außerdem Umweltminister Jürgen Trittin, Parteivorsitzender Reinhard Bütikofer, die beiden Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Krista Sager, die Politische Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Volker Beck.

Außerdem wollen die Grünen analog zur SPD Bürokratie abbauen und den Bundeshaushalt konsolidieren.

FDP

Anders als 2002 hat die FDP auf die Nominierung eines eigenen Kanzlerkandidaten verzichtet. Stattdessen hat die FDP-Spitze am 23. Mai 2005 erklärt, dass sie eine Koalition mit der CDU/CSU anstrebe, obwohl sie die von der Union geforderten Erhöhung der Umsatzsteuer ablehnt. Zum "Spitzenkandidaten" kürte die FDP Guido Westerwelle, der als einziger prominenter Politiker vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen für den Fall eines Regierungswechsels vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag gefordert hatte. Er führt die Landesliste in Nordrhein-Westfalen an, während in anderen Bundesländern diese Funktion von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Bayern), Birgit Homburger (Baden-Württemberg), Wolfgang Gerhardt (Hessen), Joachim Günther (Sachsen), Rainer Brüderle (Rheinland-Pfalz), Jürgen Koppelin (Schleswig-Holstein), Markus Lönig (Berlin) oder Cornelia Pieper (Sachsen-Anhalt) erfüllt wird.

Auch die FDP will Bürokratie abbauen und den Bundeshaushalt konsolidieren. Im Gegensatz zu ihrem potentiellen Koalitionspartner steht die FDP in ihrem Programm für mehr Datenschutz und einen besseren Schutz der Bürgerrechte.

Die Linkspartei.

Auf den offenen Listen der Linkspartei werden auch Mitglieder der noch jungen Partei WASG (Arbeit soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) und Parteilose kandidieren. Spitzenkandidaten sind Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. Während die Linkspartei derzeit nur mit Petra Pau und Gesine Löttsch als direktgewählte Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag vertreten ist, kämpft sie bei der kommenden Bundestagswahl darum, gesamtdeutsch drittstärkste und in Ostdeutschland stärkste Partei zu werden.

Die wichtigsten Forderungen der Linkspartei sind, die Anhebung



Angela Merkel (CDU)



Edmund Stoiber (CSU)



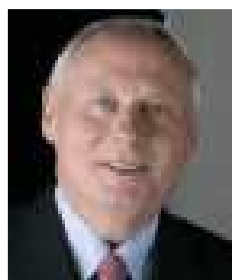
Guido Westerwelle (FDP)



Joschka Fischer (Grüne)



Gregor Gysi (Linkspartei)



Oskar Lafontaine (WASG)

des Spitzensteuersatzes auf 50%, die Einführung eines Mindestlohnes auf 1000 Euro netto und 420 Euro Grundsicherung für Ost und West.

Andere Parteien

Die anderen Parteien werden aller Voraussicht nach bei der Bundestagswahl 2005 keine Chance auf einen Einzug in den Bundestag haben.

Im Oktober 2004 kündigten NPD und DVU an, bundesweit gemeinsam antreten zu wollen. Begründet liegt dies vor allem darin, dass in verschiedenen Bundesländern meist nur eine der rechten Parteien Erfolge verzeichnen konnte. Einer Listenverbindung steht allerdings das Bundeswahlgesetz entgegen, das nur Parteien, nicht aber Parteiverbindungen zur Wahl zulässt. Daher will formal nur die NPD antreten, auf den Landeslisten kandidieren aber auch DVU-Kandidaten. Bei der Europawahl 2009 soll dann die DVU antreten. Diese Strategie war bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg erfolgreich, aber schon in der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2005 erreichte die NPD nicht einmal mehr 1% der Stimmen und erlebte damit auch einen finanziellen Rückschlag. Inzwischen hat die NPD angekündigt, dass sie fünf Direktmandate, unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt, gewinnen will.

Der Bundeswahlleiter hat 26 weitere Parteien zur Wahl zugelassen, drei zogen ihren Antrag zurück, 30 Parteien wurden abgelehnt. Zugelassen sind:

- die STATT Partei
- Unabhängige Kandidaten
- Die PARTEI
- PSG
- Pro DM
- Bayernpartei
- MLPD
- DIE FRAUEN
- Die Tierschutzpartei
- BüSo
- GRAUE
- DGG
- PERSPEKTIVE
- 50Plus
- HP
- Deutschland
- AGFG
- ZENTRUM
- Humanwirtschaftspartei
- Offensive D
- PBC
- DSU
- FAMILIE
- CM
- APPD

Die Landeswahlausschüsse prüften am 19. August 2005, ob diese Parteien die erforderliche Anzahl an Unterstützungsunterschriften für ihre Kreiswahl- und Landeslisten-vorschläge gesammelt haben. Über die Beschwerden einiger Parteien wurde am 25. August 2005 vom Bundeswahl-ausschuss abschließend entschieden. Dabei wurden alle Beschwerden bis auf eine zurückgewiesen. Stattgegeben wurde lediglich der Beschwerde der NPD betreffend die Landesliste NPD in Baden-Württemberg, die der Landeswahlleiter nicht zugelassen hatte.

Danach treten insgesamt 25 Parteien mit Landeslisten zur Wahl an. Von den hier genannten sind dies:

- die MLPD in allen Ländern
- die NPD in allen Ländern
- die Grauen in 11 Ländern
- die Republikaner in 9 Ländern
- die PBC in 8 Ländern
- die BüSo in 7 Ländern
- die Familien-Partei in 6 Ländern
- die PSG und die Tierschutzpartei in vier Ländern
- die Frauen und Pro DM in drei Ländern
- APPD und die PARTEI in Hamburg und Berlin
- 50plus (Brandenburg), AGFG (Sachsen), Bayernpartei (Bayern), Deutschland (NRW), Offensive D (Sachsen-Anhalt) und ZENTRUM (NRW) in einem Bundesland

Die meisten Parteien treten in Nordrhein-Westfalen an (16), die wenigsten in Schleswig-Holstein (8).

Vom Einzug von Parteien, die derzeit nicht (in Fraktionsstärke) im Bundestag vertreten sind, kann abhängen, ob das rot-grüne Lager mit SPD und Grünen oder das schwarz-gelbe Lager mit CDU/CSU und FDP eine eigene Mehrheit im Bundestag erhalten werden. Sollte dies für keines der beiden Lager der Fall sein, so besteht die Möglichkeit einer Großen Koalition. Eine von der Linkspartei unterstützte rot-grüne Koalition wurde von dieser ausgeschlossen.

Streit um Wahlwerbespot

Die Ausstrahlung des APPD-Wahlkampfsots innerhalb des ARD-Programmes wurde kurzfristig vom WDR verweigert. Begründet wurde dies mit Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften und die Menschenwürde, mit Verherrlichung sexuellen Auslebens, von Sadomasochismus und Drogenkonsum. Dies sei zu Unrecht geschehen, wie APPD-Wahlkampfleiter Karl Nagel in einer Stellungnahme begründete. Die wenige Stunden vor Ausstrahlung eingereichte zensierte Fassung wurde vom WDR akzeptiert und am 26. August ausgestrahlt. Die APPD hat danach beim Oberverwaltungsgericht Münster eine einstweilige Verfügung erwirkt, die die Ausstrahlung der unzensierten Fassung der Wahlwerbung anordnete. Diese wurde daraufhin am 5. September erstmals gesendet. Da das ZDF die Ausstrahlung weiterhin verweigert und das Oberverwaltungsgericht Mainz dem ZDF zustimmte, hat die APPD am 9. September Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Für Aufmerksamkeit sorgte auch Die PARTEI, die einen Teil ihrer Werbezeit bei eBay zum Verkauf anbot. Das ZDF hatte eine genaue Prüfung des Spots angekündigt und diesen dann inklusive unübersehbarer Schleichwerbung gesendet.

Die Parteiprogramme

Überblick der Kerninhalte der Programme der im Bundestag vertretenen Parteien:

Arbeitsmarktpolitik

- SPD: Nachbesserungen an Hartz IV und Angleichung der Regelsätze zwischen Ost- und Westdeutschland. Ältere Arbeitslose sollen das einkommensabhängige Arbeitslosengeld I erhalten. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.
- CDU/CSU: Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent, im Gegenzug Anhebung der Umsatzsteuer von 16 auf 18 Prozent. Einschränkung des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen in Betrieben mit bis zu 20 Mitarbeitern; in größeren Firmen erst nach zwei Jahren. Arbeitnehmer soll dann wählen können, ob Kündigungsschutz oder Anspruch auf Abfindung in den Arbeitsvertrag aufgenommen wird. Stärkung des Kombilohnsystems für mehr Beschäftigung im Niedriglohnssektor. Unternehmer sollen Hartz-IV-Empfänger 10 Prozent unter dem Tariflohn bezahlen dürfen.
- Bündnis 90/Die Grünen: Korrekturen bei Hartz IV und Angleichung der Regelsätze zwischen Ost- und Westdeutschland. Der Arbeitsmarkt im Niedriglohnssektor soll durch Subventionen gefördert werden. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.
- FDP: Einschränkung des Kündigungsschutzes. Arbeitnehmer sollen erst nach vier Jahren und nur in Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern Kündigungsschutz über den Kündigungsschutz nach dem BGB hinaus erhalten. Die FDP will zudem die Bundesagentur für

Arbeit (BfA) aufspalten und neu organisieren.

- Die Linkspartei.: Abschaffung der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Anhebung der Regelsätze von 345 auf 420 Euro und höherer Freibeträge. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 1.000 Euro netto.

Steuerpolitik

- SPD: Gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer, dafür im Gegenzug eine dreiprozentige Abgabe für Großverdiener mit Einkommen von über 250.000 Euro. Absenkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent.
- CDU/CSU: Anhebung der Umsatzsteuer von 16 auf 18 Prozent zur Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Absenkung des Eingangssatzes der Einkommensteuer von 15 auf 12 Prozent und des Spitzensatzes von 42 auf 39 Prozent. Erhalt der Gewerbesteuer. Absenkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 22 Prozent.
- Bündnis 90/Die Grünen: Gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer von 42 auf 45 Prozent. Einführung einer Steuer für Großverdiener und stärkere Belastung von Großerben und Bürgern mit hohen Privatvermögen.
- FDP: Gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer, dafür Einführung eines 3-Stufen-Modells von 15, 25 und 35 Prozent bei der Einkommensteuer. Der Eingangssatzesatz bleibt somit gleich und der Spitzensteuersatz soll von 42 auf 35 Prozent gesenkt werden. Durch die Einführung eines Grundfreibetrags von € 7700 für jeden Bürger (*auch jedes Kind*), der auf das gesamte Familieneinkommen angerechnet wird, werden insbesondere Familien entlastet. Dies wird durch eine Erhöhung des Kindergeldes auf € 200 p.m. flankiert.
- Die Linkspartei.: Gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer, dafür Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer von 42 auf 50 Prozent. Beibehaltung des Eingangssatzesatzes von 15 Prozent. Wiedereinführung der Vermögensteuer und Neugestaltung der Erbschaftsteuer. Einführung einer sozialen Grundsicherung von 750 Euro für Alleinstehende und 1.900 Euro für Eltern mit zwei Kindern.

Gesundheitspolitik

- SPD: Einführung einer Bürgerversicherung, auch für Selbständige, Beamte und Politiker. Höhe der Versicherung orientiert sich an der Leistungsfähigkeit. Die Bemessungsgrundlage für den Beitrag orientiert sich dabei an den sieben Einkunftsarten des Steuerrechts, also auch Unternehmensgewinne oder Kapitalerträge (dort bei Kleinsparern mit Freibeträgen). Erhalt der beitragsfreien Familienversicherung.
- CDU/CSU: Einführung einer Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) für jeden erwachsenen Versicherten. Beitragshöhe ist eine feste Monatsprämie, die den durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben der jeweiligen Krankenkasse entsprechen und kostendeckend sein soll.
- Bündnis 90/Die Grünen: Einführung einer Bürgerversicherung, auch für Selbständige, Beamte und Politiker anstelle der Kranken- und Pflegeversicherung. Höhe des Versicherungsbeitrags orientiert sich an der Leistungsfähigkeit. Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Erhalt der beitragsfreien Familienversicherung.
- FDP: Abschaffung der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), und jeder Bürger versichert sich privat (PKV). Ein Mindestschutz bleibt Pflicht. Versicherungsbeiträge für Kinder und sozial Schwache werden steuersubventioniert. Umstellung der Pflegeversicherung auf Kapitaldeckung.
- Die Linkspartei.: Einführung einer Bürgerversicherung,

auch für Selbständige, Beamte und Politiker, auch mit Kapital- und Mieteinnahmen. Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Private Zusatzversicherungen ermöglichen.

Außenpolitik

- SPD: Weitere selbstbewusste Außenpolitik und gegen ein militärisches Engagement im Irak. Für eine Erweiterung der Europäischen Union um die Türkei. Mehr Verantwortung Deutschlands durch Übernahme eines ständigen Sitzes im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen.
- CDU/CSU: Gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, dafür eine privilegierte Partnerschaft. Gleiche Beziehungsintensität in der Außenpolitik zu Frankreich und zu den USA.
- Bündnis 90/Die Grünen: Weitere Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Für eine europaweite Volksabstimmung zur EU-Verfassung. Transatlantische Partnerschaft bleibt "Eckpfeiler" der Außenpolitik.
- FDP: Förderung der transatlantischen Partnerschaft. Für einen Sitz der Europäischen Union (EU) im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen; als "zweitbeste Lösung" ein Sitz Deutschlands.
- Die Linkspartei.: Gegen einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Mehr Engagement in der Dritten Welt. Für eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung.

Innere Sicherheit

- SPD: Präventionsmaßnahmen zur Senkung der Jugendkriminalität. Verbesserter Datenaustausch von Polizei und Justizbehörden in Europa. Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit effizientem Digitalfunksystem und mehr Kompetenzen für das Bundeskriminalamt (BKA).
- CDU/CSU: Aufbau einer "Anti-Terror-Datei" von Polizei und Nachrichtendiensten. Schärfere Sicherheitsmaßnahmen gegen terrorverdächtige Ausländer und eine Warndatei gegen Visa-Missbrauch. Förderung der DNA-Analyse.
- Bündnis 90/Die Grünen: Einschränkung der Telefonüberwachung und gegen eine Referenzdatei für biometrische Daten. Erhalt der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten.
- FDP: Gegen Einführung von biometrischen Daten in Ausweisdokumenten. Für die Abschaffung des "Großen Lauschangriffs". Eingeschränkte Nutzung von Video- und Telefonüberwachung sowie der DNA-Analyse soll erlaubt sein.
- Die Linkspartei.: Gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Gegen eine weitere Überdehnung des Grundgesetzes durch die bisher von der Bundesregierung eingeführten Sicherheitspakete.

Bildung und Forschung

- SPD: Einführung von Förderunterricht vor der Einschulung, um Sprachdefizite zu beheben. Ausbau von weiteren Ganztagschulen. Die Länder sollen für das Ganztagschulprogramm bis 2008 rund vier Milliarden Euro für die Einrichtung von 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen erhalten. Für ein gebührenfreies Erststudium an Universitäten und Fachhochschulen und für den Erhalt des Bafög (keine Umwandlung in ein Vollدارlehen). Weitere Förderung der Forschung auf allen Gebieten.
- CDU/CSU: Ausbau der Sprachförderung. Stärkere Förderung von Hochbegabten. Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Universitäten dürfen

Studiengebühren verlangen. Erhöhung der jährlichen Forschungsausgaben um eine Milliarde Euro.

- Bündnis 90/Die Grünen: Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems. Für ein gebührenfreies Erststudium an Universitäten und Fachhochschulen. Für den Ausbau des Bafög zu einer elternunabhängigen Unterstützung. Erhöhung der Forschungsausgaben.
- FDP: Abbau von Bildungsdefiziten in den Kindertagesstätten. Einführung von verbindlichen Sprachtests. Mehr Autonomie und Wettbewerb an Schulen und Hochschulen. Für die Einführung von Studiengebühren. Abbau von Gesetzen, die die Forschung beeinträchtigen.
- Die Linkspartei.: Erhöhung der Bildungsausgaben auf 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems und Einführung von Gesamtschulen bis zur 10. Klasse. Gegen eine Einführung von Studiengebühren.

Gesellschaft und Familie

- SPD: Umwandlung des Erziehungsgelds in Elterngeld, als Ersatz für ein Jahreseinkommen. Schrittweise Einführung von gebührenfreien Kindertagesstätten. Anwendung der Geschlechtergerechtigkeit in politischen Bereichen.
- CDU/CSU: Eltern erhalten einen Kindergrundfreibetrag von 8.000 Euro. Beispiel: eine Familie mit zwei Kindern bleibt bis zu einem Jahreseinkommen von 38.200 Euro einkommensteuerfrei, was einer Erhöhung um 5.000 Euro entspricht. Die Bildungspolitik bleibt bei den Ländern. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll gefördert werden. Einführung eines Kinderbonus ab Januar 2007 für neugeborene Kinder in Höhe von 600 Euro im Jahr als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung.
- Bündnis 90/Die Grünen: Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder vom ersten Lebensjahr an. Ausbau des Kinderzuschlags für geringverdienende Eltern zu einer Grundsicherung. Förderung der Gleichstellungspolitik.
- FDP: Steuerliche Entlastung für Erwachsene und Kinder durch einen Grundfreibetrag von 7.700 Euro im Jahr. Einführung von gebührenfreien Halbtagskindergärten. Ausbau der Ganztagsbetreuung auch für Babys.
- Die Linkspartei.: Erhöhung des Kindergelds von 154 Euro auf 250 Euro. Keine Anrechnung des Kindergelds auf das Arbeitslosengeld II. Für geringverdienende Eltern gibt es gebührenfreie Kindertagesstätten. Förderung der Ganztagsbetreuung von Kindern. Einführung einer Mindestrente von 800 Euro.

Umwelt und Energie

- SPD: Weitere Förderung der Kohle als Energieträger statt Kernkraft. Förderung von effizienteren Kraftwerken und des sparsameren Umgangs mit Energie. Förderung von erneuerbaren Energien. Gesetzesvereinfachung durch die Einführung eines Umweltgesetzbuches (UGB).
- CDU/CSU: Kein Atomausstieg. Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke, solange es keine Risiken birgt. Ausbau des Ökostroms, aber Einschränkung der Förderung.
- Bündnis 90/Die Grünen: Weiterer Ausstieg aus der Kernkraft und Verringerung der Abhängigkeit vom Erdöl. Förderung der erneuerbaren Energien, damit in Deutschland bis zum Jahr 2020 25 Prozent des deutschen Stroms und 25 Prozent des Wärmeverbrauchs sowie 25 Prozent des Kraftstoffs aus erneuerbaren Energien kommen. Deutschland soll Vorreiter beim Klimaschutz bleiben.
- FDP: Abbau der Subventionen für die Steinkohle und für Erneuerbare Energien, dafür mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt. Eventuell staatliche Regulierung für niedrigere Energiepreise, sollten die Energiekonzerne

nicht die Strompreise verringern, werden sie gezwungen die Stromnetze abzugeben. Kein Atomausstieg.

- Die Linkspartei.: Eintritt für einen "sozial-ökologischen Umbau". Dezentralisierung der Energieversorgung in Deutschland. Förderung von Ökostrom. Wirtschaftskreisläufe sollten regional statt global sein. Landwirtschaft soll vermehrt ökologisch wirtschaften.

Literatur

- Balzer, Axel/Geilich, Marvin/Rafat, Shamim (Hg.): *Politik als Marke - Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung*, Lit-Verlag, Münster 2005, ISBN 3-8258-8146-6
- Geyer Matthias (Hg.)/Kurbjuweit, Dirk/Schnibben, Cordt: *Operation Rot-Grün*, Spiegel Buchverlag, Münster April 2005, ISBN 3-4210-5782-6
- Wolf-Rüdiger Schenke; Peter Baumeister: "Vorgezogene Neuwahlen: Überraschungscoup ohne Verfassungsbruch?", *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)* 2005, S. 1844 - 1846

Weblinks

- Bessere Welt Links - Größte Linksammlung zur Bundestagswahl
<http://www.bessereweltlinks.de/bundestagswahl.htm>
- Gegen die Qual der Wahl: "Portal zur Wahl"
<http://www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiPlus/BuWa2005>
- Politiker und Prominente nennen Ihre Wahlgründe
<http://www.wahl-fang.de/>
- Artikel zur Republik im vorgezogenen Bundestagswahlkampf von Karl-Rudolf Korte
http://www.politik-als-marke.de/buch/pam_korte.pdf
- Dossier zur Bundestagswahl 2005 <http://www.c6-magazin.de/monatsthema/2005/09-bundestagswahl>
- Grafisch aufbereitete Infos zu früheren Wahlen, Umfragen, Kandidatenvergleich, pol. Landkarte, Wahlsystem
<http://www.gmx.net/Site/GMX/de/themen/bundestagswahl/1228752.html>

Parteien und Kandidaten

- Alphabetische Parteienliste (beim Bundeswahlleiter)
http://www.bundeswahlleiter.de/cgi-bin/wahlen/wahl_abc.pl?ABCART=kurzb&LETTER=a oder allgemein:
<http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/>
- Anschriftenverzeichnis der Parteien
<http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/download/anschrift.pdf>
- Aktuelle Liste aller Wahlkreiskandidaten und Möglichkeit für Anfragen <http://www.kandidatenwatch.de/>
- Aktuelle Liste fast aller Kandidaten
<http://www.kampagne05.de/>
- Wahlkampfjourist - die aktuellen Termine der Spitzenkandidaten <http://www.wahlkampfjourist.de/>
- Aktion Faires Wahlcafé - Schülerinnen und Schüler animieren Erwachsene zum Wählen
<http://www.friedensband.de/wahl>

Weitere Weblinks zu Wahlprogrammen, Umfragen und Verfassungsverstreit finden sich in der Online-Ausgabe der Wikipedia.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Neuwahlen 2005

Das **Bundesverfassungsgericht** hat mit Urteil vom 25. August 2005 die Auflösung des Parlaments und die Anordnung von **Neuwahlen** infolge der Vertrauensfrage von Gerhard Schröder bestätigt. Maßstab sei vor allem der Zweck des Art. 68 http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/gg/art_68.html Grundgesetz, ihm widerspreche eine auflösungsgerichtete Vertrauensfrage nicht. Der Einschätzung des Bundeskanzlers, er könne bei den bestehenden Kräfteverhältnissen künftig keine vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit getragene Politik mehr verfolgen, sei keine andere Einschätzung eindeutig vorzuziehen (Köhler-Formel).

Kernaussagen

Die Entscheidung ist ein Meilenstein in der Gerichtspraxis des *judicial self-restraint* und entwickelt die bisherige Rechtsprechung in 2 wesentlichen Punkten fort:

- Echte und unechte Vertrauensfragen werden im Ergebnis gleichgestellt. Eine auflösungsgerichtete Vertrauensfrage des Kanzlers sei nach der Verfassung nicht unzulässig, vielmehr gehöre sie zum Instrumentarium zur Beseitigung politischer Krisen und Instabilitäten, neben dem konstruktiven Misstrauensvotum, der Minderheitsregierung, der nicht-auflösungsgerichteten Vertrauensfrage und dem Kanzlerrücktritt. Für politische Organe ist jeder Weg systemkonformer Stabilisierung erlaubt. Insbesondere dürfe der Kanzler mit einer auflösungsgerichteten Vertrauensfrage einer weiteren Zuspitzung politischer Instabilitäten und Krisen zuvorkommen.
- Die Prüfungsdichte durch das Verfassungsgericht bei so angeordneten Neuwahlen ist reduziert und bemisst sich in erster Linie anhand der Rollen- und Machtverteilung sowie der Reihenfolge der handelnden Verfassungsorgane: Kanzler, Parlament, Präsident, Verfassungsgericht und erst in zweiter Linie anhand des o.a. Krisen-Instrumentariums. Entscheidet sich ein Kanzler für einen bestimmten Weg der politischen Stabilisierung, könne nicht verlangt werden, er solle zum Zwecke der Krisendeeskalation unerwähnte und gar verborgene Umstände offenlegen, damit seine und nachgeschaltete Entscheidungen durch inhaltliche Rechtskontrolle überprüft werden. Die Verfassung gebiete keine Verrechtlichung der Politik. Er dürfe politische Entscheidungen auf solche Umstände stützen, auch den Vorschlag der Parlamentsauflösung nach Art. 68 GG. Das Gericht führt dann eine nur eingeschränkte materielle Prüfung nach der Köhler-Formel durch.

Das Gericht stellt klar, dass damit keineswegs ein unerlaubtes Plebiszit für die Regierung erreichbar werde, um ihre Politik zu akklamieren. Denn das Themenspektrum eines Wahlkampfes sei von ihr nicht steuerbar, auch nicht aus welchen Motiven das Volk zu einem bestimmten Votum gelangen wird. Allenfalls wäre dies der Fall bei einer monothematischen Fokussierung aller politischen Kräfte, so dass sich die Bundestagswahl auf eine einzelne bestimmte Sachfrage beziehe. Dies sei 2005 jedoch nicht der Fall.

Detailaussagen

Der Entscheidung liegen folgende Detailaussagen zu Grunde:

- Das Grundgesetz erstrebt mit Art. 63, Art. 67 und Art. 68 <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/gg/BJNR000010949BJNG000700314.html> eine handlungsfähige Regierung.

Handlungsfähigkeit bedeutet nicht nur, dass der Kanzler die Politik bestimmt und dafür die Verantwortung trägt, sondern hierfür auch eine Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages hinter sich weiß.



Ob der Kanzler über eine

verlässliche parlamentarische Mehrheit verfügt, kann von außen nur teilweise beurteilt werden. Aus den parlamentarischen und politischen Arbeitsbedingungen kann sich ergeben, dass verborgen bleibt, wie sich das Verhältnis des Bundeskanzlers zu den seine Politik tragenden Fraktionen entwickelt.

- Die Entstehungsgeschichte des Art. 68 GG bestätigt, dass die auflösungsgerichtete Vertrauensfrage nur dann gerechtfertigt sein soll, wenn die Handlungsfähigkeit einer parlamentarisch verankerten Bundesregierung verloren gegangen ist. Gemessen am Sinn des Art. 68 GG ist es nicht zweckwidrig, wenn ein Kanzler, dem Niederlagen im Parlament erst bei künftigen Abstimmungen drohen, bereits eine auflösungsgerichtete Vertrauensfrage stellt. Denn die Handlungsfähigkeit geht auch dann verloren, wenn der Kanzler zur Vermeidung offenen Zustimmungsverlusts im Bundestag gezwungen ist, von wesentlichen Inhalten seines politischen Konzepts abzurücken.
- Das Gericht prüft die zweckgerechte Anwendung des Art. 68 GG durch Kanzler und Präsident nur in dem von der Verfassung vorgesehenen eingeschränkten Umfang. Die auflösungsgerichtete Vertrauensfrage ist nur dann verfassungsgemäß, wenn sie nicht nur den formellen Anforderungen, sondern auch dem Zweck des Art. 68 GG entspricht.
- Die Beurteilung des zweckgemäßen Gebrauchs der auflösungsgerichteten Vertrauensfrage hängt maßgeblich davon ab, ob eine Regierung politisch noch handlungsfähig ist, also welche Ziele sie verfolgt und mit welchen Widerständen sie aus dem parlamentarischen Raum zu rechnen hat. Derartige Einschätzungen haben Prognosecharakter und sind an höchstpersönliche Wahrnehmungen und abwägende Lagebeurteilungen des Kanzlers gebunden. Eine Erosion und der nicht offen gezeigte Verlust des Vertrauens lassen sich nicht in einem Gerichtsverfahren darstellen und feststellen. Was im politischen Prozess in legitimer Weise nicht offen ausgetragen wird, muss auch gegenüber anderen Verfassungsorganen nicht vollständig offenbart werden. Die Einschätzung des Bundeskanzlers, er sei für seine künftige Politik nicht mehr ausreichend handlungsfähig, ist durch das Bundesverfassungsgericht nicht überprüfbar und nicht den üblichen prozessualen Erkenntnismitteln zugänglich.
- Das Grundgesetz hat die Entscheidung über die Auflösung des Bundestages auf drei Verfassungsorgane verteilt und diesen dabei jeweils eigene Verantwortungsbereiche zugewiesen. Der Bundeskanzler, der Bundestag und der Bundespräsident haben es in einer Verantwortungskette jeweils in der Hand, die Auflösung nach ihrer freien politischen Einschätzung zu verhindern. Wegen des dreistufigen Entscheidungsprozesses sind die Überprüfungsmöglichkeiten des Bundesverfassungsgerichts stark reduziert. Das Grundgesetz vertraut insoweit in erster Linie auf das in Art. 68 GG angelegte System der gegenseitigen politischen Kontrolle und des politischen Ausgleichs zwischen den Verfassungsorganen.

- Auch wenn ein drohender Verlust politischer Handlungsfähigkeit am sachlichsten vom Bundeskanzler selbst beurteilt werden kann, hat das Bundesverfassungsgericht zu prüfen, ob die Grenzen seines Einschätzungsspielraums eingehalten sind. Die allgemeine politische Lage sowie einzelne Umstände müssen dabei allerdings nicht zwingend zur Einschätzung des Kanzlers führen, sondern sie lediglich plausibel erscheinen lassen. Bei der Rechtsprüfung ist zu fragen, ob eine andere Einschätzung der politischen Lage eindeutig vorzuziehen ist.

Sondervotum der Richterin Lübbe-Wolff

Die Richterin Lübbe-Wolff stimmt der Entscheidung im Ergebnis zu, wendet sich aber gegen die Auslegung des Art. 68 GG, mit der das Gericht eine bloße Kontrollfassade aufgebaut habe. Es sei der Wissenschaftsauffassung einer formalen Verfassungsinterpretation nicht weit genug gefolgt:

Die Vertrauensfrage sei keine Wissensfrage, die jeder beantworten könnte. Der Bundeskanzler, der die Vertrauensfrage stellt, frage nicht nach dem Wissen, sondern nach dem Willen des Parlaments, ihn und sein politisches Programm im künftigen Abstimmungsverhalten zu unterstützen (performative Willenbekundung). Die Vertrauensfrage könne daher nur vom Parlament selbst beantwortet werden.

Das 1983 eingeführte ungeschriebene materielle Tatbestandsmerkmal von Art. 68 GG laufe dagegen darauf hinaus, dass das Votum des Bundestages zur Überprüfung durch den Bundespräsidenten und das Gericht gestellt wird. Diese Rolle stehe dem Bundesverfassungsgericht nicht zu. Vielmehr sei in einer Demokratie die einzig statthafte Methode, den Willen des Parlaments festzustellen, ein Mehrheitsbeschluss des Parlaments und sonst nichts.

Das Defizit dieser Auslegung sei durch den Einschätzungsspielraum des Bundeskanzlers nicht behoben. Tatsächlich habe das Gericht den Einschätzungsspielraum so großzügig bemessen, dass es praktisch nicht mehr in die Lage kommen könne, die Kanzlerprognose zu korrigieren. Es verlange zwar eine materielle Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Regierung, gestatte aber die Berufung auf eine vor Gericht nicht darstellbare "verdeckte Minderheitslage". Ein Tatbestandsmerkmal, das man mit dem Verweis auf Verborgenes belegen könne, führe nur noch eine juristische Scheinexistenz.

Dieses materielle Tatbestandsmerkmal sei 1983 ohne Not vom Verfassungsgericht eingeführt und schon damals nicht ernsthaft angewandt worden. Gegen die Umgehung dieser materiellen Merkmale habe das Gericht nichts aufzubieten und installiere ein strukturelles Vollzugsdefizit. Eine materielle Auslegung von Art. 68 GG erzeuge vielmehr systematisch den Eindruck verfassungswidriger Inszenierung durch den Kanzler. Den Stabilitätsinteressen, auf die das Gericht sich für diese Auslegung berufe, sei das abträglicher als jede vorgezogene Neuwahl.

Das Gericht hätte solch unnötige Anforderungen aufgeben sollen.

Sondervotum des Richters Jentsch

Nach Überzeugung des Richters Jentsch hätte den Anträgen stattgegeben werden müssen. Er beruft sich auf eine andere Auffassung in der Rechtswissenschaft. Den vom Bundeskanzler vorgetragenen Gründen lasse sich Handlungsunfähigkeit und damit eine materielle Auflösungslage nicht entnehmen. Das Grundgesetz kennt

das konstruktive Misstrauensvotum, kenne aber kein "konstruiertes Misstrauen" des Kanzlers gegenüber dem Parlament. Schließlich schwäche die Auffassung der Senatsmehrheit die Stellung des Deutschen Bundestages:

Für das verfassungsrechtlich allein relevante Argument, eine stetige und verlässliche Mehrheit stehe dem Kanzler nicht mehr zur Verfügung, gäbe es keine sichtbar gewordenen oder nachprüfbaren Anhaltspunkte. Die Auffassung der Senatsmehrheit beruhe auf einem Abgehen von den zutreffenden Maßstäben der Entscheidung 1983 (BVerfGE 62, 1 http://www.bverfg.de/entscheidungen/es19830216_2bve000183.html), ohne dies kenntlich zu machen.

Würde man dem Bundeskanzler unter Hinweis auf seine Einschätzungsprärogative zugestehen, auch in Situationen wie der vorliegenden die Vertrauensfrage zu stellen, so käme dies dem parlamentarischen Selbstauflösungsrecht sehr nahe. Diesen Weg kennt das Grundgesetz aber aus guten Gründen und im Interesse der Stabilität des politischen Systems nicht. Ein solch weiter Entscheidungsspielraum des Bundeskanzlers gibt die materiellen Voraussetzungen preis, die das Bundesverfassungsgericht als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal des Art. 68 Abs. 1 Satz 1 festgestellt hat (vgl. 6. Leitsatz). Er entziehe Bundespräsident und Verfassungsgericht jegliche Beurteilungsgrundlage, wenn allein die Lagebeurteilung des Kanzlers maßgeblich ist.

Die hier vorliegende Instrumentalisierung der Vertrauensfrage schwäche die Stellung des Parlaments. Sie beinhalte die Vorstellung, dass die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht (mehr) geeignet sind, den Willen des Volkes abzubilden. Zur Rückkopplung der Regierungspolitik müsse daher das Volk selbst befragt werden. Mit der Ausgestaltung der repräsentativen Demokratie in der Verfassung und dem Auftrag des Abgeordneten sei dies nicht vereinbar. Die Senatsmehrheit erlaube einem Bundeskanzler, über eine "unechte Vertrauensfrage" Neuwahlen herbeizuführen, wenn er die akklamatorische Bestätigung seiner Politik für erforderlich hält, um parteiinterne Widerstände zu überwinden.

Weblinks

- Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts http://www.bundesverfassungsgericht.de/bverfg_cgi/pressemitteilungen/frames/bvg05-078
- vollständiges Urteil http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20050825_2bve000405.html
- Antragsschrift von MdB Werner Schulz <http://www.werner-schulz.net/aktuelles/Organstreitverfahren.pdf>

Gerhard Schröder

Gerhard Fritz Kurt Schröder (* 7. April 1944 in Mossenberg-Wöhren, heute Stadtteil von Blomberg (Lippe), Kreis Lippe) ist seit 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Leben

Jugend und Ausbildung

Gerhard Schröder wuchs als eines von fünf Kindern in einer Arbeiterfamilie auf und hat zusätzlich einen Halbbruder. Sein Vater Fritz Schröder (* 12. September 1912), ein reisender Kirmesarbeiter, fiel als 32jähriger Panzerpionier nur wenige Monate nach der Geburt seines Sohnes am 4. Oktober 1944 in Rumänien.

Schröder besuchte von 1951 bis 1958 die Volksschule und machte anschließend bis 1961 eine Lehre zum Einzelhandelskaufmann in einem Gemischtwarengeschäft in Lemgo. Während dieser Zeit spielte er als Mittelstürmer beim Fußballverein TuS Talle und erwarb sich dort den Spitznamen "Acker".

Berufliche Entwicklung

Von 1961 bis 1963 war Schröder Bauhilfsarbeiter und kaufmännischer Angestellter in Göttingen. Von der Wehrpflicht als einziger Sohn eines im Krieg Gefallenen befreit, holte er zwischen 1962 und 1964 in der Abendschule die mittlere Reife nach. Das Abitur machte er zwischen 1964 und 1966 in einem Kolleg des zweiten Bildungswegs in Bielefeld. Von 1966 bis 1971 studierte Gerhard Schröder Jura in Göttingen und schloss das Studium mit den Staatsexamina in den Jahren 1971 und 1976 ab. Noch im Jahre 1976 wurde er als Rechtsanwalt zugelassen und übte diesen Beruf von 1978 bis 1990 aus. In dieser Eigenschaft vertrat er auch den Ex-RAF Terroristen Horst Mahler. Von 1980 bis 1986 war Schröder Mitglied des Deutschen Bundestags. Nach den Landtagswahlen im Jahr 1986 wurde er Oppositionsführer im niedersächsischen Landtag, dem er bis 1998 angehörte. 1990 erreichte eine rot-grüne Parlamentsmehrheit unter Schröder die Mehrheit - er wurde zum Ministerpräsidenten Niedersachsens gewählt. In den Jahren 1994 und 1998 wurde er jeweils in seinem Amt bestätigt. Bis 1994 führte Schröder eine rot-grüne Koalition, danach regierte die SPD mit absoluter Mehrheit. In seiner Tätigkeit als Ministerpräsident war er vom 1. November 1997 bis 27. Oktober 1998 Präsident des Bundesrats. Im Jahre 1998 zog Schröder wieder in den Deutschen Bundestag ein und wurde zum 7. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im Jahre 2002 wurde er in diesem Amt bestätigt.

Die Tongji-Universität in Shanghai hat am 30. Dezember 2002 Gerhard Schröder den Ehrendokortitel verliehen, im Juni 2003 nahm er den Ehrendoktor in Jura von der Petersburger Universität an, am 4. April 2005 wurde ihm der Ehrendoktor der juristischen Fakultät der Marmara-Universität, Istanbul verliehen und am 14. Juni 2005 wurde ihm der Ehrendoktor der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Göttingen verliehen.

Karriere in der SPD

Bereits 1963 trat Schröder in die SPD ein, 1971 wurde er Vorsitzender der Jungsozialisten (Jusos) im Bezirk Hannover und 1973 Mitglied der ÖTV. Von 1978 bis 1980 war er Bundesvorsitzender der Jusos. Im Jahre 1983 wurde Schröder Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover und war



Gerhard Schröder (SPD) bei einer Wahlkampfrede im August 2005

von 1986 bis 1998 Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl in Niedersachsen. Nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines im März 1999 wurde er Parteivorsitzender der SPD. In dieses Amt wurde er im Herbst der Jahre 1999, 2001 und 2003 wiedergewählt. Im Jahre 2004 trat er vom Parteivorsitz zurück, Franz Müntefering wurde sein Nachfolger.

Privat

Schröder war mit Eva Schubach (1968-1971), Anne Taschenmacher (1972-1984) und Hiltrud "Hillu" Hampel (1984-1997) verheiratet. Im Jahre 1997 heiratete Schröder in vierter Ehe die 19 Jahre jüngere Journalistin Doris Köpf. Sie brachte die Tochter Klara in die Beziehung, deren Vater Sven Kuntze ein gutes Verhältnis zu den Schröders pflegt. Schröder selbst hat keine leiblichen Kinder. Im Jahre 2004 adoptierten Gerhard Schröder und seine Frau ein Mädchen aus Sankt Petersburg namens Viktoria. Die Familie wohnt im hannoverschen Zooviertel in einem Reiheneckhaus. Weiterhin steht Schröder in seiner Funktion als Bundeskanzler eine 55 m² große Wohnung in der oberen Etage des Kanzleramtes zur Verfügung.

Ein breiteres öffentliches Interesse löste der Umstand aus, dass Gerhard Schröder auf die Feststellung Wert legt, seine Haare seien weder gefärbt noch getönt. Die Imageberaterin Sabine Schwind von Egelstein äußerte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ddp vom 23. Januar 2002, dass die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft Schröders höher wäre, würde er sich nicht die grauen Schläfen wegtönen. Nachdem das Interview veröffentlicht wurde, forderte der Hamburger Anwalt Michael Nesselhauf, der Schröder vertrat, eine Richtigstellung von ddp: Der Kanzler färbe und töne nicht. Schröder setzte in diesem Zusammenhang mit Urteil vom 17. Mai 2002 vor dem Hamburger Landgericht eine Unterlassungsverfügung gegen die Nachrichtenagentur ddp durch. Die Nachrichtenagentur darf unter Strafandrohung das Zitat, wonach Schröder sich die Haare färbe oder töne, nun nicht mehr verbreiten.

Schröder bezeichnet sich selbst als Protestant. Er tritt aber nicht übermäßig religiös auf; so verzichtete er beispielsweise bei seinen Vereidigungen als Bundeskanzler 1998 und 2002 auf die Formel „so wahr mir Gott helfe“.

Arbeit als Bundeskanzler

Die rot-grüne Koalition

Nach dem Wahlerfolg der SPD bei der Bundestagswahl 1998 wurde Gerhard Schröder am 27. Oktober 1998 zum 7. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die Regierung wird von einer Koalition aus SPD und Bündnis90/Die Grünen gestellt. Schröder ist damit der

dritte sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik. Sein Regierungsstil wird, je nach politischer Einstellung, als pragmatisch oder populistisch, als sachorientiert oder visionslos eingestuft. Kennzeichnend für ihn sind seine darstellerischen Fähigkeiten bei Auftritten in den Medien.

Mit dem Amtsantritt Gerhard Schröders kam das erste Mal seit 16 Jahren wieder ein sozialdemokratischer Kanzler an die Macht. Die Protagonisten stammten überwiegend aus der 68er-Bewegung, die nach dem *Marsch durch die Institutionen* antraten, auf Bundesebene politische Macht auszuüben. Da ebenfalls das erste Mal Vertreter der neuen sozialen Bewegungen an die Regierung gelangten, bürgerte es sich schnell ein, vom besonderen *Projekt Rot-Grün* zu sprechen, das einen Wandel in der politischen Kultur Deutschlands verkörpere.

Zu Anfang der Legislaturperiode erwies es sich als Problem der Regierungsarbeit, dass Schröder und sein Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine unterschiedliche Ansichten zu substanziellen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen hatten. Die gegensätzlichen Auffassungen gipfelten in einem Machtkampf, in dessen Konsequenz Lafontaine bereits 1999 die Regierung verließ und sein Mandat als SPD-Vorsitzender aufgab. Daraufhin wurde Schröder Bundesvorsitzender seiner Partei und Hans Eichel Finanzminister.

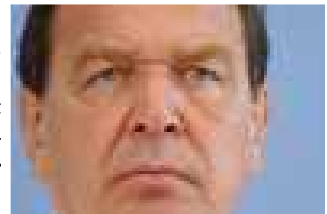
Die rot-grüne Koalition setzte den *Atomausstieg* sowie die Ökosteuer durch. Differenzen gab es bei den Themen *Asylbewerber*, *Waffenexporte* und *Kosovo-Krieg*. Innenpolitisch setzte die Regierung Schröder ihr so genanntes Wahlprogramm von „Innovation und Gerechtigkeit“ um: Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts, Green-Card-Initiative, Haushaltskonsolidierung, Steuerreform, Rentenreform, verschiedene Initiativen für Bildung und Ausbildung (*Jump*, *Schulen ans Netz*, *Dienstrechtsreform für Hochschullehrer*), Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik.

Nachdem das erste Regierungsjahr für die rot-grüne Koalition mit mehreren Niederlagen bei Landtagsbeziehungsweise Europawahlen 1999 geendet hatte, konnte sich das Kabinett Schröder im Zuge der CDU-Spendenaffäre konsolidieren. Die vom Kanzler Schröder verkörpert Reformprojekte wurden nicht nur von der CDU, sondern wiederholt auch von linken Kritikern aus SPD und Grünen in Frage gestellt, denen die Reformen zu weit gingen, so dass Schröder mehrmals die Einheit der Koalition durch mehr oder weniger versteckte Rücktrittsdrohungen erzwingen musste.

Für Gerhard Schröder persönlich stand es im Vordergrund, die Arbeitslosigkeit zu senken, die aber weiter anstieg. Am 22. Februar 2002 reagierte die Bundesregierung, indem sie die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter dem Vorsitz von Peter Hartz einsetzte. Ihre Aufgabe war die Entwicklung eines schlüssigen Gesamtkonzeptes zur Reform des deutschen Arbeitsmarktes.

Am 22. September 2002 errangen SPD und Grüne bei der Bundestagswahl 2002 eine knappe Mehrheit für eine Fortsetzung der Koalition unter Gerhard Schröder. Einige Monate vor der Wahl lagen CDU/CSU zusammen mit der FDP in Meinungsumfragen noch vor Rot-Grün. Als letztendlich wahlentscheidend wurden von Beobachtern vor allem zwei Faktoren herausgestellt: Einerseits die Flutkatastrophe, die kurz zuvor Ostdeutschland heimgesucht hatte, bei der Gerhard Schröder und andere Regierungspolitiker ihre Kompetenz in der Bewältigung von Krisen zeigen konnten. Andererseits der von der Bundesregierung abgelehnte Irak-Krieg, der von den USA geplant wurde.

Nach der Wiederwahl zum Bundeskanzler am 22. Oktober 2002 folgt eine Zeit, in der Schröder erneut konfliktreiche Reformvorhaben anstieß, etwa zur Gesundheitsreform. Am 6.



Februar 2004 gab Schröder bekannt, dass er auf dem Sonderparteitag der SPD Ende März vom Parteivorsitz zurücktreten würde. Der bisherige Vorsitzende der SPD-Fraktion, Franz Müntefering, wurde zum neuen Vorsitzenden der SPD gewählt. Schröder rechtfertigte seine kurzfristig getroffene Entscheidung auf einer Pressekonferenz damit, sich „nun noch intensiver um Regierungsangelegenheiten kümmern“ zu können. Viele Beobachter sahen darin den Versuch, den mit den Reformvorhaben einhergehenden Rückgang in Meinungsumfragen aufzuhalten.

Die Gestaltungsfreiheit von Gerhard Schröders Regierung war dadurch eingeschränkt, dass CDU und FDP über eine Mehrheit im Bundesrat verfügen, aber wichtige Gesetze dessen Zustimmung bedürfen. Wiederholt konnte Schröder es durch Zugeständnisse erreichen, dass Länder, an deren Regierung die CDU beteiligt war, seine Regierungspolitik im Bundesrat unterstützten.

Nach der Niederlage der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 erklärte Gerhard Schröder, er wolle so bald wie möglich Neuwahlen auf Bundesebene erreichen, da er die Grundlage für seine Politik in Frage gestellt sehe. Am 1. Juli 2005 stellte er im Bundestag die Vertrauensfrage: 151 Ja-Stimmen, 296 Nein, 148 Enthaltungen, damit war die notwendige Kanzlermehrheit nicht erreicht. In der Öffentlichkeit wurde es als in rechtlicher Hinsicht problematisch diskutiert, dass der Kanzler - ähnlich wie Helmut Kohl bei der Wende von 1982 - absichtlich in der Abstimmung unterliegen wollte.

Gerhard Schröder beantragte nach der Abstimmung bei Bundespräsident Horst Köhler die Auflösung des 15. Deutschen Bundestages. Köhler entsprach am 21. Juli nach eingehender rechtlicher Prüfung dem Antrag und setzte Neuwahlen für den 18. September 2005 an.

Am 25. August 2005 wies das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Klagen zweier Bundestagsabgeordneter gegen die vorzeitige Auflösung des Bundestages und die Anberaumung von Neuwahlen am 18. September zurück.

Am 9. Juli 2005 wählte eine Landesdelegiertenkonferenz der niedersächsischen SPD Gerhard Schröder mit 99,5 % der Stimmen (191 von 192) zum Spitzenkandidaten der SPD Landesliste für die Neuwahlen auf Bundesebene.

Berater und Kommissionen

Der Regierungsstil Schröders zeichnet sich dadurch aus, dass er, insbesondere für seine Reformprojekte, auf eine Vielzahl von beratenden Gremien und Kommissionen neben im Grundgesetz dafür vorgesehenen Institutionen zurückgreift. Diese Kommissionen arbeiten meist sehr öffentlichkeitswirksam. Laut Schröder sollen sie dazu dienen, einen breiten Konsens der Experten bei den angestrebten Reformen sicherzustellen. Kritiker werfen ihm vor, damit grundlegende Mechanismen der Demokratie auszuhebeln. Befürworter hingegen stellen fest, dass diese Gremien und Kommissionen lediglich im Vorfeld von Gesetzesinitiativen aktiv sind und keinerlei Auswirkung auf den späteren Gesetzgebungsprozess haben, der genau wie bei allen anderen Gesetzen auch abläuft.

Zu den Kommissionen gehören das *Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit*, der *nationale Ethikrat*, die Weizsäcker-Kommission zur Zukunft der Bundeswehr, die Süßmuth-Kommission zur Zuwanderung nach Deutschland, die *Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* (Hartz-Kommission) und die Rürup-Kommission zur Zukunft der Sozialsysteme. Am 27.7.05 kam eine weitere Kommission unter Vorsitz von Kurt Biedenkopf hinzu. Sie soll Vorschläge für eine Reform der Unternehmensmitbestimmung unterbreiten. Bemerkenswert ist, dass Schröder bevorzugt Mitglieder der CDU als Vorsitzende dieser Kommissionen bestellt, wohl damit die Ergebnisse auf eine möglichst breite Akzeptanz stoßen und eher durchsetzbar sind.

Am 14. März 2003 stellte Schröder sein Reformprojekt Agenda 2010 vor, das angesichts der Globalisierung wirtschaftlichem Wachstum und damit einem höheren Beschäftigungsstand dienen sollte. Befürworter aus den Industrieverbänden, aber auch viele von den Industrieverbänden unabhängige Stimmen, loben die Schritte in die richtige Richtung und den Mut zu unpopulären Maßnahmen, während Kritiker vor allem eine zögerliche Umsetzung der Vorschläge bemängeln - für die die Opposition im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat mitverantwortlich zeichnete - da sie keine „echten Reformen“ darstellten und die notwendigen Strukturmaßnahmen vermissen ließen. Kritik am Projekt kam nicht nur von CDU und FDP, sondern auch von den Gewerkschaften und vom linken Flügel der SPD, der von massivem Sozialabbau sprach, bei entscheidenden Abstimmungen jedoch eine verschwindend kleine Minderheit blieb.

Außenpolitik

Zu Schröders aussenpolitischen Aktivitäten gehören die Unterstützung der Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs, die Verabschiedung des nationalen Aktionsplans Menschenrechte, die Entschuldungsinitiative, begonnen auf dem G7-Gipfel 1999 in Köln, die weltweite Aufstockung der Entwicklungshilfe (Einigung auf dem G8-Gipfel in London: Erhöhung der Entwicklungshilfe um 50 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2010).

Unter Schröder beteiligte sich Deutschland am Kampf gegen den Terrorismus und gegen Menschenrechtsverletzungen. Dies geschah z.B. in Form mehrerer NATO-Einsätze der Bundeswehr, welche die ersten Kampfeinsätze unter deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg darstellten. Einheiten der Luftwaffe beteiligten sich am Kosovo-Krieg gegen Jugoslawien (heute: Serbien und Montenegro) und Heeres-einheiten wurden in Afghanistan aktiv. Die Koalition begründete dies mit dem Ende des Kalten Krieges, welches eine Neuausrichtung deutscher Außenpolitik notwendig mache. Die Position Deutschlands in der Welt müsse sich „normalisieren“, auch Deutschland müsse für die Sicherheit in der Welt „Verantwortung tragen“. Der Kosovo-Krieg führte zu Protesten in der Bevölkerung und wurde von Protestierenden als völkerrechtswidrig und als die entsprechenden Artikel des Grundgesetzes verletzend betrachtet (Verbot des Angriffskrieges).

Einen möglichen Angriff auf den Irak im 3. Golfkrieg

lehnte die Regierung, auch für den Fall eines möglichen Beschlusses der UN, jedoch strikt ab. Die Nichtbeteiligung am Krieg wurde begründet mit dem fehlenden Mandat der Vereinten Nationen und dem fehlenden Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Angesichts des in diesen Zeitraum fallenden Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2002 wurde Schröder diese Maßnahme jedoch von Kritikern als populistisches Wahlkampfmanöver vorgehalten, insbesondere, weil Rot-Grün zu diesem Zeitpunkt in Meinungsumfragen hinter Schwarz-Gelb zurücklag. Schröders Antikriegspolitik, auch verbunden mit unzureichender Information von Deutschlands Bündnispartnern, führte zu großen Spannungen mit der amerikanischen Regierung und Kritik an Deutschland in großen Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit, obwohl Deutschland seinen Nato-Verpflichtungen nachkam und das deutsche Nato-Personal, das ständig in AWACS-Flugzeugen der NATO Luftraumsicherungen durchführt, nicht abzog. Unmittelbar nach dem Terroranschlag des 11. September 2001, der erstmals in der Geschichte der NATO zur Ausrufung des "Bündnisfalls" führte, hatte Schröder seine „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA erklärt. Kritiker halten diese Erklärung für zu weitgehend, Befürworter meinen, dass Schröder die gemeinsame internationale Betroffenheit in den Vordergrund stellte, um George W. Bush von spontanen und unüberlegten Vergeltungsschlägen abzuhalten. Die Position der Bundesregierung im 3. Golfkrieg wurde von einer eindeutigen Mehrheit in der deutschen Bevölkerung gestützt, was auch in zahlreichen Friedensdemonstrationen zum Ausdruck kam.

Weitere außenpolitische Maßnahmen waren die Erhöhung der Mittel im Kampf gegen AIDS von 20 Millionen Euro im Jahr 1998 auf 300 Millionen Euro im Jahr 2004 sowie eine Bewilligung von 500 Millionen Euro Hilfe nach der Tsunami-Katastrophe.

Schröder als Medienkanzler

Es wird Gerhard Schröder zugeschrieben, dass er zu Beginn seiner ersten Amtszeit im Februar 1999 die Ansicht geäußert habe, zum Regieren brauche er "BILD, BamS und Glotze". Wie kein Kanzler vor ihm, verlässt sich Schröder auf seine Wirkungen in den Medien und seine hohe öffentliche Popularität, die in den Meinungsumfragen immer weit vor der seiner Partei liegt.

Schröder erhielt den Deutschen Medienpreis 2000 in Baden-Baden.

Im März 2004 belegte Schröder die Bild-Zeitung und andere Erzeugnisse des Axel-Springer-Verlags allerdings mit einem Interview-Boykott, weil sie nach seiner Ansicht zu einseitig über die Regierungsarbeit berichteten. Diese werteten den Boykott als *Einschränkung der Pressefreiheit*.

Neben seiner von vielen als charismatisch angesehene Ausstrahlung, versuchte er auch durch gezielte Schlagwortbildung wie *Neue Mitte*, *Basta!* oder der Politik der ruhigen Hand sein Bild in der Öffentlichkeit zu beeinflussen. Eine Lieblingsfloskel ist auch *"...ist gar keine Frage!"*.

Kurz nach der Wahl zum Bundeskanzler 1998 fiel Schröder durch die für sozialdemokratische Politiker bis dahin unübliche Zurschaustellung von Luxus (teure Anzüge, Zigarren) und Auftritten in der populären ZDF-Unterhaltungssendung *Wetten dass..?* (20. Februar 1999) und der Seifenoper *GZSZ* (Ausstrahlungsdatum: 22. Juni 1998) auf. Wegen seines vergleichsweise guten Verhältnisses zur Wirtschaft wurde er vor allem in seiner ersten Amtszeit in den Medien gern als der „Genosse der Bosse“ bezeichnet, inzwischen ist diese Bezeichnung unüblich geworden. Ein Abkühlen des Verhältnisses zu Wirtschafts-



Schröder und George W. Bush im Mai 2001

unternehmen wird teilweise schon im Jahr 2000 beobachtet, seit Schröder sich im Jahr 2005 wiederholt kritisch zu einzelnen Wirtschaftsunternehmen geäußert hat, wurde dieses deutlicher.

Besonders hohe Umfragewerte erreicht Schröder, angeblich wegen seiner Ausstrahlung, bei Frauen.

Familiäres Umfeld

Das Grab des Vaters Fritz Schröder liegt im Dorf Ceanu Mare im Kreis Klausenburg, Siebenbürgen, Rumänien. Es wurde von einer Schwester Gerhard Schröders aufgespürt. Ein Besuch des Grabes durch Gerhard Schröder wurde 2001 wegen der Terroranschläge in den USA aufgeschoben und fand am 12. August 2004 am Rande einer offiziellen Rumänienreise statt. Gerhard Schröder hat einen Halbbruder, Lothar Vosseler, und zwei weitere Halbgeschwister.

Angela Merkel

Angela Dorothea Merkel geb. Kasner, (* 17. Juli 1954 in Hamburg) ist eine deutsche Politikerin (CDU). Sie ist Kanzlerkandidatin der CDU/CSU für die vorgezogene Bundestagswahl im September 2005.

Von 1991 bis 1994 war Merkel Bundesministerin für Frauen und Jugend und von 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Im Jahr 2000 wurde sie zur Bundesvorsitzenden der CDU gewählt.

Lebenslauf

Angela Merkel wurde als Tochter des evangelischen Pfarrers *Horst Kasner* und der Lehrerin *Herlind Kasner* am 17. Juli 1954 in Hamburg geboren. Im Herbst 1954 zog die Familie in die DDR, da der Vater Pfarrer in Quitzow bei Perleberg wurde.

Ab 1957 wuchs Angela Merkel mit ihren beiden jüngeren Geschwistern Marcus und Irene in Templin (Uckermark) auf. Ab 1961 besuchte sie die Polytechnische Oberschule, trat Anfang der 1970er Jahre in die FDJ ein. Die Jugendweihe lehnte sie auf Grund ihrer kirchlichen Sozialisation aber ab. Statt dessen wurde sie konfirmiert. Nach dem Einser-Abitur, mit einer überdurchschnittlichen Begabung in Mathematik und Sprachen, studierte sie von 1973 bis 1978 Physik an der Universität Leipzig mit dem Abschluss als Diplom-Physikerin. Ein Angebot, für das Ministerium für Staatssicherheit zu arbeiten, lehnte sie 1978 ab. In ihrer Stasi-Opferakte werden ihre kritische Haltung der DDR und dem Kommunismus gegenüber ("politisch-ideologische Diversion") und ihre Zustimmung zur polnischen Gewerkschaft *Solidarność* vermerkt.

1986 promovierte sie bei Lutz Zülicke zum Dr. rer. nat. Die Dissertation befasst sich mit der Berechnung von Geschwindigkeitskonstanten von Reaktionen einfacher Kohlenwasserstoffe und findet sich in der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main unter der Signatur: H 86b/5809. Sie trägt den Titel: "Untersuchung des Mechanismus von Zerfallsreaktionen mit einfachem Bindungsbruch und Berechnung ihrer Geschwindigkeitskonstanten auf der Grundlage quantenchemischer und statistischer Methoden".

Merkel arbeitete von 1978 bis 1990 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften in Berlin (Forschungsfeld: Quantenchemie). Hier war sie zeitweise FDJ-Kreis-

Literatur

- Literatur von und über Gerhard Schröder
http://dispatch.opac.ddb.de/DB=4.1/REL?PPN=118570528 im Katalog der DDB
- Béla Anda/Rolf Kleine: *Gerhard Schröder. Eine Biographie.* München 2002, ISBN 3-548-36387-3

Weblinks

- Der Bundeskanzler (Seite des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)
http://www.bundeskanzler.de
- Gerhard-Schröder-Seite beim SPD-Parteivorstand
http://www.gerhard-schroeder.de
- Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 11. November 1998
http://www.derhistoriker.de/deutsch/09+Regierungserklaerung_Schroeder_11-11-98.pdf

leitungsmitglied und wurde FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda an der Akademie der Wissenschaften. Sie trat keiner Blockpartei der DDR bei.

Angela Merkel ist seit Dezember 1998 in zweiter Ehe mit dem Berliner Chemieprofessor Joachim Sauer verheiratet und hat keine Kinder. Zuvor war sie von 1977 bis zur Scheidung 1982 mit dem *Angela Merkel* Physiker Ulrich Merkel verheiratet.

Angela Merkel spricht fließend englisch und russisch.



Politische Karriere

Angela Merkel war in keiner der Oppositionsgruppen der ehemaligen DDR vor der Wende aktiv. Während der Wende 1989 wurde sie Mitglied in der Partei Demokratischer Aufbruch (DA), später deren Pressesprecherin.

Nach der Volkskammerwahl von 1990 übernahm sie das Amt der stellvertretenden Regierungssprecherin der letzten Regierung der DDR unter Ministerpräsident Lothar de Maizière. Im August 1990 wurde sie durch die Fusion des DA mit der CDU der DDR Mitglied der Christdemokraten. Im Dezember wurde Merkel als Direktkandidatin in den Bundestag gewählt. Im Kabinett von Helmut Kohl wurde Angela Merkel im Januar 1991 Bundesministerin für Frauen und Jugend. Im Dezember desselben Jahres wurde sie auch zur Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt. Von Juni 1993 bis Mai 2000 war sie außerdem Landesvorsitzende der CDU in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 17. November 1994 wurde sie als Nachfolgerin von Klaus Töpfer zur Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ernannt. In dieser Funktion verfügte sie nach einem vorwiegend von den Grünen als Skandal bezeichneten Zwischenfall einen zeitweiligen Stopp der Castor-Transporte. Rücktrittsforderungen der Opposition, insbesondere von Bündnis90/Die Grünen, hatten keine Auswirkungen auf ihre Position. Nach der verlorenen Bundestagswahl von 1998 musste sie dieses Amt an Jürgen Trittin (Bündnis90/Die Grünen) abgeben.

Im November 1998 wurde sie vom neuen Bundesvorsitzenden Wolfgang Schäuble für das Amt der Generalsekretärin der CDU vorgeschlagen und kurz darauf vom

Parteitag gewählt - eine Funktion, die sie bis zum April 2000 ausübte.

Während der Parteispendenaffäre um den früheren Bundeskanzler Helmut Kohl wandte sich Angela Merkel von ihrem bisherigen Förderer Kohl ab, der sie einst nur "das Mädchen" nannte. Sie forderte die Partei auf, einen Neuanfang ohne Helmut Kohl zu beginnen, lehnte dann aber als Parteivorsitzende am 8. November 2001 eine mögliche Auskunftsklage gegen Kohl ab. Auch dem erst 1998 ins Amt des Parteivorsitzenden gelangten Wolfgang Schäuble wurden Unkorrektheiten und eine unzutreffende Aussage im Bundestag vorgeworfen, so dass dieser schließlich zurücktrat. Auf fünf erstmals durchgeführten "Regionalkonferenzen" wurde Merkel von der Parteibasis derart gefeiert, dass sie schließlich trotz großen Interesses anderer Kandidaten von der Parteiführung einstimmig zur Parteivorsitzenden nominiert wurde. Am 10. April 2000 wurde Angela Merkel auf dem Essener Parteitag mit knapp 96 % der Stimmen als Nachfolgerin Wolfgang Schäubles zur Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Auf dem Parteitag am 6. Dezember 2004 in Düsseldorf wurde sie in ihrem Amt bestätigt, dies aber mit dem bisher schlechtesten Ergebnis, das sie bei einer Wahl zur Parteivorsitzenden erhielt: 88,4 %.

Ihre Machtposition festigte sich, als sie nach der Bundestagswahl 2002, bei der sie die Unionskanzlerkandidatur dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber überlassen musste ("Wolfratshausener Frühstück"), als Nachfolgerin von Friedrich Merz auch zur Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und damit zur Oppositionsführerin gewählt wurde.

Im Frühjahr 2003 stellte Merkel sich gegen Stimmen in der eigenen Partei in der Irak-Frage demonstrativ an die Seite der USA. Sie formulierte, dass es unverantwortlich sei, "den Einsatz militärischer Gewalt als das letzte Mittel kategorisch auszuschließen. Als letztes Mittel wird er in manchen Konflikten, so auch in diesem, unausweichlich sein und bleiben." Diese Position stützte sie auf UN-Resolution 1441, der das Prinzip friedliche Entwaffnung durch ernst gemeinte Drohung zugrunde liegt. Um ihre Haltung zu untermauern, unternahm sie eine Reise in die USA. Eine geplante USA-Reise vor der angestrebten Bundestagswahl 2005 sagte sie allerdings ab.

Im Februar 2004 bereiste sie drei Tage lang die Türkei, um für das Modell der privilegierten Partnerschaft als Alternative zur Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union zu werben.

Anfang 2004 setzte Merkel Horst Köhler als Kandidaten von CDU/CSU und FDP für das Amt des Bundespräsidenten durch, der anschließend auch von der Bundesversammlung gewählt wurde.

Am 30. Mai 2005 wurde Angela Merkel für die angekündigten vorgezogenen Neuwahlen zur Kanzlerkandidatin der CDU/CSU nominiert.

Wahlkreis

Sie ist mit 41,6% der Stimmen direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises 15 (Stralsund, Landkreis Nordvorpommern und Landkreis Rügen) im Bundestag. Ihr Landesverband ist Mecklenburg-Vorpommern.

Politische Positionen

Laut CDU-Wahlprogramm möchte Merkel den Kurs der sozialen und wirtschaftlichen Reformen unter Gerhard Schröder (SPD), insbesondere am Arbeitsmarkt intensivieren. Einige der Reformen der rot-grünen Koalition sollen aber rückgängig gemacht werden: die Ich-AG wird z.B. als wirkungslos kritisiert.

Des weiteren soll es über "Bündnisse für Arbeit"

Arbeitgebern und Belegschaft erlaubt werden, von den Flächentarifverträgen abzuweichen.

Einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU lehnt sie ab, stattdessen soll eine privilegierte Partnerschaft angeboten werden.

Sie tritt für eine Verlängerung der Restlaufzeit von Atomkraftwerken ein, will aber den Atomausstieg nicht rückgängig machen.

Auch wenn Merkel die von Prof. Paul Kirchhof vorgeschlagene radikale Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode noch nicht verwirklichen will, tritt sie wie er mittelfristig für eine erhebliche Vereinfachung des Steuersystems und die Abschaffung der Subventions-tatbestände ein. Dazu zählen etwa die Steuerfreiheit von Nachtarbeitszuschlägen und die Eigenheimzulage. Eine Abschaffung der Eigenheimzulage hatte die CDU bislang immer abgelehnt und entsprechende Vorstöße der rot-grünen Koalition im Bundesrat stets zu Fall gebracht.

Wissenschaftliche Publikationen

- Angela Merkel, Ilka Böger, Hans Joachim Spangenberg, Lutz Zülicke, Zeitschrift für physikalische Chemie, 1982, 263 (3), 449-460, Berechnung von Hochdruck-Geschwindigkeitskonstanten für Zerfalls und Rekombinationsreaktionen einfacher Kohlenwasserstoffmoleküle und -radikale
- Angela Merkel, Lutz Zülicke, Zeitschrift für physikalische Chemie, 1985 266 (2), 353-361, Berechnung von Geschwindigkeitskonstanten für den C-H-Bindungsbruch im Methylradikal
- Angela Merkel, Lutz Zuelicke, Molecular Physics, 1987, 60(6), 1379-1393, Nonempirical parameter estimate for the statistical adiabatic theory of unimolecular fragmentation carbon-hydrogen bond breaking in methyl
- Angela Merkel, Zdenek Havlas, Rudolf Zahradnik, Journal of American Chemical Society, 1988, 110(25), 8355-8359, Evaluation of the rate constant for the SN2 reaction fluoromethane + hydride: methane + fluoride in the gas phase

Weitere Veröffentlichungen

- *Der Preis des Überlebens. Gedanken und Gespräche über zukünftige Aufgaben der Umweltpolitik.* Stuttgart 1997, ISBN 3-4210-5113-5
- *Europa und die deutsche Einheit. Zehn Jahre Wiedervereinigung: Bilanz und Ausblick.* Freiburg 2000, ISBN 3-451-20140-2

Literatur

- Wolfgang Stock: *Angela Merkel. Eine politische Biographie.* München, Neuauflage 2005, ISBN 3-7892-8168-9
- Jacqueline Boysen: *Angela Merkel.* Berlin 2001, ISBN 3-5483-6302-4
- Evelyn Roll: *Das Mädchen und die Macht.* Berlin 2001, ISBN 3-8713-4429-X
- Gerd Langguth: *Angela Merkel.* München 2005, ISBN 3-423-24485-2
- Angela Merkel: "Mein Weg. Ein Gespräch mit Hugo Müller-Vogg." 2005, ISBN 3-455-09538-0

Weblinks

- Literatur von und über Angela Merkel <http://dispatch.opac.ddb.de/DB=4.1/REL?PPN=119545373> im Katalog der DDB
 - Webseite von Angela Merkel <http://www.angela-merkel.de>
- Weitere Weblinks finden sich in der Online-Ausgabe des Artikels

Reichstagsgebäude

Das **Reichstagsgebäude** (oft kurz *Reichstag* genannt) ist ein Gebäude in Berlin, das erst dem Reichstag des deutschen Kaiserreiches und später der Weimarer Republik und seit 1999 dem Deutschen Bundestag als Sitz dient. Seit 1994 findet dort alle fünf Jahre die Wahl des deutschen Bundespräsidenten statt.

Geschichte

1881–1884: Planung

Seine Errichtung wurde bereits am 19. April 1871 vom Deutschen Reichstag beschlossen. Die Ausführung verzögerte sich jedoch erheblich. Zunächst wurde als Bauplatz das Grundstück des Grafen Athanasius Raczynski an der Ostseite des Königsplatzes in Aussicht genommen, und bereits im Dezember 1871 wurde ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben, an dem sich 122 Architekten beteiligten. Diesen Wettbewerb entschied im Juni 1872 Ludwig Bohnstedt aus Gotha für sich. Der preisgekrönte Entwurf konnte aber nicht verwirklicht werden, da sich Graf Raczynski weigerte, das Grundstück, auf dem sein von August Strack zwischen 1844 und 1847 errichtetes Palais stand, zu verkaufen.

Der Reichstag entschied sich deshalb, die Suche nach einem geeigneten Bauplatz fortzusetzen. Erst 1881 fand diese Suche ein Ende, als der Reichstag dem Antrag zustimmte, das Gelände an der Ostseite des Königsplatzes, das nach langwierigen Verhandlungen mit dem Sohn und Erben des Grafen Raczynski jetzt zum Verkauf stand, zu erwerben. Im Februar 1882 wurde ein neuer Architekten-Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem allerdings nur Architekten „deutscher Zunge“ zugelassen waren. Aus den ungefähr 190 Einsendungen gingen der Frankfurter Paul Wallot und der Münchener Friedrich von Thiersch als Sieger hervor; beide erhielten einen ersten Preis. Da aber Wallot mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte, wurde er mit der Ausführung beauftragt.

1884–1918: Bauausführung und Ausgestaltung

Aufgrund von Einwänden der Reichstagsbaukommission musste Wallot seinen Plan mehrmals überarbeiten, bis mit dem Bau begonnen werden konnte; am 9. Juni 1884 fand die feierliche Grundsteinlegung statt. Dabei zersprang der Hammer, mit dem Kaiser Wilhelm I. den Grundstein „absegnete“. Während des Baus mischte sich der neue Kaiser, Wilhelm II., mehrmals in die Planung ein und diktierte Wallot seine Vorstellungen, dieser ließ sich jedoch



Das Reichstagsgebäude

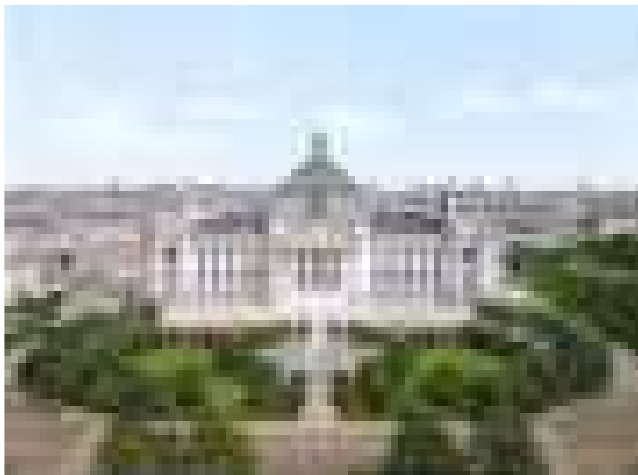
nicht beeinflussen, was ihn die Sympathie des Kaisers kostete. Nach zehn Jahren Bauzeit konnte der Reichstag mit einer feierlichen Schlusssteinlegung am 5. Dezember 1894 übergeben werden.

Das Gebäude ist im Stil des Eklektizismus erbaut, wobei die italienischen Hochrenaissance besonders vertreten wird. Wallot wandte also diesen Stil auf Deutschland an, indem er regionale Baustile der deutschen Staaten, Schriften, Schmucktafeln und Figuren der deutschen Kulturkreise einfließen ließ. Obwohl man ihm später vorwarf, er hätte einen „Stilmischmasch“ hervorgebracht, erschuf Wallot erst dadurch ein Gebäude, das die Souveränität der Deutschen Kleinstaaten betonen, aber trotzdem auch vereinen konnte und so gewissermaßen künstlerisch eine Legitimität für den deutschen Staat schaffte, die im Parlament, in dem ja Vertreter aller Volksgruppen zusammentrafen, ihre Krönung fand. Die Krönung des Gebäudes selber war die an der Spitze 75 Meter hoch ragende Kuppel (ausgeführt durch den Bauingenieur Hermann Zimmermann), die allerdings kein Symbol der Renaissance oder der kulturellen Vielschichtigkeit, sondern des überlegenen technischen Fortschritts Deutschlands war. Sie war ganz aus Stahl und Glas gefertigt und für ihre Zeit eine technische Meisterleistung. Obwohl ihr Innenraum keine spezielle Funktion hatte, versorgte sie dennoch den Plenarsaal mit natürlichem Licht und gab dem deutschen Parlamentsgebäude einen würdigen Abschluss.

Die Innenräume waren äußerst prachtvoll und repräsentativ ausgestattet. An vielen Orten fanden sich heraldische Symbole, Statuen großer Deutscher und Gemälde. Das Reichstagsarchiv umfasste schon bald Millionen von Bänden, die mit einem genialen pneumatischen Aufzugsystem in den Lesesaal verschickt werden konnten. Ebenso hatte der Reichstag ein eigenes Kraftwerk und war so als erstes Parlamentsgebäude Deutschlands vollständig mit elektrischem Strom versorgt.

Wallot hatte für den Portikus den Schriftzug „Dem Deutschen Volke“ vorgesehen, dessen Anbringung Kaiser Wilhelm II. jedoch ablehnte. Erst 1916 wurde der Schriftzug auf Anregung des damaligen Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg angebracht, nachdem die SPD den Kriegskrediten zugestimmt hatte und der Kaiser sich mit dem Parlament „versöhnt“ hatte. Die Bronze für die Buchstaben musste auf kaiserliche Anordnung allerdings aus erbeuteten Geschützen gewonnen werden. Der Schriftzug wurde zeitgenössisch gestaltet und durch den Architekten Peter Behrens ausgeführt.

Bereits kurz nach Inbetriebnahme des Gebäudes fiel sein größter Mangel auf: Das Fehlen von Büroräumen für die Abgeordneten selber. Dieser Mangel konnte auch durch Umbauten in den folgenden Jahren nicht behoben werden. Legenden ranken sich um die Reichstagskantine,



Reichstagsgebäude (bis etwa 1900)



Giebel des Reichstags: „Dem Deutschen Volke“

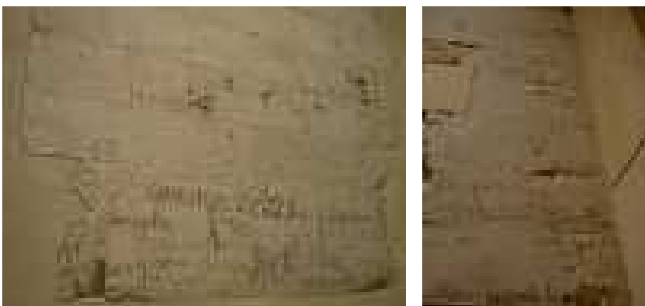
die nach ihrem Pächter *Fraktion Schulze* genannt wurde. Bis heute hält sich das Vorurteil, dass die Kantine im Reichstag das schlechteste Restaurant Berlins sei.

Am 9. November 1918 rief der sozialdemokratische Politiker Philipp Scheidemann von einem Fenster des Lesesaales die Republik aus und beendete damit die Monarchie. An dieser Stelle ist heute eine Gedenktafel angebracht.

1933: Reichstagsbrand und Nationalsozialismus

Am 27. Februar 1933 wurde im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes Feuer gelegt, er brannte völlig aus. Kurz darauf wurde der niederländische Kommunist Marinus van der Lubbe, der zuvor gedroht hatte, ein Berliner Verwaltungsgebäude in Brand zu stecken, verhaftet. Er wurde im Mai 1933 zusammen mit prominenten Mitgliedern der KPD, darunter Georgi Dimitroff, vor dem Reichsgericht in Leipzig wegen Brandstiftung angeklagt. Die NS-Führung hatte zuvor noch dafür gesorgt, dass für Brandstiftung fortan die Todesstrafe galt und auch rückwirkend verhängt werden konnte, so dass van der Lubbe zum Tode verurteilt und hingerichtet werden konnte. Die Mitangeklagten mussten aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden.

Bis heute ist nicht eindeutig geklärt, wer für den Brand verantwortlich ist. Sicher ist auf jeden Fall, dass er allein den Nationalsozialisten nützte, weil sie so gewissermaßen den Beweis für einen drohenden kommunistischen Umsturzversuch und die unmittelbare Gefahr eines Bürgerkrieges in den Händen hatten und so den Reichspräsidenten davon überzeugen konnten, einen Großteil der Grundrechte außer Kraft zu setzen. Dieser erließ am 28. Februar die „Verordnung zum Schutze von Staat und Volk“ (Reichstagsbrandverordnung), in welcher die allgemeinen Grundrechte temporär außer Kraft gesetzt



Sowjetische Soldaten hinterließen Inschriften an den Wänden. Einige wurden erhalten. (Fotos: Kasselklaus, Denis Apel)

wurden. Auf diese Weise war den vielfach als Hilfspolizisten eingesetzten SA-Schlägertrupps freie Hand gelassen. Nach dem Brand tagte das Parlament in der gegenüber liegenden Krolloper.

Das Gebäude selber wurde äußerlich in Stand gesetzt und sollte auf persönlichen Wunsch Hitlers auch in das Regierungsviertel der „Welthauptstadt Germania“ miteinbezogen werden. Im Reichstag selber wurden Propagandafilme gezeigt, und während des Kriegs wurde die gynäkologische Station der nahegelegenen Charité dorthin verlegt, was zur Folge hatte, dass einige hundert Berliner im Reichstag das Licht der Welt erblickten.

Die Rote Armee sah in dem Gebäude ein Schlüsselsymbol des NS-Regimes. Am 30. April 1945 wurde es vom 176. Regiment der 150. Schützendivision in der 3. Stoßarmee der 1. Weißrussischen Front eingenommen. Am gleichen Abend hissten die Sergeanten Meliton Kantaria und Micheil Jegorow eine von neun aus Moskau eingeflogenen Siegesfahnen zunächst über dem Eingangsportal, dann auf der Kuppel. Im Keller des Reichstagsgebäudes verbarrikadierten sich noch SS-Einheiten, die erst am 2. Mai kapitulierten. Die Siegesfahne wurde am 20. Juni 1945 zur Siegesparade nach Moskau gebracht und befindet sich heute im russischen Armeemuseum.

1945–1990: Deutsche Teilung

Das Reichstagsgebäude wurde nach dem Reichstagsbrand 1933 und im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt. Bei der Eroberung Berlins 1945 entstand ein berühmtes Foto, das den ukrainischen Soldaten Alexei Berest beim Hiszen der sowjetischen Fahne zeigt. Die markante Kuppel wurde am 22. November 1954 zur Entlastung des restlichen Gebäudes und wegen angeblicher statischer Unsicherheit gesprengt. Diese Entscheidung wird in der Fachliteratur zuweilen als „fragwürdig“ bezeichnet. In den folgenden Jahren wurde das Gebäude, das unter die Obhut der neugegründeten Bundesbauverwaltung gestellt worden war, zunächst gesichert und die Fassade in vereinfachter Form wiederhergestellt.

Der in den Jahren 1958 bis 1971 durchgeführte Wiederaufbau zerstörte die historische Identität des Gebäudes, in dem sämtliche Stuckaturen und verbliebene Holztäfelungen, Türen etc. einfach zerstört wurden und das Gebäude in völlig veränderter Raumfolge gegliedert wurde. Der neu entstandene Plenarsaal war dreimal so groß wie der alte und selbst für ein gesamtdeutsches Parlament zu groß. Sämtliche heraldischen Verzierungen wurden entfernt, mit der Begründung, der Architekt Paul Wallot hätte sie nie so auszuführen beabsichtigt und man hätte in seinem Sinne gehandelt. Diese Behauptung ist schon deshalb falsch, weil Paul Wallot mit seinen zahlreichen Schmuckarbeiten gerade die kulturelle Vielfalt der Bundesstaaten des Deutschen Reichs betonen wollte und zum Beispiel regionale Baustile übernahm. Verantwortlicher Architekt für diesen Umbau war Paul Baumgarten, der allerdings in den meisten Entscheidungen von der Bundesbaudirektion bevormundet wurde. Diese Art von Umgang mit historischer Architektur entsprach dem Zeitgeist der 1960er und 1970er Jahre, insbesondere in Berlin.

Zu Zeiten der deutschen Teilung von 1961 bis 1989 verlief die Berliner Mauer unmittelbar an der Ostseite des Reichstagsgebäudes. Im Gebäude war ein Museum über den Bundestag und die Geschichte des Reichstagsgebäudes eingerichtet. Bis zur Wiedervereinigung fanden vereinzelt Fraktions- oder



Reichstagskuppel bei Tag (Foto: Malte Ruhnke)

plenarparlamentarische Nutzung war aufgrund der Vertragslage mit den Siegermächten nicht möglich. Für ausländische Staatsgäste war der Besuch der Außenterrassen mit Blick über die Berliner Mauer gewissermaßen Pflichtprogramm. Gleichzeitig wurde im Gebäude die Ausstellung *Fragen an die Deutsche Geschichte* gezeigt, die mehrere Millionen Besucher in das Haus lockte.

Nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 beschloss der gesamtdeutsche Bundestag am Ende einer ausgiebigen und kontroversen Debatte am 20. Juni 1991 den Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin und damit die Verlegung des Bundestages in das Reichstagsgebäude.

1995–1999: Umbau

Ein internationaler Architektenwettbewerb zum Umbau des Reichstagsgebäudes für die künftige Nutzung durch den Deutschen Bundestag wurde ausgeschrieben. Der Architekt Sir Norman Foster erhielt den Zuschlag, allerdings für einen wesentlich anderen Entwurf als tatsächlich realisiert wurde. Er plante in seinem Ursprungsentwurf, über das gesamte Reichstagsgebäude und das umgebende Gelände ein freistehendes Glasdach zu spannen, das etwa dessen doppelte Grundfläche gehabt hätte. Dieser Entwurf stieß jedoch (nicht zuletzt wegen der enormen Kosten von bis zu ca. 1,3 Milliarden DM) bei vielen Bundestagsabgeordneten und der Berliner Bevölkerung auf Ablehnung. So wurde Foster genötigt, stattdessen die später so viel beachtete Glaskuppel zu planen. Als Gegenleistung erhielt er das Recht, die Rückseite des Bundesadlers im Plenarsaal zu gestalten. Im Juni 1994 entschied sich dann der Bauausschuss mit nur einer Stimme Mehrheit für diesen Entwurf und damit gegen die einzige übrig gebliebene Alternative, den originalgetreuen Wiederaufbau der ursprünglichen



Innenansicht des Plenarsaals 2004

Kuppel. Dietmar Kansy (CDU) und insbesondere Peter Conradi (SPD) haben den Umbau des Reichstagsgebäudes zum Sitz des Deutschen Bundestages als Mitglieder der Baukommission maßgeblich geprägt.

1995 verhüllten die Aktionskünstler Christo und Jeanne-Claude das Gebäude, bevor ein umfassender jahrelanger Umbau unter der Regie des Büros Foster Associates einsetzte, bei dem das Gebäude auch wieder eine Kuppel bekam.

Beim Umbau wurde besonders auf ökologische Faktoren Rücksicht genommen. Spezielle Verglasungen und Isolierungen sollen den Energieverlust verringern, ein Heizungs- und Kühlungssystem nutzt eine unterirdische Wärmequelle bzw. eine kühlende Grundwasserschicht zur Wärmeregulation. Ein kompliziertes System aus Spiegeln leitet das Licht der Sonne aus der Kuppel bis in den Sitzungssaal hinab. Wie in der Anfangsphase des Reichstags gibt es auch jetzt wieder ein eigenes Kraftwerk, das mit Bioraps aus Mecklenburg-Vorpommern betrieben wird.

Gestaltung und Nutzung

Die neuartige begehbare gläserne Kuppel ist ein neues Wahrzeichen für Berlin. Sie dient zugleich der Belichtung und Belüftung des Plenarsaals. Das Gebäude ist mit vielen Kunstwerken internationaler zeitgenössischer Künstler geschmückt. Es befinden sich Sitzungsräume und ein Restaurant im Haus. Die eigentlichen Arbeitsräume der Abgeordneten des Deutschen Bundestages befinden sich in den umliegenden Neubauten der Paul-Löbe- und Jakob-Kaiser-Häuser.

Der riesige Plenarsaal bildet den Mittelpunkt des Reichstagsgebäudes und reicht praktisch durch das ganze Haus. Er ist von fast allen Stockwerken einsehbar. Das



macht deutlich, *Die Kuppel des Reichstages bei Nacht* dass sich hier das (Foto: Chris Croome)

Zentrum der parlamentarischen Demokratie befindet. Erstmals nach dem Umbau wurde das Reichstagsgebäude von der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten 1999 genutzt. Offiziell heißt das Gebäude *Plenarbereich des Deutschen Bundestages*.

Weblinks

- Dossier zur Geschichte des Reichstagsgebäudes <http://www.deutschesgeschichten.de/zeitraum/themaindex.asp?KategorieID=1007&InhaltID=1617>
- Reichstagsgebäude: Bau und Geschichte http://www.bundestag.de/bau_kunst/bauwerke/reichstag/index.html
- Reichstagsinschrift *DEM DEUTSCHEN VOLKE* <http://www.tu-harburg.de/b/kuehn/pb3.html#9>
- Luftbild vom Reichstag http://www.luftbild-und-flugservice.de/Galerie/Bild_11/body_bild_11.html
- Website zur Geschichte des Reichstages <http://www.deutsche-schutzgebiete.de/reichstag.htm>

Wahlssystem

Unter einem **Wahlssystem** oder **Wahlverfahren** ist der Modus zu verstehen, nach welchem ein Wahlvolk bei einer (idealerweise) demokratischen Wahl auf nationaler oder regionaler Ebene seine Partei- und/oder Kandidatenpräferenz durch die Abgabe seiner Stimmen ausdrückt und diese in politische Mandate übertragen werden.

Heute basieren praktisch alle Wahlverfahren auf Varianten der Mehrheitswahl oder der Verhältniswahl. In der Schweiz und teilweise in entsprechender Fachliteratur spricht man von Majorz (Mehrheitswahl) und Proporz (Verhältniswahl). Um die jeweiligen Nachteile dieser Grundsysteme auszugleichen gibt es eine Reihe weiterer kombinierter Systeme oder Mischsysteme.

Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts streiten sich Verfechter von Mehrheits- und Verhältniswahl darum, welches Wahlssystem denn nun das „Bessere“ sei. Die wichtigsten Argumente beider Seiten sind im Folgenden gegenübergestellt.

Kurze Gegenüberstellung der Vorteile

Mehrheitswahl

- Verhütung der Parteienzersplitterung
- Förderung der Parteienkonzentration in Richtung auf die Herausbildung eines Zweiparteiensystems
- Förderung stabiler Regierungen in Form parteilicher Mehrheitsregierungen.
- Förderung politischer Mäßigung, da die größeren politischen Parteien um die gemäßigte Wählerschaft in der Mitte kämpfen und bei einem Wahlsieg auch die politische Verantwortung übernehmen müssen. Die Parteien müssen also ihr Programm an der gemäßigten Wählerschaft und an dem Machbaren ausrichten.
- Förderung des Machtwechsels, da geringe Veränderungen in den Stärkeverhältnissen der Parteien nach Wählerstimmen große Veränderungen nach Mandaten auslösen können.
- Herbeiführung der Entscheidung über die Regierungsführung direkt durch den Wähler und nicht durch die Parteien in Koalitionsverhandlungen.
- Personenwahl: Die Wähler kennen den Kandidaten und es gibt eine enge Bindung zwischen Abgeordnetem und Wähler

Praxis angewendet werden oder die zumindest theoretisch denkbar sind, werden Kriterien ab: Bei der Beschreibung der Mehrheitswahl steht die technische Ausgestaltung des Wahlverfahrens im Vordergrund, während die Definition der Verhältniswahl das zu erreichende Ziel hervorhebt.

Wahlgerechtigkeit

Wie schon aus dem Vergleich von Mehrheitswahl und Verhältniswahl ersichtlich, kann es bei einem Wahlverfahren immer wieder zu Ergebnissen kommen, die zwar mathematisch korrekt sind, aber nicht unbedingt den Wählerwillen genau wiedergeben.

Das folgende Beispiel ist konstruiert, zeigt aber die prinzipiellen Risiken, die Wahlverfahren in unterschiedlicher Weise mitbringen: Bei einer fiktiven Wahl gelte das Mehrheitswahlrecht, das Parlament hat 5 Abgeordnete, die in 5 Wahlkreisen mit je 100 Wählern gewählt werden. Die Kandidaten werden von nur zwei Parteien (A und B) gestellt und alle Wahlberechtigten gehen zur Wahl.

Wenn Partei A in 3 Wahlkreisen knapp mit 51 Stimmen siegt und Partei B in zwei Wahlkreisen mit 99 Stimmen siegt, dann hat Partei B $3 \times 49 + 2 \times 99 = 345$

Verhältniswahl

- Gerechtigkeit. Repräsentation möglichst aller Meinungen und Interessen im Parlament im Verhältnis ihrer Stärke unter der Wählerschaft.
- Förderung der Parteienkonzentration ter Parteien. Berücksichtigung gesellschaftlicher und neuer politischer Strömungen bei der Umsetzung von Stimmen in Mandate. Neue Parteien haben eine Chance.
- Verhinderung allzu künstlicher politischer Mehrheiten, denen keine tatsächliche Mehrheit in der Wählerschaft entspricht und die nur aus institutionellen Eingriffen in den politischen Willensbildungsprozess resultieren.
- Förderung politischer Mäßigung, da die größeren politischen Parteien um die verschiedenen gesellschaftliche Kräfte beteiligt sind
- Verhinderung extremer politischer Umschwünge, die weniger das Ergebnis grundlegender Veränderungen der politischen Einstellungen der Wählerschaft sind als vielmehr Folge des Verzerrungseffekts des Wahlsystems.
- Die Parteien haben die Möglichkeit Experten ins Parlament zu bringen.

Ausführlichere Betrachtung

Traditionell unterscheidet man zwischen beiden Verfahren in etwa wie folgt:

- Bei der Mehrheitswahl wird das Wahlgebiet in so viele Wahlkreise eingeteilt, wie Mandate zu vergeben sind. Gewählt sei in jedem Wahlkreis der Kandidat, der dort die meisten Stimmen erhält.
- Bei der Verhältniswahl werde dagegen die Sitzverteilung so durchgeführt, dass jede Partei so viele Mandate bekommt, wie es ihrem Stimmenanteil im gesamten Wahlgebiet entspricht.

Diese Definitionen sind nicht unbedingt falsch – allerdings können sie irreführend sein.

Zum einen beschreiben sie jeweils nur eine ganz bestimmte Form der Mehrheitswahl (nämlich die relative Mehrheitswahl im Einpersonenwahlkreis) bzw. der Verhältniswahl (reine Verhältniswahl im Einheitswahlkreis). All die anderen vielfältigen Wahlsysteme, die in der

Stimmen oder 69% aller Stimmen. Hier stehen also mehr als 2/3 aller Wähler hinter Partei B, dennoch hat sie von 5 Mandaten nur 2 erhalten und ist im Parlament mit nur 40% der Mandate nicht fähig, Entscheidungen für die Mehrheit der Wähler durchzusetzen.

Umgekehrt kann es bei bestimmten Wahlsystemen dazu kommen, dass man mit weniger Stimmen mehr Mandate bekommt. Diese Effekt hat z.B. bei der Bundestagswahl 1998 dazu geführt, dass die SPD in Hamburg nach Zweitstimmen 6 Bundestagsmandate erhalten hatte, aber in den Wahlkreisen 7 Direktmandate errang. Deshalb erhielt die SPD ein Überhangmandat ($7-6=1$) im Bundestag. Das Überhangmandat ist ein zusätzliches Mandat, welches einer Partei gegeben wird, ohne dass ein entsprechender Ausgleich für die anderen Parteien geschaffen würde. Bei der Wahl hat es an anderen Stellen und für andere Parteien ähnliche Effekte gegeben, allerdings werden die großen Parteien begünstigt, da diese auch in

den Wahlkreisen Direktmandate erringen können.

Ein Maß für die Legitimation ist die Anzahl der Stimmen pro Mandat einer Partei.

Liste der Wahlverfahren

Verfahren basierend auf Mehrheitswahl

1. Einfache Mehrheit
2. Mehrheitswahl mit Stichwahl
3. Single transferable vote
4. Coombs Wahl
5. Instant-runoff voting
6. Condorcet-Methode
7. Anerkennungs-Wahl (*Approval Voting*)
8. Borda-Wahl
9. Rang-Wahl

Verfahren basierend auf Verhältniswahl

- auch unter Auszählungsverfahren bekannt; dort und in der Kategorie "Wahlverfahren" finden sich ähnliche Listen -

10. Höchstzahlverfahren nach d'Hondt
11. Hare-Niemeyer-Verfahren
12. Hagenbach-Bischoff-Verfahren (*Schweiz*)
13. Verfahren nach Sainte Laguë-Schepers

14. Dean-Verfahren

15. Machtindex

Literatur

- Nohlen, Dieter 2004: *Wahlrecht und Parteiensystem*, 4. Auflage, Opladen: Leske + Budrich ISBN 382521527X
- Klaus Kopfermann: *Mathematische Aspekte der Wahlverfahren*, BI-Verlag 1991 ISBN 3-411-14901-9

Weblinks

- Wahlrecht.de <http://www.wahlrecht.de/systeme/index.htm> – eine ausführliche Abhandlung über die verschiedenen Wahlsysteme und ihre Vor- und Nachteile. Aus dieser Webseite wurde auch der Großteil des Eintrags übernommen.
- Vergleich zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl <http://www.wahlrecht.de/systeme/mwgegenvw.htm>

Erneuerbare Energie

Erneuerbare Energie, auch *regenerative Energie* genannt, bezeichnet Energie aus nachhaltigen Quellen, die nach menschlichen Maßstäben unerschöpflich sind (siehe unten). Das Grundprinzip der Nutzung erneuerbarer Energie besteht darin, dass aus den in unserer Umwelt *laufend* stattfindenden Prozessen Energie abgezweigt und der technischen Verwendung zugeführt wird. Angetrieben werden diese Prozesse insbesondere von der Sonne.

Begriff

Unter **Erneuerbaren Energien** werden im allgemeinen Sprachgebrauch diejenigen Energiequellen oder Energiegewinnungsmethoden verstanden, die mit menschlichen Maßstäben gemessen unerschöpflich sind. Unerschöpflich bedeutet zweierlei: Entweder ist die vorhandene "Energie-menge" so groß, dass sie durch menschliche Nutzung nicht erschöpft werden kann (z. B. Sonnenenergie) oder sie erneuert sich zeitnah und kontinuierlich (z. B. Biomasse) in noch über einen langen Zeitraum auf der Erde ablaufenden Prozessen.

Im physikalischen Sinne wird Energie nicht erneuert, sondern vor allem von der Sonne zugeführt und in unterschiedliche Energieformen und Energieträger umgewandelt. Fallweise kann diese Energie sofort genutzt oder auch zwischengespeichert werden.

Die umgangssprachliche Verwendung der Begriffe "Erneuerbarkeit" und "Regenerativität" weist auf die für menschliche Verhältnisse wesentlich kürzeren Regenerationszyklen von z. B. Biogas gegenüber fossilen Energieträgern hin. Die Sonne wird für das menschliche Zeitempfinden noch über eine *fast unendlich* lange Zeit hinweg ein Lieferant eines endlichen Energieflusses sein. Für viele laufende Prozesse in der irdischen Biosphäre ist die Sonne der ständige Energielieferant. Diese Prozesse können den Menschen Energie liefern und auch sogenannte nachwachsende Rohstoffe hervorbringen. Die Strömung des Windes, den Fluss des Wassers und die Wärme der Sonne nutzten die Menschen schon in der Vergangenheit. Am bedeutendsten wurde davon im



Windpark bei Lübbz, Mecklenburg-Vorpommern (Foto: Philipp Hertzog)

Industriezeitalter die Wasserkraft, sowohl hinsichtlich der großtechnischen Nutzung wie auch hinsichtlich der ökologischen Kosten.

Im Gegensatz zur Nutzung laufender Prozesse steht der Abbau von Energieträgern wie Steinkohle oder Erdöl, die heute sehr viel schneller verbraucht werden als sie erzeugt wurden. Im Sinne der Definition der "unendlichen" Verfügbarkeit wären auch Kernfusion, wenn sie technisch realisierbar ist, und Kernspaltung mit Brutreaktoren, wenn der Energieaufwand für den Uran- oder Thoriumabbau hinreichend niedrig gehalten werden kann, erneuerbare Energien, obwohl sie meist nicht zu diesen gezählt werden.

Arten erneuerbarer Energie

- Bioenergie (aus Biomasse wie Holz oder Raps)
 - Biodiesel
 - Biogas
 - Kraftstoff Pflanzenöl (Pöl)
- Solarenergie
 - Fotovoltaik
 - Solarthermie
 - Solarchemie
 - Thermikkraftwerk
- Wasserkraft

- Staudämme und Staumauern
- Wassermühlen
- Gezeitenkraft
- Strömungsenergie des Meeres
- Wellenenergie des Meeres
- Meereswärme
- Windenergie
- Windmühlen
- Windenergieanlagen
- Geothermie

Globale Bedeutung

Erneuerbare Energiequellen haben das Potenzial, die fossilen und nuklearen Energiequellen zu ersetzen.

Theoretisch ist es denkbar, bei einem Wirkungsgrad der Umwandlung von 10% auf einer Fläche von 700 x 700 km in der Sahara den Weltenergiebedarf durch Nutzung von Sonnenenergie komplett zu decken (Stand von 2003).

In theoretischen Berechnungsmodellen wird auch versucht nachzuweisen, dass es mit dem heutigen Technologiestand trotz Leitungsverlusten und steigendem Energiebedarf möglich ist, den gesamten elektrischen Energiebedarf Europas mit Windenergieanlagen entlang der westafrikanischen Küste *oder* mit sogenannten Offshoreanlagen vor den europäischen Küsten zu decken. Gleiches gilt für den privaten Warmwasserbedarf bei konsequenter Nutzung solarwärmetechnischer Anlagen.

So sind die ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen von regenerativen Energien nicht zu unterschätzen. Es ist bei den meisten Technologien keine umfangreiche Infrastruktur notwendig, Strom kann in der Region verbraucht werden, in der er erzeugt wird und es sind damit deutlich weniger verlustreiche Überlandleitungen notwendig. Das gilt allerdings nicht, wenn man die Weltenergieversorgung in der Sahara oder an der afrikanischen Westküste konzentriert.

Vom Einsatz erneuerbarer Energien verspricht man sich sowohl ökologische als auch indirekt ökonomische Vorteile. Diese Vorteile sollen im Vergleich zu anderen Energieformen durch das Vermeiden negativer Begleiterscheinungen (Folgeschäden) realisiert werden. Ob die erhofften ökologischen Vorteile realistisch sind, kann aber immer nur im Einzelfall durch eine Ökobilanz festgestellt werden. So muß man bei der Biomassennutzung z.B. Landverbrauch, chemischen Pflanzenschutz und Reduzierung der Artenvielfalt der erwünschten CO₂ Reduzierung gegenüberstellen. Die Abschätzung wirtschaftlicher Nebeneffekte ist ebenfalls mit großen Unsicherheiten behaftet.

Eine nachhaltig regenerative Energiewirtschaft könnte langfristig auch Auswirkung auf die Entwicklung des Erdklimas haben. Umstritten ist jedoch, ob Ende des 20. Jahrhunderts die Zahl von Naturkatastrophen bedingt durch menschliche Aktivitäten zunahm und ob die Nutzung regenerativer Energiequellen die Zahl der von Naturkatastrophen betroffenen Menschen verringern kann.

Ein regional verschiedenartiger und gut durchdachter Mix an regenerativen Energiequellen gemeinsam mit intelligentem Solaren Häuserbau bietet durchaus die Möglichkeit, den deutschen Energieverbrauch zu decken.

Interessenkonflikte innerhalb der Energiewirtschaft

Anders als in Entwicklungsländern, wo die Infrastruktur unterentwickelt ist, steht der Ausbau erneuerbarer "Energiequellen" in den Industriestaaten im Wettbewerb mit traditionellen Kraftwerkstechnologien. Auf Seiten der Energiekonzerne, die einen überwiegend auf fossilen



Fotovoltaikanlage in Berlin-Adlershof

Energieträgern beruhenden Kraftwerkpark betreiben, geht es dabei zum Teil um existenzielle Fragestellungen. Im Zusammenhang damit stellt sich die Frage der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im ökologischen Bereich und neuer Technologien und Unternehmen.

Der deutsche Strommarkt ist momentan zwischen den vier Oligopolisten EON, RWE, Vattenfall und EnBW aufgeteilt. Ein freier Zugang der Verbraucher zu anderen Anbietern in der EU ist jedoch gesetzlich garantiert.

Das etablierte Stromversorgungssystem in Industriestaaten wie Deutschland basiert auf einer zentralisierten Infrastruktur mit Großkraftwerken und Fernleitungen. Eine zunehmend dezentrale Energieversorgung mit Blockheizkraftwerken, Fotovoltaik- und Windenergieanlagen sowie Geothermieanlagen und anderen regenerativen Energiequellen könnte diese Infrastruktur mittelfristig verändern.

Zwar sind heute Großkraftwerke noch unersetzbar für die Stabilisierung des Stromnetzes. Jedoch ist dies deutlich effizienter durch eine Vielzahl von Kleinkraftwerken zu bewerkstelligen, die modular hoch- oder heruntergefahren werden. Ein Beispiel sind die bereits heute eingesetzten Gaskraftwerke oder Biomasse- und Biogaskraftwerke oder auch Photovoltaikanlagen auf Dächern. Durch verbrauchsnahe Nutzung erneuerbarer Energien würde der Bedarf an Fernleitungsnetzen und damit auch die Leitungsverluste in diesen verringert. Örtliche Anbieter wie Stadtwerke könnten wieder in höherem Maße eigenständig die Energieversorgung der Bevölkerung sicherstellen, der Bedarf für Großkraftwerke ginge dort deutlich zurück, wo Größe nicht zu besseren Wirkungsgraden führt.

Die Gesetzgebung fördert Energieversorger, die sich auch für regenerative Energiequellen engagieren.

Interessenkonflikte zwischen unterschiedlich Betroffenen

Die Nutzung erneuerbarer Energie kann Eingriffe in die Umwelt erforderlich machen, die zum Nachteil der dort lebenden Bevölkerung sind. Ein konkretes Beispiel geben Talsperren mit Staumauern. So mussten im Fall des chinesischen Drei-Schluchten-Damms etwa 2 Millionen Menschen umgesiedelt werden, denen der in Rechtsstaaten mögliche Rechtsweg in der Praxis weitgehend verschlossen ist.

Naturwissenschaftliche Betrachtung

Die Sonne ist als Quelle der meisten regenerativen oder *solaren* Energien anzusehen (Ausnahme: Geothermie). Sie hat eine voraussichtliche weitere Brenndauer von etwa 5

Anteil regenerativer Energien in der deutschen Stromerzeugung

Jahr	Bruttoverbrauch ges. regenerativ	Summe	Anteil regenerativ (in %)	Wasser	Wind	Biomasse	Photovoltaik	Geothermie
1990	550.700	17.045	3,1	15.579,7	43,1	1.422	0,6	
1991	539.600	15.142	2,8	13.551,7	140	1.450	0,7	
1992	532.800	17.975	3,4	16.152,8	275,2	1.545	1,5	
1993	527.900	18.280	3,5	16.264,3	443	1.570	2,8	
1994	530.800	20.233	3,8	17.449,1	909,2	1.870	4,2	
1995	541.600	21.923	4,0	18.335	1.563	2.020	5,3	
1996	547.400	20.392	3,7	16.151,0	2.031,9	2.203	6,1	
1997	549.900	21.249	3,9	15.793	2.966	2.479	11	
1998	556.700	24.569	4,4	17.264,0	4.489,0	2.800	15,6	
1999	557.300	28.275	5,1	19.707,6	5.528,3	3.020	19,1	
2000	576.400	35.399	6,1	21.700	9.500	4.129	70	
2001	580.500	36.480	6,3	19.800	11.500	5.065	115	
2002	581.700	42.697	7,3	20.200	15.900	6.417	180	
2003		44.697	7,7	18.700	18.500	6.909	255	
2004		55.756	9,6	20.900	25.000	9.356	500	0,4
2005		31.000	11,0	11.500	15.100	4.100	300	

Quelle: <http://www.volker-quaschnig.de>

2005 nur erstes Halbjahr nach Schätzungen des VDEW vom 8. August 2005, Quelle strom.de

Milliarden Jahren, so dass bei regenerativen Ressourcen nicht das Problem der begrenzten Reserven auftritt, unter dem fossile Energieträger leiden. Zwar sind letztere durchaus als solare Ressourcen zu verstehen, da sie aus Biomasse bestehen. Der Begriff *Regenerative Energien* umfasst diese Energieträger aber gerade nicht. Weil die Menschheit seit Beginn der Industrialisierung die darin gebundenen Energien (und das CO) in Zeiträumen freisetzt, die unvergleichlich kürzer sind, als die Bildung derselben gedauert hat, sind sie nicht regenerativ. Pro Tag verbrennen wir etwa so viel fossile Energie, wie die Natur in 500.000 Tagen geschaffen hat. Durch ihre erschöpfbaren Reserven werden so genannte fossile und auch atomare Energieträger als Gegensatz zu regenerativen Energiequellen angesehen.

Politische Betrachtung

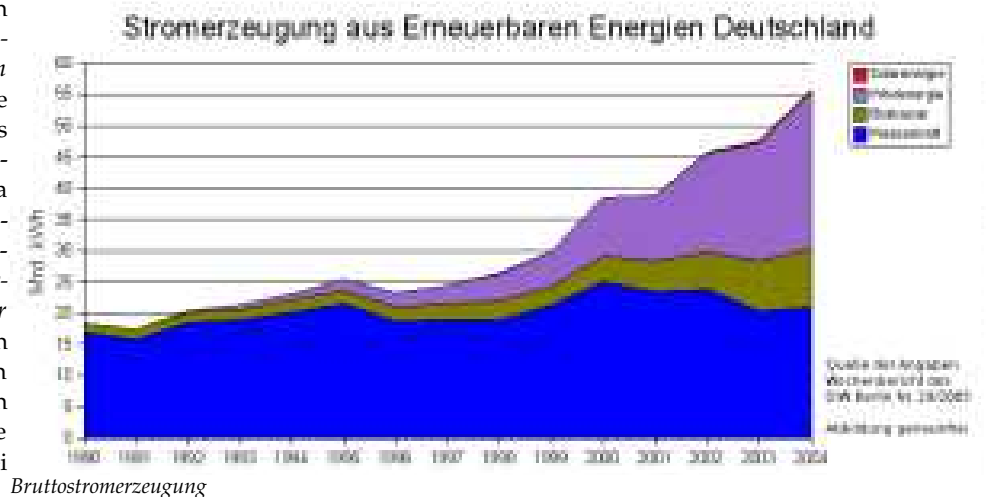
Das *Gesetz über Erneuerbare Energien (EEG)* soll den Anteil von Wind-, Wasser- und Sonnenenergie an der Stromerzeugung in Deutschland bis 2010 auf mindestens 12,5 Prozent steigern. Eine diesbezügliche Novelle wurde am 2. April 2004 im Bundestag abschließend beraten. Man erhofft sich neben einem verbesserten Klimaschutz auch mehr Arbeitsplätze in den Branchen, die mit der Produktion erneuerbarer Energien verbunden sind. Seit 1991 müssen Energieversorger Strom aus erneuerbaren Energien zu Mindestpreisen abnehmen.

Anfang Juni 2004 fand in Bonn die *Internationale Konferenz für erneuerbare Energien* ("Renewables") statt. Sie führte zu der Annahme, dass erneuerbare Energien ausgebaut werden müssten, da dies im Sinne der Armutsbekämpfung und des Klimaschutzes sei. Auf der *Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien* wurden dazu politische Strategien und konkrete Maßnahmen weiterentwickelt. Die Beratungen mündeten in drei

Beschlüsse:

- Ein internationales Aktionsprogramm mit 165 bestätigten Aktionen und Verpflichtungen fasst konkrete Maßnahmen, Ausbauziele und freiwillige Verpflichtungen einzelner Länder und Regionen zusammen.
- In einer Deklaration von Bonn haben die Ministerinnen und Minister eine politische Vision für eine globale Energiewende formuliert und sich auf einen Folgeprozess der Bonner Konferenz verständigt.
- Es wird angenommen, dass Politikempfehlungen praktikable Wege für den Ausbau erneuerbarer Energien zeigten.

Nach den Wahlen 2005 werden Veränderungen am EEG erwartet. Wohingegen Rot-Grün nahezu geschlossen hinter dem EEG steht, möchte die FDP das EEG abschaffen. So sagte der für Umwelt- und Naturschutz zuständige FDP-Abgeordnete Horst Friedrich in einem Interview mit der Plattform www.solarserver.de im Sommer 2005, dass Solarenergie nicht grundlastfähig sei, da sie nur unregelmäßig Strom produziere. Ähnlich, wenn auch nicht so stark kritisch gegenüber dem EEG, äußerte sich der CDU-Abgeordnete Paziorek am 7. Juli 2005 in der FAZ, dass die Fördersätze für Solarstrom von der Union gesenkt werden könnten, sofern sie die Wahl gewinne. Im Falle eines Wahlsieges der Union sind Verschlechterungen im EEG zu erwarten. Dies hätte Auswirkungen auf die Ausbau-



geschwindigkeit der erneuerbaren Energien sowie auf die Umsätze und Gewinne der beteiligten Unternehmen.

Literatur

- Sven Geitmann: Erneuerbare Energien und alternative Kraftstoffe, Hydrogeit Verlag, 2. Aufl., Jan. 2005, ISBN 3937863052, 19,90 EUR
- M.Faber / H.Niemes / G.Stephan: *Entropy, Environment and Resources*; 1995, ISBN 3-540-58984-8 (2nd ed.)
- M. Kaltschmitt, A. Wiese und W. Streicher (Hrsg.), *Erneuerbare Energien. Systemtechnik, Wirtschaftlichkeit, Umweltaspekte*, Springer Verlag, Heidelberg, 2003, 3. Auflage, ISBN 3-540-43600-6
- A. Kleidon, R. D. Lorenz: *Non-Equilibrium Thermodynamics and the Production of Entropy*, Springer Verlag, Heidelberg, 2004, ISBN 3540224955 ("Erneuerbare" Energien sind im Wesentlichen solche, die direkt nach dem Eintrag in die Biosphäre genutzt werden. Nutzen und Auswirkungen technischer Energieumwandlung leisten einen Beitrag zur Energie- und Entropiebilanz der Biosphäre. Dieser Bilanz muss sich auch die Nutzung "erneuerbarer" Energien unterwerfen. Das Buch vermittelt Grundlagen dazu.)
- Harris Krishnan, Goodwin Krishnan: *A Survey of Ecological Economics*, 1995, Island Press
- Hermann Scheer, *Solare Weltwirtschaft, Strategie für eine ökologische Moderne*, Kunstmann, Oktober 1999, ISBN 3-920328-48-5
- Karl-Heinz Tetzlaff: *Bio-Wasserstoff. Eine Strategie zur Befreiung aus der selbstverschuldeten Abhängigkeit vom Öl*; BoD Verlag (2005) ISBN 3-8334-2616-0

Weblinks

- Imagekampagne: Unendlich viel Energie <http://www.unendlich-viel-energie.de/index.php?id=50>
- energieportal24 <http://www.energieportal24.de> Internetplattform für Erneuerbare Energien, Wasserstoff Brennstoffzellen
- Hydrogeit Verlag <http://www.hydrogeit-verlag.de> Bücher über erneuerbare Energien, Wasserstoff Brennstoffzellen
- <http://www.volker-quaschnig.de/datserv/gesetze/EU-Richtlinie2001-77.pdf> EU Richtlinie 77/2001/EG (pdf-Datei)
- Portal zur Energieforschung: Thema Erneuerbare Energien http://www.bine.info/templ_main.php/erneuerbare_energien/
- Wissenskatalog rund um das Thema Erneuerbare Energien und Energie sparen <http://www.thema-energie.de>
- Informationen über Deutsche Unternehmen und Produkte der erneuerbaren Energien <http://www.renewables-made-in-germany.com>
- Telepolis Zukunftsentwürfe <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/zen/default.html>
- "Energie-Team" der Lokalen Agenda Aichwald <http://www.Schurwald-SOLAR.de>
- informative Seite zu regenerativen Energien und Klimaschutz <http://www.volker-quaschnig.de/>
- Internationale Konferenz für erneuerbare Energien (Bonn, 2004) <http://www.renewables2004.de/de/>
- Wissenssammlung <http://www.energie-zeitung.de>
- Infoportal Regenerativen Energien und nachhaltige Entwicklung <http://www.energie-evolution.de/>
- Gesellschaft zur Förderung regenerativer Energien im Odenwaldkreis (rEnergO) <http://www.renengo.de/>
- Regenerative Energiequellen <http://www.tud.uni-essen.de/exarb/imig/sonnewindwasser/reg-energie.html>

- Welche Bedeutung hat die Wasserkraft für Deutschland? <http://www.energie-fakten.de/html/wasserkraft.html>
- Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie <http://www.aee.at>
- Wissensseite zu Solarenergie, Geothermie, Windenergie, Wasserkraft <http://www.newenergy.ch.vu>
- Artikelsammlung zu Erneuerbare Energien in Lebenshaus-Website http://www.lebenshaus-alb.de/mt/archives/subcategories/erneuerbare_energien.html
- Solare Wasserstoffwirtschaft mit Biomasse <http://www.bio-wasserstoff.de>
- <http://www.ohne-oel.de> Website zum Thema Heizen mit Holzpellets
- Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) <http://www.iwr.de>
- <http://www.sfo.de> Seite des Solarenergie-Fördervereins Deutschland e.V. mit Aufsätzen zur Energiepolitik
- <http://www.photon.de> Seite der Zeitschrift Photon, vor allem zu Photovoltaik
- Wissen und Anwendungen zusammengefasst <http://www.erdwaerme-zeitung.de>

Schon gewusst, dass...

- ... die höchstgelegene Windkraftanlage nahe Andermatt auf 2300 Meter steht?
- ... auf der norwegischen Insel Utsira im August 2004 das erste autarke Stromnetz eingeweiht wurde das ausschließlich aus Windenergie gespeist wird? Als Zwischenspeicher während Flauten oder Stürmen dient Wasserstoff.
- ... durch immer größere Windräder die sich auch bei größerer Leistung langsamer drehen der Lärm geringer
- ... die Rotoren von Windrädern mit nicht-reflektierender Farbe bestrichen sind um einen Disko-Effekt zu vermeiden
- ... jährlich 10000 mal mehr Vögel und andere Flugtiere durch Straßenverkehr und frei hängende Leitungen sterben als durch Windkraftträder? Der NABU sieht die Windenergie für die Vogelwelt als ungefährlich an.
- ... sich erst in den 80ern dreiblättrige Rotoren gegenüber ein- und zweiblättrigen Rotoren voll durchgesetzt haben und heute Standard sind? Schwingungstechnische Vorteile und geringere Belastung der Bauteile sind hier Vorteile.
- ... einblättrige Windräder „Monopteros“ genannt werden?
- ... die erste deutsche Windkraftanlage 1983 GROWIAN (Große Windkraftanlage) hieß? 1987 wurde die fehleranfällige Anlage demontiert und im Jahr darauf kleinere Windräder an ihrer Stelle gebaut.
- ... die ersten Windmühlen im 7. Jahrhundert in Persien errichtet wurden?

Biogas

Biogas ist ein Gemisch aus den Hauptkomponenten Methan, Wasserstoff, Kohlenstoffdioxid und Schwefelwasserstoff. Es entsteht bei der anaeroben (sauerstofffreien) Vergärung von organischem Material. Als Ausgangsstoffe für die technische Produktion von Biogas eignen sich:

- vergärbare, biomassehaltige Reststoffe wie Klärschlamm, Bioabfall oder Speisereste,
- Wirtschaftsdünger (Gülle, Mist),
- gezielt angebaute Energiepflanzen.

Dabei stellt die Landwirtschaft mit den beiden letztgenannten Möglichkeiten das größte Potenzial für die Produktion von Biogas. Je nach Herkunft kann man auch nach *Klärgas* (aus Kläranlagen), *Deponiegas* (aus Deponien) und *Biogas* (aus Biogasanlagen) unterscheiden.

Im Falle der unkontrollierten Entstehung durch natürliche Prozesse und der ungenutzten Entweichung in die Atmosphäre - aus Gewässern, Mist, Reisfeldern und tierischen Quellen wie dem Pansen von Wiederkäuern - nennt man das Gas im allgemeinen *Faulgas* oder *Sumpfgas*.

Biogas enthält stets auch unerwünschte Bestandteile wie Schwefelwasserstoff, der ihm vor der technischen Nutzung entzogen wird. Biogas wird als Brennstoff für Blockheizkraftwerke zur Stromerzeugung oder zu Heizungszwecken genutzt. In der Entwicklung ist derzeit die Aufbereitung auf Erdgasqualität, um Biogas ins Gasnetz einzuspeisen bzw. in Erdgasfahrzeugen als Treibstoff zu nutzen.

Biogas aus Energiepflanzen

Analog zur Verwendung von Holz in Biomasseheizkraftwerken werden vermehrt Pflanzen gezielt zur Vergärung in Biogasanlagen, d.h. zur Produktion von Biogas angebaut. Dies können im Prinzip alle ackerbaulich genutzten Früchte oder Gras sein. Aktuell (2004) ist die Nutzung von Mais, Getreide (Acker) und Gras (Wiese) am weitesten verbreitet.

Zur Abschätzung der Nutzung für die Stromproduktion:

1 ha Mais = ca. 2 kW elektr. Dauerleistung

1 ha Getreide = ca. 1,5 kW

1 ha Gras = ca. 1 kW

Gülle von 1 Kuh = ca. 0,15 kW

Biogaserzeugung

Die Biogaserzeugung findet in einer Biogasanlage statt. In dem gesteuerten Prozess der Biogasenstehung sind verschiedenste Arten von anaeroben Mikroorganismen beteiligt, deren Mengenverhältnis zueinander durch Ausgangsstoffe der Gärung, pH-Wert, Temperatur- und Gärungsverlauf beeinflusst wird. Aufgrund der Anpassungsfähigkeit dieser Mikroorganismen an die Prozessbedingungen können nahezu alle organischen Substanzen durch Gärung abgebaut werden. Lediglich höhere Holzanteile können durch das mikrobiologisch schwer zersetzbare Lignin schlecht verwertet werden. Voraussetzung für eine erfolgreiche Methanbildung ist ein hoher Wasseranteil im Ausgangssubstrat von min. 50%.

Man unterscheidet nach dem heutigen Erkenntnisstand vier parallel bzw. nacheinander ablaufende und ineinandergreifende biochemische Einzelprozesse, die den anaeroben Abbau biogener Substanzen ermöglichen:

1. Während der **Hydrolyse** werden die Biopolymere in monomere Grundbausteine oder andere lösliche Abbauprodukte zerlegt. Hierbei kann festgestellt werden, dass Fette in Fettsäuren, Kohlenhydrate, wie z.B. Polysaccharide in Mono- oder Oligosaccharide und Proteine, wie Eiweiße in Peptide bzw. Aminosäuren zerlegt werden. Diese Reaktion wird durch fakultativ anaerobe Mikroorganismen katalysiert, wobei diese durch

Ausschüttung von Exoenzymen die Hydrolyse der Edukte vollziehen. Dieser Reaktionsschritt ist aufgrund der Komplexität des Ausgangsmaterials der Geschwindigkeitsbestimmende.

2. Im Rahmen der **Acidogenese** (allgemeinsprachlich auch als Fermentation bezeichnet) - die zeitgleich zur Hydrolyse stattfindet - werden die monomeren Interdukte einerseits in niedere Fett-/Karbonsäuren, wie z.B. Butter-, Propion- und Essigsäure, andererseits in niedere Alkohole, wie z.B. Ethanol, umgesetzt. Bei diesem Umsetzungsschritt verzeichnen die fakultativ anaeroben Mikroorganismen erstmals eine Energiegewinn. Bei dieser Umsetzung werden bereits bis zu 20 % des Gesamtanteils an Essigsäure gebildet.

3. Während der **Acetogenese** werden die niederen Fett- und Karbonsäuren sowie die niederen Alkohole durch acetogene Mikroorganismen primär zu Essigsäure, bzw. dessen gelöstem Salz, dem Acetat umgesetzt.

4. In der letzten, obligat anaerob ablaufenden Phase - der **Methanogenese** - wird die Essigsäure durch entsprechend acetoclastische Methanbildner in Methan und Kohlenstoffdioxid sowie Wasserstoff umgewandelt.

Zurück bleibt ein Gemisch aus schwer abbaubarem organischen Material beispielsweise Lignin und anorganischen Stoffen wie zum Beispiel Sand oder andere Mineralien.

Der mikrobiologische Prozess der Biogaserzeugung, die Vergärung, läuft bis heute noch als sogenannter "Black Box"-Betrieb ab, was heißt, man kennt zwar, was in den Reaktor hinein- und was herauskommt, der mikrobiologische Prozess dazwischen ist aber weitgehend noch nicht wissenschaftlich erforscht. So ist es schwierig, Steuerungsparameter für eine geregelten und auf maximale Methan- ausbeute ausgelegten Ablauf zu finden - meist beruhen diese auf längerer Praxiserfahrung, das Zusammenspiel der Mikroorganismen ist aber nur unzureichend bekannt. Forschungsprojekte zur Erklärung des genauen Ablaufs und der Charakterisierung der mikrobiologischen Populationen bzw. Gemeinschaften werden aber bald Aufschluss über den genauen Verlauf geben können.

Zur Aufrechterhaltung des Gärprozesses wird etwa die Hälfte der Abwärme aus der Stromproduktion mit Biogas benötigt. Die verbleibende Wärme kann für andere Heizzwecke verwendet werden. Für den Gesamtwirkungsgrad einer solchen Anlage ist daher die optimale Nutzung der Abwärme und eine Temperaturregelung im Gärprozess entscheidend.

Zusammensetzung von Biogas

Die in der Literatur zu findenden Angaben zur Zusammensetzung von Biogas schwanken stark. Generell gilt, dass die Gaszusammensetzung von diversen Parametern, wie Substratzusammensetzung und Betriebsweise des Fermenters, abhängen. Die folgende Tabelle zeigt Anhaltswerte für die wichtigsten enthaltenen Gase.

Methan	40-75 %
Kohlenstoffdioxid	25-55 %
Wasserdampf	0-10 %
Stickstoff	0-5 %
Sauerstoff	0-2 %
Wasserstoff	0-1 %
Ammoniak	0-1 %
Schwefelwasserstoff	0-1 %

Wertvoll im Biogas ist das Methan. Je höher dessen Anteil ist, desto energiereicher ist das Gas. Nicht nutzbar sind das Kohlen(stoff)dioxid und der Wasserdampf. Problematisch im Biogas sind vor allem der Schwefelwasserstoff und der Ammoniakanteil, die vor dem Verbrennungs-

vorgang entfernt werden müssen, um die Gasmotoren vor diesen chemisch aggressiven Substanzen zu schützen.

Literatur

- *Biogas: Strom aus Gülle und Biomasse. Planung, Technik, Förderung, Rendite.* Top agrar, Das Magazin für moderne Landwirtschaft. Landwirtschaftsverlag, o.O. 2000, ISBN 3-7843-3075-4
- Heinz Schulz, Barbara Eder: *Biogas-Praxis. Grundlagen, Planung, Anlagenbau, Beispiele.* Ökobuch, o.O. 2005, ISBN 3-922964-59-1
- Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV): *Biogas Handbuch Bayern.* München, 15. November 2004.
<http://www.stmugv.bayern.de/de/abfall/> dazu 500-seitiger Materialband unter
<http://www.bayern.de/lfu/abfall/biogashandbuch/>

Weblinks

- <http://www.fnr-server.de/cms35/Biogas.304.0.html> - Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), viel kostenloses Material/Literatur zu Biogas
- http://www.bine.info/temp_main.php/erneuerbare_energien/biomasse - Portal zur Energieforschung: Biomasse
- <http://www.biogas.org> - der Deutsche Fachverband Biogas e.V.

- www.uni-hohenheim.de <http://www.uni-hohenheim.de/i3v/00216810/05174041.htm> - Forschungsprojekte zu Biogas an der Universität Hohenheim
- www.fh-bochum.de <http://www.fh-bochum.de/fb3/eg-lab/solar/energietraeger/biogas.html> - Wissenswertes zum Thema Biogas von der FH Bochum
- <http://www.seilnacht.tuttlingen.com/referate/biogas01.htm> - ein Chemie-Referat zum Thema
- http://www.iset.uni-kassel.de/pls/w3isetdad/www_iset_page.show_menu?p_lang=ger&p_name=7130000 - FuE Energetische Biomassenutzung des ISET e.V. Kassel
- http://www.thema-energie.de/category/show_category.cfm?cid=20 - Wissenskatalog Energie: Biomasse
- http://bokudok.boku.ac.at/bokudok/research_database.search - Biogas Forschung und Projekte der Universität für Bodenkultur Wien
- <http://www.bfcnet.info/> - Forschungsprojekte Biogas und seine Verwendung in Brennstoffzellen
- <http://www.bioenergiedorf.de/> - Pilotprojekt Bioenergiedorf Jühnde
- <http://www.eti-brandenburg.de/> - Energie Technologie Initiative B./ Biogas Leitfadens

Flexible Fuel Vehicle

Ein **Flexible Fuel Vehicle** (FFV) zu deutsch etwa „an den Kraftstoff anpassungsfähiges Fahrzeug“ ist ein Fahrzeug, das sowohl mit reinem Benzin, als auch mit verschiedenen ähnlichen Kraftstoffen, wie beispielsweise Ethanol-, Bioethanol- oder Methanol-Benzin-Gemischen, betrieben werden kann. Im Gegensatz zum reinen Benzinfahrzeug besitzt das FFV eine auf den Kraftstoff ausgelegte Einspritzanlage mit zusätzlicher Sensorik zur Erkennung der verwendeten Kraftstoffmischung, als auch Modifikationen am Motor (z.B. Ventile), die dem Verbrennungsverhalten des Ethanols Rechnung tragen.

Das Flexible Fuel Vehicle ist trotz seiner Bezeichnung nicht mit Vielstoffmotor- oder Biodiesel-Fahrzeugen zu verwechseln. Es handelt sich um eine Bauart des Benzinfahrzeuges. Herausragendes Merkmal ist die Mischbarkeit der für diese Fahrzeuge zugelassenen Kraftstoffe. Sie können alle ohne Rücksicht auf das Mischungsverhältnis in den gleichen Tank gefüllt werden.

Die FFV-Technologie unterscheidet sich nur geringfügig von der „konventioneller“ Benzinfahrzeuge:

- Ventile und Ventilsitze des FFV-Motors sind aus **härterem Stahl**. Außerdem bestehen alle kraftstoffführenden Teile und auch der Kraftstofftank selbst aus besonders korrosionsbeständigen Materialien.
- Die Motorsteuerung erkennt das Benzin-Ethanol-Mischungsverhältnis und passt die Zündzeitpunkte automatisch daran an. Im Unterschied zu bivalenten Fahrzeugen mit ihren separaten Kraftstofftanks ist ein eigener Ethanol-tank nicht erforderlich, es genügt der serienmäßige Tank.
- Eine effektive Zylinderblock-Vorwärmung stellt sicher, dass sich die FFV-Autos auch bei Temperaturen unter minus 15 Grad Celsius problemlos starten lassen. Ethanol hat schlechtere Kaltstarteigenschaften als Benzin.

Ethanol ist nicht schwierig herzustellen. Der Kraftstoff wird in einem Vorgang wie beim Schnapsbrennen schon heute aus speziell dafür angebauten Pflanzen wie Zuckerrohr und aus der überschüssigen Agrarproduktion etwa von

Getreide oder Zuckerrüben gewonnen. In schwedischen Pilotprojekten wird Ethanol aus den Abfällen der Holz- und Papierindustrie destilliert und schon in naher Zukunft soll der Treibstoff auch aus den organischen Bestandteilen des Hausmülls gewonnen werden. Auch wenn gelegentlich von Experten eine positive Energiebilanz in Zweifel gezogen wird, so wird doch von den meisten Fachleuten die Auffassung vertreten, dass unter optimierten Bedingungen in jedem Fall der Nutzenergie die für Anbau, Ernte und Verarbeitung der Biomasse aufgewendeten Energiemengen übersteigt.

Verbreitung

FFVs sind vor allem in Südamerika, dort vor allem Brasilien, und den USA verbreitet, Länder in denen heute bereits Kraftstoffe auf Alkoholbasis, beispielsweise aus Zuckerrohr oder Mais gewonnen, in größeren Mengen zur Verfügung stehen. Vorreiter in Europa in der Beimischung von Ethanol ist Schweden. Dort wird inzwischen ebenfalls der Kraftstoff E85 angeboten. Er besteht zu 85 Prozent aus wasserfreiem Bioethanol und zu 15 Prozent aus herkömmlichem Benzin. Anfang 2005 wurde in Schweden bereits ein Bestand von ca. 11.000 FFV gezählt.

In Brasilien werden 15 Mill. Liter (2005) Bio-Ethanol vornehmlich aus Zuckerrohr hergestellt. Und das zu Kosten, die deutlich unter dem Einkaufspreis von Rohöl liegen und die Südamerikaner weitgehend unabhängig von den Fördermengen der OPEC machen. Deshalb kommen Ethanol-Autos dort heute auf einen Marktanteil von 50 Prozent.

Fahrzeuge, die als FFV erhältlich sind:

- Praktisch alle großen Automobilkonzerne bieten Flexible Fuel Vehicles an. Diese werden in Europa aufgrund des mangelnden Kraftstoffangebots jedoch meist nicht vertrieben.
- Ford Focus FFV (auch in Deutschland erhältlich)

Hurrikan Katrina

Hurrikan Katrina war ein tropischer Wirbelsturm, der im August 2005 in südöstlichen Teilen der USA enorme Schäden anrichtete. Der Hurrikan, der zeitweise die Stufe 5 erreichte, gilt als eine der verheerendsten Naturkatastrophen in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Zu den betroffenen Bundesstaaten gehören Florida, Louisiana (besonders der Großraum New Orleans), Mississippi, Alabama und Georgia. Gebildet hatte sich der Orkan am 24. August über den Bahamas.

Katrina war der dritte große Hurrikan des Jahres 2005 im Atlantischen Ozean. Durch den Sturm und seine Folgen kamen bisher mindestens 261 Menschen ums Leben, es werden von einigen Stellen jedoch angeblich über 10.000 Opfer erwartet. Nachdem zwei Deiche bei New Orleans gebrochen waren, stehen zurzeit etwa 80 Prozent des Stadtgebietes bis zu 7,60 Meter tief unter Wasser. Die Lage der Stadt New Orleans ist deshalb so fatal, weil sie sich zwischen dem Brackwassersee Lake Pontchartrain und dem Fluss Mississippi befindet; nur Dämme, welche nun gebrochen sind, schützten die Stadt – sie liegt unter dem Wasserspiegel des Flusses, des Meeres und jenem des Brackwassersees.

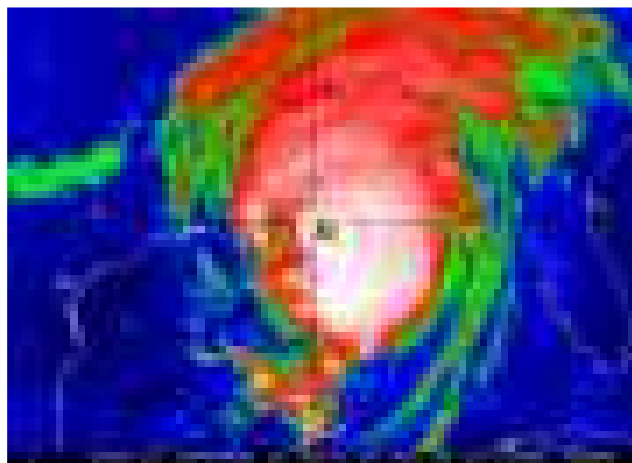
Sturmverlauf

Katrina entstand am 24. August 2005 über den Bahamas. Am 25. August 2005, kurz nachdem Katrina als Hurrikan Stufe 1 klassifiziert wurde, zog er in der Nähe von Miami über die Südspitze Floridas. Neun Menschen kamen dabei ums Leben. Katrina schwächte sich dabei leicht ab und wurde für einige Stunden vom Hurrikan zum Tropensturm herunterklassifiziert.

Danach zog er wieder über den Golf von Mexiko, hohe Temperaturen und die ringförmige warme Meeresströmung im Golf führten dem Sturm, wie bei Hurrikans üblich, rasch neue Energie zu und ließen ihn schnell wieder zum Hurrikan erstarken, am 28. August 2005 wurde er schließlich in Stufe 5 eingestuft. Wenn man den Beginn der Wetteraufzeichnung als Maßstab nimmt, war



Auge des Hurrikans Katrina, aufgenommen aus einem NOAA-P-3-Flugzeug



Katrina trifft auf die Golfküste

Katrina jetzt mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 280 km/h und Sturmböen von bis zu 344 km/h einer der schwersten Stürme im Golf von Mexiko. Etwa 1,3 Millionen Menschen verließen das Gebiet rund um New Orleans und flüchteten bis nach Texas. In den frühen Morgenstunden des 29. August 2005, kurz nachdem er auf die Stufe 4 zurückgestuft wurde, traf er auf die Südküste der USA. Beim Auftreffen auf das Festland hatte sich die Windgeschwindigkeit auf 200 km/h verringert.

Vorbereitungen auf den Sturm

Beim Auftreffen von Katrina auf Florida gab es nur unzureichende Vorwarnungen, da sich der Sturm schnell von einem harmlosen Unwetter in einen Hurrikan verwandelte.

Am 27. August wurde, bevor der Sturm wieder die Küste erreichte und mittlerweile auf Stufe 3 hochgestuft wurde, der Notstand für die drei Bundesstaaten Louisiana, Mississippi und Alabama durch US-Präsident George W. Bush ausgerufen.

Am 28. August sollte die Stadt New Orleans, Louisiana erstmals in der Geschichte der Stadt zwangsevakuiert werden. New Orleans war von dem Hurrikan besonders gefährdet, da Teile der Stadt unter dem Meeresspiegel liegen. Zahlreiche kleinere Städte an der Küste wurden ebenfalls evakuiert.

Personen, die die Stadt nicht rechtzeitig verlassen konnten, sollten im Louisiana Superdome, dem Football-Stadion in New Orleans, Zuflucht finden. Die Zahl der Menschen, die in den Superdome flohen, lag zwischen 20.000 und 60.000. Auch der Superdome wurde während des Sturms schwer beschädigt und später von den Fluten eingeschlossen, so dass er ebenfalls evakuiert werden musste.

Auswirkungen

Bisher wurden 288 Tote offiziell bestätigt. Ray Nagin, der Bürgermeister von New Orleans, vermutete, dass bis zu 10.000 Menschen an Folgen des Sturms gestorben sind. Viele warteten auf ihren Häuserdächern auf Rettung. Trinkwasser in der Region wurde knapp, da das Leitungssystem durch den Bruch einer Versorgungsleitung mit Flutwasser kontaminiert wurde.

Katrina könnte der kostspieligste Wirbelsturm werden, der die USA je heimsuchte. Experten schätzten anfangs die Schäden auf mehr als 26 Milliarden Euro. Mittlerweile wurde diese Zahl auf 200 Milliarden Euro hinaufkorrigiert. Mit dieser Schadensgröße würde er Hurrikan Andrew übertreffen, der 1992 den Süden Floridas verwüstete, die bisher größte Sturmkatastrophe seit der Aufzeichnung von

Stürmen in den Vereinigten Staaten. Die Schadensgröße übertrifft ebenfalls die des Erdbebens im Indischen Ozean 2004. Der Hurrikan übertrifft auch die wirtschaftlichen Schäden der Anschläge vom 11. September 2001 bei weitem.

Experten gingen von einer Million obdachlos gewordenen Menschen aus. Etwa fünf Millionen hatten keinen Strom und Schätzungen gehen davon aus, dass es über zwei Monate dauern kann, bis dieser wieder flächendeckend verfügbar ist.

Aufgrund Plünderungen wurde versucht, in den Staaten Louisiana und Mississippi den Kriegszustand auszurufen und das Kriegsrecht zu verhängen; dies lassen die Gesetze in den beiden Staaten eigentlich nicht zu, vielmehr bleibt das Ausrufen des Kriegszustandes dem tatsächlichen Kriegsfall vorbehalten. Dennoch wurde in der Stadt New Orleans am 1. September 2005 das Kriegsrecht verhängt, und die Gouverneurin von Louisiana hatte der Nationalgarde erlaubt, Plünderer zu erschießen.

Es wurden unter anderem auch Hilfskonvois geplündert. Daher wurden alle Polizisten aus New Orleans vom Rettungseinsatz abgezogen, um gegen die Banden vorzugehen. Da die Anzahl der Plünderer aber sehr groß war und Gefängnisse und Polizeistationen ebenfalls überflutet wurden, gab es kaum Möglichkeiten, Personen länger festzuhalten.

New Orleans

In New Orleans wurden zwei Deiche durch die aufgepeitschten Flutwellen auf einer Länge von 150 m durchbrochen. Es gelang nicht die gebrochenen Deiche mit Sandsäcken abzudichten. Es wurde sogar vorgeschlagen, das Loch mit einem Schiff zu stopfen. Seit diesem Zeitpunkt floß unkontrolliert Salzwasser aus dem See Pontchartrain in die tiefer gelegene Stadt. Wegen des Stromausfalls konnte das Wasser nicht mehr abgepumpt werden.

Zu den bereits bestehenden Bruchstellen wies der Deichverlauf weitere Stellen auf, an denen die Unterhöhlung begonnen hatte. Das ohne Unterbrechung in die Stadt eindringende Wasser führte mangels Abpumpungsmöglichkeit zu einer zwischenzeitlich über achtzigprozentigen Überflutung des Stadtgebiets, so dass die Stadt über die Zufahrtsstraßen nicht mehr zu erreichen oder zu verlassen war. Zudem hatte einer der beiden Flughäfen der Stadt seinen Betrieb einstellen müssen, da dieser komplett unter Wasser stand. Der zweite Flughafen wurde von Hurrikan „Katrina“ nicht total zerstört. Das Flughafengebäude und die Landepiste sind intakt geblieben. Lediglich auf Radar und Bodenbeleuchtung mussten die Piloten verzichten. Nach Angaben der Flughafenleitung ist der Airport in der Lage, rund 300 Flüge täglich abzuwickeln. Selbst gegen die neu entstandenen Dammbüche schienen die Krisenmanager der Region machtlos, da sowohl das notwendige Potential an Helfern, als auch das Material und die Gerätschaften fehlten, den Verursachungen entgegenzuwirken. Die Wetteraussichten verhießen nichts Gutes; für das Wochenende war eine schwere Wetterfront gemeldet, die die Hilfsarbeiten weiterhin erschwert hätten. Wären weitere Damnteile brüchig geworden, sodass Wasser von allen Seiten in die Stadt eingeflossen wäre, oder zu neuen starken Niederschlag kommen, wäre nicht nur die vollständige Überflutung der Stadt die Folge; es gälte dann auch als Signal für eine Ausweitung der Katastrophe, dass auch das Hinterland mit schätzungsweise 20.000 dortigen Bewohnern bei einem Ansteigen des Hochwasserpegels betroffen wäre. Dies wäre auch organisatorisch für die



28. August: Menschen fliehen in den Superdome



27. August: Schäden in Davie, Florida



29. August: Fischkutter die von Katrina aufs Land gehoben wurden

Rettungsmannschaften ein schwerer Rückschlag, da aus dem Hinterland heraus die einzige Erreichbarkeit der Stadt mittels Hubschraubern dann nicht mehr reibungslos gesichert wäre.

Bei der Evakuierung des Superdome, der eine Notunterkunft für zahlreiche Menschen darstellte, wurde ein Hubschrauber beschossen, so dass die Evakuierung ausgesetzt wurde. Rund um den Superdome wurden Mülltonnen in Brand gesetzt. Auch die bereits angelaufene



29. August: Das überflutete New Orleans



31. August: Der angeschlagene Superdome

Evakuierung mit Bussen wurde ausgesetzt, nachdem bereits die ersten Busse im Astrodome in Houston angekommen waren. Der Astrodome soll als Ersatz für den Superdome erhalten und den evakuierten Menschen als Notunterkunft dienen. Doch bereits am 2. September war der Astrodome überfüllt und konnte keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen. Berichte über Schüsse auf Rettungshubschrauber wurden unterdessen von einer Federal Aviation Administration-Sprecherin dementiert.

Ein erneuter Versuch der Evakuierung des Superdomes am 3. September wurde abgebrochen, weil immer noch zu wenige Busse zur Verfügung standen. Die Evakuierung fand dann am 4. September statt.

In der Stadt schien Gesetzlosigkeit zu herrschen, und die Polizei und das Militär versuchten verzweifelt, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Zeitweise wurden alle Rettungseinsätze in der Stadt abgebrochen, da es wiederholt zu Angriffen auf die Rettungsmannschaften gekommen war. Nach Angaben von Zeugen wurden auch zwei Krankenhäuser von Plünderern besetzt. In das *Convention Center* waren ebenfalls 10.000 bis 20.000 Menschen geflüchtet, diese wurden aber in den ersten Tagen nach der Katastrophe vollkommen vernachlässigt. So ging es dort den Menschen schlechter als im Superdome, da sie komplett ohne Versorgung auskommen mussten. Es gibt

Berichte, dass Banden in der Nacht Jugendliche im *Convention Center* vergewaltigten und töteten. Am 3. September wurde daher die Evakuierung des Superdome, in dem sich zu dem Zeitpunkt zwischen 2.000 und 5.000 Menschen befanden, ausgesetzt, um das *Convention Center* zu evakuieren.

Die Seuchengefahr durch das verschmutzte Wasser, in dem Leichen, Abfälle, Chemikalien und Kot treiben, stieg stündlich. Besonders bakterielle Darminfektionen und Hepatitis A wurden befürchtet. Inzwischen wurden einige Fälle von Ruhr gemeldet. Das Risiko eines Ausbruchs von Cholera und Typhus wird noch relativ gering eingestuft.

Am Ostufer der Stadt kam es am morgen des 2. September zu zwei Detonationen. Am 3. September berichtete CNN von zwei großen Bränden in der Industriegegend am Mississippi.

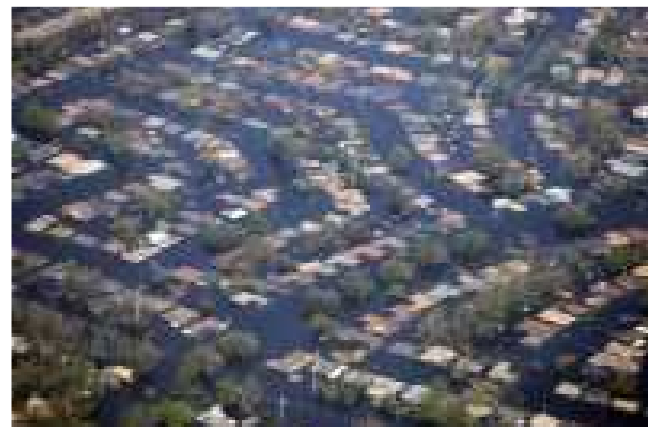
Nach Aussagen des Bürgermeisters Ray Nagin wird es zwischen drei und vier Monate dauern, bis die Menschen wieder in die Stadt zurückkehren können. Es wird allerdings auch erwogen, die Stadt ganz oder zumindest zum Teil aufzugeben. Ein republikanischer Kongressabgeordneter sagte, es sei sinnlos, in eine Stadt zu investieren, die unterhalb des Meeresspiegels liege.

Reaktion von Präsident Bush

Auf der Rückreise von seiner Ranch (wo er nach dem Abflauen des Hurrikans angeblich noch 3 Tage Ferien verbrachte) nach Washington habe Bush in seiner Präsidentenmaschine Air Force One auch die verwüstete Stadt New Orleans überflogen. In einer Rede versprach Präsident Bush, dass alle nötige Hilfe geleistet werde und dass jedes Ausnutzen der Notsituation, sei es Treibstoffwucher oder Plünderungen, bestraft werde. Die New York Times kritisierte seine Reaktion in ungewohnt deutlichen Worten als verspätet und unangemessen. Bush hat inzwischen 10,5 Milliarden US Dollar Soforthilfe zur Verfügung gestellt.



31. August: Eine komplett zerstört Brücke



31. August: Ein Wohngebiet steht bis zu den Dächern unter Wasser

Ray Nagin, Bürgermeister von New Orleans, übte ebenfalls heftige Kritik an Bush und der Regierung, dass die Hilfe von der Regierung zu zögerlich komme. Kathleen Blanco, Gouverneurin von Louisiana, schloss sich der Kritik mittlerweile an. Bush selbst äusserte daraufhin, dass die Hilfe unangemessen und *inakzeptabel* sei. Er will die betroffenen Gebiete nun besuchen.

Nach heftiger Kritik hat Bush am 9. September 2005 den Chef der Bundesbehörde für den Katastrophenschutz (FEMA), Michael Brown, von seiner vor-Ort-Koordinationsarbeit entbunden. Er bleibt aber der Chef dieser Behörde.

So überraschend, wie der Präsident sagte, war das Ausmaß der Katastrophe nicht. Bereits 2001 brachte die Zeitschrift *Scientific American* einen Artikel, in welchem das Szenarium exakt beschrieben wurde (leider ist nur die Zusammenfassung frei verfügbar).

Energiekrise

Im Golf von Mexiko befinden sich einige hundert Bohrtürme und Bohrinseln. Über ein Viertel des amerikanischen Erdöls und Erdgases wird in dieser Region gefördert. Die dortigen Raffinerien stellen den Großteil der US-Kapazität dar. Große Ölkonzerne mussten einige von Katrina gefährdete Förderanlagen stilllegen. Acht Raffinerien bleiben weiterhin geschlossen und eine weitere arbeitet nur mit geringer Kapazität. Viele Pipelines wurden ebenfalls zerstört. Dies führte zu Steigerungen des Rohölpreises an der New Yorker Börse auf historische Höchststände von über 70 Dollar pro Barrel. Wegen der ausgefallenen Raffineriekapazitäten stiegen die Benzinpreise weltweit stark an.

In den USA kletterte der Benzinpreis von gut \$2 (ca. 0,43€/l) auf rund \$3 (ca. 0,65€/l) pro Gallone. An einigen Stellen stieg der Preis zeitweise auf bis zu \$8/gal (1,72€/l).

In Deutschland stieg das Benzin binnen Tagen um 18 Cent/l und erreichte somit am 3. September einen Höchst-



30. August: Ein Hubschrauber der Küstenwache bei der Suche nach Überlebenden in New Orleans



31. August: Boeing C-17 Globemaster der US Airforce beim Entladen von Hilfsgütern in Mississippi



29. August: Auch ohne Dach ist die Tankstelle noch geöffnet



31. August: Ein LKW der Nationalgarde mit Hilfsgütern auf dem Weg zum Superdome

stand von rund 1,45€ (2,21 Fr.) pro Liter Super. In der Schweiz stiegen die Bleifrei 95-Preise um rund 14 Rappen/l, was je nach Region und Marke Rekordhöhen zwischen 1,69 und 1,83 Fr. (1,10 - 1,20€) pro Liter ausmacht. Das V-Power von Shell kratzt an einigen Orten gar an der 2-Franken-Grenze. In Österreich kostet das Normalbenzin rund 1,20€ (1,83 Fr.). Zumindest in den USA besteht durch den Hurrikan eine Energiekrise. Zum Beispiel können 13% des täglichen Kerosinbedarfs wegen des Sturms nicht mehr gedeckt werden.

Um die Energiekrise einzudämmen, hat die US-Regierung die Vorschriften für die Sauberkeit von Benzin ausgesetzt, die den Schwefelgehalt im Benzin regulieren, da die Reinigung des Benzins dessen nutzbare Menge herabsetzt. Die US-Regierung hat bei der Internationalen Energie Agentur (IEA) einen Antrag auf die Freigabe von strategischen Ölreserven gestellt. Zur Zeit dauern die Verhandlungen über die Menge an, es wird aber auf eine Periode von 30 Tagen in der pro Tag 2 Millionen Barrel auf den Markt gebracht werden sollen. Während die Schweiz bereits 300'000 Barrel liefern wird, hat der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder angekündigt, den Antrag bei der IEA zu unterstützen.

Einige Bohrinseln wurden in der Region durch Katrina aus ihren Verankerungen gerissen. Eine von ihnen wurde auf Dauphin Island im Bundesstaat Alabama an Land gespült, und eine kollidierte mit einer Brücke. Es werden etwa 20 Bohrinseln vermisst.

In den betroffenen Gebieten ist die Versorgung mit Treibstoff und Strom zusammengebrochen. Flughäfen in der Region mussten Flüge streichen, da kein Treibstoff mehr vorhanden ist.



4. September: Landungsschiffe der US Navy, darunter LCAC-Luftkissenboote, bringen schweres Gerät in das stark verwüstete Biloxi

Space Shuttle Programm

Katrinas Pfad führte auch über die Michoud Assembly Facility und unterbrach dort grundlegend die Produktion der externen Tanks für das Space Shuttle, dies führt zu weiteren Unterbrechung der Shuttle-Flüge. Bis mindestens zum 26. September 2005 bleibt die Michoud Assembly Facility geschlossen, dadurch könnten sich die nächsten Shuttle-Flüge bis Mai oder sogar bis in die zweite Jahreshälfte 2006 verschieben.

Hilfeleistungen

Die Hilfe für die Zeit nach dem Sturm lief bereits vor dem Sturm an. Insbesondere die Federal Emergency Management Agency traf Vorbereitungen, die von der Einlagerung von Hilfsgütern bis hin zur Mobilisierung einer mobilen Leichenhalle auf Kühllastwagen reichten. Mehr als 11.000 Soldaten der Nationalgarde und 7.200 Soldaten im aktiven Dienst leisten derzeit im Katastrophengebiet Hilfe. 10.000 weitere Soldaten bereiten sich derzeit auf ihren Einsatz vor.

Auf Anfrage von Präsident Bush hat der Senat 10,5 Mrd. Dollar Soforthilfe bewilligt. Das Repäsentantenhaus wird in der Angelegenheit ohne jede Debatte am 2. September 2005 abstimmen.

In den Abendnachrichten teilt NBC News am 1. September 2005 mit, dass die Vereinigten Staaten die Hilfsangebote anderer Staaten abgelehnt haben.

Internationale Hilfsleistungen

Von zahlreichen Staaten wurde internationale Hilfe angeboten, darunter auch viele so genannte Entwicklungsländer oder Schwellenländer. Mittlerweile haben praktisch alle Nationen der Welt Hilfe angeboten. Darunter ärmste Staaten wie Bangladesh und Afghanistan oder auch die Erzrivalen der USA (Iran, Kuba, Venezuela). Nach anfänglichem Zögern sind die USA mittlerweile bereit, ausländische Hilfe anzunehmen. Jedoch lagern die angebotenen Güter häufig noch auf den Flughäfen des anbietenden Staates oder der USA, da die Koordination der Hilfe mangelhaft verläuft. Das Rotkreuz und andere Organisationen rufen zu Spenden auf, die an amerikanische Partnerorganisationen weitergeleitet werden. Angeblich wegen BSE-Gefahr hat das US-Agrarministerium am 10. September 2005 die Einfuhr von Notrationen der Bundeswehr verboten. Deutsche Hilfslieferungen dürfen damit nicht mehr verteilt werden.

Nationalgarde

Die erste Mobilisierung der Nationalgardisten wurde behindert, weil derzeit etwa ein Drittel der Nationalgarde Louisianas im Irak eingesetzt wird, darunter auch Ausrüstung wie hochwasserfeste Humvees, die in Überflutungsgebieten nützlich wären. Zum Ausgleich hat Louisiana schon in der Vorbereitungsphase zwischenstaatliche Hilfe in Form von Truppen und Gerät angefordert und erhalten. Seit Durchzug des Hurrikans wurden in Alabama, Mississippi, Florida und Louisiana mehr als 10.000 Gardesoldaten mobilisiert.

Küstenwache

Die United States Coast Guard hat so viele Helikopter wie möglich im Katastrophengebiet zusammengezogen. 500 Reservisten wurden einberufen, und aus dem ganzen Land werden kleinere Boote zur Hilfe geschickt.

Navy

Die United States Navy begann ebenfalls schnell mit der Hilfeleistung. Mehrere Schiffe machten sich auf den Weg, darunter der Flugzeugträger USS Harry S. Truman, der als Kommandoposten für die Marineoperationen im Katastrophengebiet dienen soll, und die amphibischen Angriffsschiffe USS Bataan und USS Iwo Jima mit ihren Unterstützungsgruppen. Diese Schiffe tragen Transporthelikopter der Typen CH-53 Sea Stallion und SH-60 Sea Hawk sowie Landungs- und Transportboote, welche an nahezu jedem Strand anlanden können und deshalb hervorragend für Hilfeleistungen zugunsten zerstörter Küstenabschnitte geeignet sind, was sie bereits im Januar 2005 nach dem Tsunami in Sri Lanka unter Beweis gestellt haben. Inzwischen liegt die USS Bataan vor der Küste Mississippis vor Anker und die USS Iwo Jima als schwimmende Kommandozentrale am Pier im Hafen von New Orleans. Das mit 1.000 Betten ausgestattete Lazaratsschiff USNS Comfort wird die Region am 9. September erreichen.

Das Kommando über alle militärischen Hilfsoperationen hat Lt. Gen. Russel L. Honoré von der United States Army in Camp Shelby, Mississippi.

Nicht-militärischer Einsatz

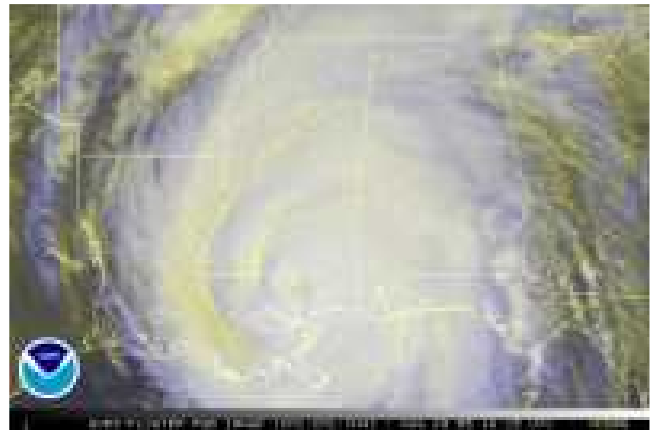
Die Federal Emergency Management Agency (FEMA) schickte zehn Teams aus dem ganzen Land, die nach Überlebenden suchen sollen, sowie 23 medizinische Teams. Mit Hilfe des Transportministeriums wurden 1700 Lastwagenladungen Wasser, Eis und Fertiggerichte herbeigeschafft. Weitere 390 LKW brachten Wasser, Zelte, Wohncontainer und



Der Weg von Katrina



28. August: Katrina ist noch im Golf



29. August

Gabelstapler. Nach Durchzug von Katrina wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, den Louis Armstrong New Orleans International Airport für Hilfsflüge wieder öffnen zu können.

Ein Kreditkartenprogramm für Flutopfer - nämlich die Abgabe von Karten, welche zum Bezug von 2000 \$ pro Haushalt berechtigen - wurde gestoppt und wird nach anfänglichen Ankündigungen nur für die evakuierten Personen im Astrodome weitergeführt. Der Chef der FEMA, Michael Brown, hat als Hilfe-Koordinator im Katastrophengebiet unter anderem diese Idee verfügt. Vor kurzem wurde er - offensichtlich auf Grund seiner Inkompetenz - dieser Aufgabe enthoben. Navy-Admiral Thad Allen übernimmt jetzt diesen Job.

Die Funkamateure, die sich in dem *Salvation Army Team Emergency Radio Network (SATERN)* und im *West Gulf ARES Emergency Net* zusammen geschlossen haben, stellen mit ihren Amateurfunkstellen zusätzliche Kommunikationswege zur Verfügung um zügigen Informationsfluss zu ermöglichen. Lokalregierungen aus den ganzen USA schickten Hilfe in Form von Rettungswagen, Suchteams und Hilfsgütern. Bis hinauf nach Utah wurde Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen.

Kritik

Am dritten und vierten Tag der Katastrophe regte sich vermehrter Unmut an der Organisation der Hilfeleistung. Neben der Regierung wurde besonders die nationale Hilfs-Koordinationsstelle *Federal Emergency Management Agency* hart kritisiert, sie hatte z.B. laut Sprecher erst am 1. September erfahren, dass neben dem Superdome auch das *Convention Center* Ziel von ca. 15.000 Flüchtlingen gewesen war. Diese harrierten dort tagelang ohne Unterstützung aus. Es kam zu Toten durch Gewalt, Wassermangel, medizinische Unterversorgung und gesundheitsgefährdende hygienische Zustände. Die kritisierte FEMA verwies auf die ungewöhnlich große Dimension der Katastrophe. Der *Congressional Black Caucus*, ein überparteilicher Ausschuss im US-Kongress zur Vertretung der Interessen der Schwarzen in den USA äusserte sich am 2. September 2005 betroffen über die mangelnde Hilfe, in Not seien offensichtlich vor allem Arme, Alte und Bürger schwarzer Hautfarbe. Es könne nicht sein, dass diese Faktoren über das Schicksal der Opfer entschieden. Auch New Orleans Bürgermeister Ray Nagin wandte sich in einer emotionalen Ansprache an die Presse und klagte die unzureichenden Maßnahmen der Regierung und der Hilfsorganisationen scharf an. In einem Radiointerview (mp3, eng.) <http://www.atypical.net/mm/nagin.mp3> eine ausführliche Liste der Kritikpunkte von Ray Nagin. Der Rapper Kanye West nutzte eine Spendens-

ammlungs-Sendung auf NBC zu unabgesprochenen, scharfen Angriffen auf die US-Regierung. Er sah Rassismus in den Darstellungen der Medien, die auf Bildunterschriften zu Fotos von Plünderungen Weiße als "Personen, die sich mit dem Notwendigsten versorgen", Schwarze dagegen als "Plünderer" charakterisierten.

Sozialkritisch gesehen stellt sich die Frage, ob es in den USA weiterhin eine verborgene Rassentrennung gibt. Wenn nicht, so doch zumindest eine ausgeprägte Klassentrennung. Während wohlhabende Menschen innerhalb kürzester Zeit aus dem Katastrophengebiet fliehen konnten, mussten die Mittellosen in der Stadt (New Orleans) verbleiben. Eine erneute Diskussion über solche ungleichen Zustände und die damit verbundenen Folgen bei Katastrophen wird inzwischen von vielen Repräsentanten auf der politischen Bühne der USA eingefordert.

In Washington wurden am 4. September die Flaggen auf Halbmast gesetzt, um den am 3. September an Krebs gestorbenen Vorsitzenden Richter des Supreme Court, William Rehnquist zu ehren. Die Todesopfer des Hurrikans wurden aber nicht offiziell gewürdigt.

Die Presse hat für die Versäumnisse der Regierung Bush den Begriff *Katrinagate* geprägt und sorgt damit um Druck auf den Präsidenten.

Die Sintflut von New Orleans wird nicht nur als Naturereignis diskutiert, sondern auch als Resultat politischer Fehleinschätzungen durch die US-Regierungen. Das Magazin *National Geographic* warnte bereits im Herbst 2004 vor einer Katastrophe [1] <http://www3.national-geographic.com/ngm/0410/feature5/> (eng.).

Weblinks

- National Hurricane Center <http://www.nhc.noaa.gov/>
- Informationen zum Hurrikan Katrina <http://www.naturgewalten.de/katrina.htm> bei Naturgewalten.de
- Hurrikan Katrina: Hintergrund, Aktuelles, Statistiken/Infografiken, Unterrichtsmaterialien http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/lexikon/Hurrikan_Katrina.htm "Agenda 21 Treffpunkt" im Bildungsserver learn:line NRW
- Stern-Dokumentation <http://www.stern.de/politik/panorama/:Hurrikan-New-Orleans-Katrina/544872.html>
- Vergleich: Satellitenbilder von New Orleans vor und nach Katrina <http://maps.google.com/maps?q=new+orleans&ll=29.983896,-90.081625&spn=0.026556,0.039669>

Metro Budapest

Die **Budapester Metro** ist das U-Bahn-System der ungarischen Hauptstadt und besteht aus zwei unterschiedlichen Systemen. Die *Millennium-U-Bahn* (*Millenniumi Földalatti Vasút*, M1) ist nach der London Underground die zweitälteste U-Bahn in Europa und wurde zum tausendjährigen Geburtstag von Budapest 1896 in Betrieb genommen. Jahrzehnte später kamen noch zwei mit Hilfe der Sowjetunion gebaute Linien dazu (M2, M3), die im Gegensatz zur M1 auch nach ihrem Bau stark erweitert wurden. Das Gesamtnetz der Budapester Metro ist 32 Kilometer lang und hat 43 Stationen. Derzeit befindet sich eine vierte U-Bahnlinie M4 im Bau.

Geschichte

Bau der Földalatti

1893 bemühten sich die *Budapester Elektrische Straßenbahngesellschaft* (abgekürzt BVVV) und die *Budapester Pferdebahngesellschaft* (abgekürzt BKVT) um eine gemeinsame Konzession für eine Straßenbahn auf der 1876 vollendeten Straße *Andrassy út*, die jedoch abgelehnt wurde. Darauf schlug der Generaldirektor der BVVV *Mór Balázs* vor, das schon am 22. Januar 1894 eingereichte Projekt der Firmen *Siemens Halske* und der *Budapester Elektrische Straßenbahngesellschaft* für eine Untergrundbahn unter der *Andrassy út* zu realisieren. Dies erwies sich als sehr günstig, da die Stadtverwaltung bereits die Feiern zur 1000-Jahr-Feier der Staatsgründung Ungarns (896) plante. Diese sollten im *Városliget*, auf Deutsch *Stadtwaldchen*, stattfinden. Die Beförderung der zahlreichen Veranstaltungsgäste war jedoch ein noch ungelöstes Problem, und so kamen die U-Bahn-Pläne gerade richtig. *Siemens Halske*, die auch eine U-Bahn in Berlin errichten wollten, warben außerdem damit, dass die Untergrundbahn die erste des europäischen Kontinents wäre und der Stadt einen mondäneren Charakter geben würde. So wurde beschlossen, die Untergrundbahn bis zu den Jubiläumsfeierlichkeiten zu erbauen. Für diese eine Linie waren folgenden Stationen vorgesehen:

- *Gizella tér* (heute *Vörösmarty tér*)
- *Deák Ferenc tér*
- *Opera*
- *Oktogon*
- *Vörösmarty utca*
- *Körönd* (heute *Kodály körönd*)
- *Bajza utca*
- *Aréna út* (heute *Hősök tere*)
- *Artézi fürdő* (heute *Széchenyi fürdő*)



Eröffnungsplakette der Franz Joseph elektrische Untergrundbahn



Der sanierte Bahnhof Opera der Földalatti (Foto: 2x Jcornelius)

Alle Bahnhöfe sollten damals übliche Seitenbahnsteige erhalten, die Ein- und Ausgänge waren als prunkvolle Pavillons geplant. Die erforderliche Werkstatt sollte in der Nähe der Station *Aréna út* beim Stadtwaldchen entstehen.

Schließlich beauftragten die beiden Budapester Verkehrsgesellschaften die deutsche Firma *Siemens Halske* mit der Bauausführung. Die erste Phase der Bauarbeiten begann am 29. Dezember 1894. Bereits nach weniger als zwei Jahren konnte die Strecke am 2. Mai 1896 in Betrieb genommen werden. Sie war 3,68 Kilometer lang, davon waren 3,22 Kilometer Tunnel und 460 Meter oberirdisch. Die Linie wurde als so genannte „*Unterpflasterbahn*“ ausgeführt. Das heißt, sie liegt nicht mehr als drei Meter tief unter der Erde. Dies lag vor allem an den noch nicht vorhandenen Erfahrungen im U-Bahnbau. Insgesamt überstiegen die Baukosten alle Planungen, dafür erreichte man eine pünktliche Fertigstellung.

Um die U-Bahn zu betreiben, waren auch Fahrzeuge nötig. Dafür wurden insgesamt zehn Doppeltriebwagen gekauft, die sowohl mit Holz als auch mit Metall verkleidet waren. Während die Züge selber bei der *Schlick Vasöntő és Gépgyár* (zu deutsch *Schlick Gießerei und Maschinenfertigung*) gefertigt wurden, stellte *Siemens Halske* die elektrische Ausrüstung her. Die Fahrzeuge bedurften einer Sonderanfertigung, da die Tunnel mit einer lichten Höhe von 2,85 Metern sehr klein waren. Die Züge speisten ihren Strom, für heutige U-Bahnnetze sehr unüblich, von einer festen Stromschiene, die an der Decke beziehungsweise bei oberirdischen Strecken an Masten befestigt wurde. Die Fahrspannung lag bei 350 Volt, war also relativ gering.

Nach der Eröffnung der heute so genannten Millenniums-Linie (*Millenniumi Földalatti Vasút*) zwischen *Gizella tér* und *Artézi fürdő* am 2. Mai 1896 besichtigte der damalige österreichische Kaiser und gleichzeitige ungarische König Franz Joseph I., auf ungarisch *I. Ferencz József*, am 8. Mai die Untergrundbahn. Der Kaiser, der an der Station *Gizella tér* einstieg, fuhr mit einem eigens für ihn hergerichteten Wagen bis zur Endstation, um die U-Bahn komplett zu besichtigen. Zu Ehren des ungarischen Königs und österreichischen Kaisers erhielt er von der für den Betrieb zuständigen Verkehrsgesellschaft ein ausgeschmücktes und prächtiges U-Bahn-Ansichtsalbum. Als Dankeschön gab der Regent den Erlass bekannt, dass die U-Bahn in Zukunft seinen Namen tragen dürfe. So hieß die U-Bahn seit damals auf ungarisch *Ferencz József Földalatti Villamos Vasút*, zu deutsch *Franz Joseph elektrische Untergrundbahn*. Auch die Verkehrsgesellschaft nannte sich nun *Franz Joseph elektrische Untergrundbahngesellschaft* (abgekürzt *FJFVV*).

Weiterentwicklung der Linie

Die Fahrgastzahlen entwickelten sich sehr gut und so konnte auch der Preis des am Anfang sehr teuren Einzelfahrscheins von zwanzig Heller auf zwölf Heller gesenkt werden. Zusätzlich wurde auch das Fahrkartenangebot erweitert; es gab nun auch Zonen- und Monatskarten. Die Zonengrenze zwischen den beiden damals bestehenden Zonen befand sich am *Oktagon*.

Die zwanzig Fahrzeuge sollten aufgrund ihres relativ schlechten Zustandes 1917 erneuert oder durch weitere Züge ersetzt werden. Doch aufgrund der wirtschaftlichen Probleme beziehungsweise den Folgen des Ersten Weltkrieges konnte dieser Beschluss, der auch von der ungarischen Regierung unterstützt wurde, nicht durchgesetzt werden. Zu dieser Zeit war es auch erstmals nötig, zur Beseitigung des kriegsbedingten Mangels an männlichen Arbeitskräften weibliche Beschäftigte einzusetzen.

Zum 1. Januar 1923, nachdem es seit 1920 nach dem Vertrag von Trianon auch wieder ein eigenständiges Land Ungarn gab, formierte sich die FJFVV zu den *Hauptstädtischen Budapester Verkehrsbetrieben* (BSZKRT) um. Diese hatte ehrgeizige Ziele für die U-Bahn, die sich damals in einem relativ schlechten Zustand befand. So musste unter anderem der Oberbau renoviert werden. Zusätzlich erneuerte man die Fahrzeuge, die stärkere Motoren und nun auch anstatt der bisherigen Schiebetüren zweiflügelige Türen erhielten. Außerdem verstärkte man die Fahrspannung von 350 Volt auf die auch von der Budapester Straßenbahn genutzte Spannung von 550 Volt.

Sanierung und Verlängerung

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Bevölkerungszahl Budapests stetig zu. Um den großen Fahrgastströmen gerecht zu werden, ließ die BSZKRT die Bahnsteige verlängern. Außerdem wurden sechzehn neue Beiwagen beschafft, die nun im Zugverband mit den anderen Fahrzeugen fuhren und mehr Fahrgäste aufnehmen konnten. Außerdem erhielten alle Fahrzeuge neue Drehgestelle und Motoren.

In den Jahren 1970 bis 1973 erfolgte eine grundlegende Sanierung der „kleinen U-Bahn“, wobei besonders der Denkmalschutz beachtet wurde. Mit der Beendigung der Arbeiten am 30. Dezember ging gleichzeitig eine Verlängerung um 1.250 Meter bis *Mexikói út*, auf Deutsch Mexikostraße, in Betrieb. Damit erhielten auch die Budapester Stadtteile *Zugló* und *Újpalota* Anschluss an das Budapester Stadtzentrum um den heutigen *Deák Ferenc tér* und *Vörösmarty tér*.

Ebenfalls wurden komplett neu entwickelte Züge



Eingang zur Station Bajcsy-Zsilinszky út



Restauriertes U-Bahnschild der Station Oktogon (Foto: 2x Jcornelius)

eingesetzt, die eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Kilometern pro Stunde erreichten und acht Achsen besaßen. Die Wagen wurden von den *Ganz Villamossági Művek* (Ganz Elektrowerke) und *Ganz-MÁVAG* (Ganz Maschinen- und Wagenherstellung) hergestellt. Sie werden auch heute noch benutzt.

Die Werkstatt an der *Aréna út* wurde geschlossen und zur *Mexikói út* verlegt, wo wesentlich mehr Platz vorhanden war und eine Verbindung zur Straßenbahn hergestellt werden konnte. Neben diesen Arbeiten erfolgte auch eine Umbenennung einzelner Bahnhöfe: *Gizella tér* hieß nun *Vörösmarty tér*, *Körönd* seitdem *Kodály körönd*, *Aréna út* nun *Hősök tere* und *Artézi fürdő* erhielt den Namen *Széchenyi fürdő*.

In zwei Etappen von Ost nach West

Schon seit der Eröffnung der ersten U-Bahnlinie gab es Pläne für weitere Strecken, zu deren Realisierung es jedoch nie gekommen war. Aufgrund der Bevölkerungszunahme nach dem Zweiten Weltkrieg, heute leben etwa 1,7 Millionen Menschen in Budapest, wurde 1947 ein überarbeitetes Netz beschlossen, das unter anderem eine neue Ost-West-Linie und eine Nord-Süd-Linie vorsah. Der Bau der Ost-West-Verbindung begann 1950. Der erste Bauabschnitt verlief vom im Zentrum liegenden *Deák Ferenc tér* zum östlichen *Népstadion*. Insgesamt sollte diese Ost-West-Linie, heute als M2 bezeichnet, vom *Népstadion* über den *Keleti pályaudvar* (Ostbahnhof) und das Zentrum unter der Donau zum *Déli pályaudvar* (Südbahnhof) führen. Sie war im Planungsstadium 7,8 Kilometer lang und sollte neun Stationen haben.

Bis 1953 waren drei Kilometer der Strecke gebaut, danach verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation Ungarns rapide, sodass die Bauarbeiten für die U-Bahn eingestellt werden mussten. Bis 1963 nutzte man die Tunnel für die Lagerung von Lebensmitteln, erst dann konnten die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden. Dabei wurden die Planungen für diese Linie noch einmal umgestaltet: In Richtung Osten wurde die Linie um zwei Stationen bis *Örs vezér tere* verlängert. Zwischen den Bahnhöfen *Deák Ferenc tér* und *Blaha Lujza tér* wurde zusätzlich die Station *Astoria*, benannt nach dem sich dort befindenden Hotel, eingefügt.

Alle Bahnhöfe wurden nach sowjetischem Vorbild möglichst prunkvoll gestaltet. Da die Decken in den Stationen relativ niedrig waren, konnten im Gegensatz zu Moskau keine großen Leuchter aufgehängt werden. Die Gestaltungsmerkmale waren vor allem viel Stein, der möglichst an Marmor erinnern sollte, und lange Sitzreihen, die heute in anderen U-Bahn-Systemen vermieden werden,



Einer der neuen Züge am Bahnhof Mexikói út im Jahr 1973

da sie bei Obdachlosen als Schlafplatz sehr beliebt sind.

Die erste neue U-Bahnstrecke nach 1896 wurde am 2. April 1970 zwischen *Deák Ferenc tér* und *Örs vezér tere* in Betrieb genommen. Im Jahr der Inbetriebnahme der Neubaustrecke benutzten bereits 250.000 Fahrgäste pro Tag diese neue Linie. Gleichzeitig ging auch die Betriebswerkstatt für die M2 zwischen den Stationen *Örs vezér tere* und *Pillango utca* in Betrieb.

Zwei Jahre später, am 22. Dezember 1972, ging die 3,5 Kilometer lange Teilstrecke *Deák Ferenc tér* – *Déli pályaudvar* mit Unterquerung der Donau in Betrieb. Darauf verdoppelte sich die Fahrgastanzahl auf 500.000 Fahrgäste pro Tag. Damit war nun die komplette M2 fertig gestellt.

Zum 1. Januar 2004 wurde die viergleisige Station *Néptárod* in *Stadionok* umbenannt. Bis zur Generalsanierung der M2 im Jahr 2005 hatte sich ansonsten nicht viel verändert. Die M2 ist heute 6,5 Kilometer lang und hat sieben Stationen.

Bau der M3

Bereits wenige Wochen nach der Eröffnung der kompletten M2 begannen schon die Arbeiten für eine neue Strecke im Untergrund Budapests. Der erste Abschnitt der neuen Nord-Süd-Linie, die vollständig auf der Pester Stadtseite liegt, beginnt am zentralen *Deák Ferenc tér*, wo sich bereits die Linie M1 und M2 kreuzen, und führt südlich zum *Nagyvárad tér*. Dieser Teil der neuen Linie besitzt fünf Stationen auf 3,7 Kilometern Länge. Im Untergrund liegt sie mit etwa 20 bis 30 Metern Tiefe genau zwischen den zwei bestehenden Linien: die Millenniums-U-Bahn wurde aufgrund geringer Tunnelbauerfahrungen nur wenige Meter unterhalb der Oberfläche gebaut („Unterpflasterbahn“), die M2 wurde nach sowjetischen Vorbild bis zu sechzig Meter tief mit Schildvortriebsmaschinen erbaut. Am *Deák Ferenc tér* wurde gleichzeitig mit dem Streckenbau auch eine Tunnelverbindung zur M2 hergestellt, da diese bisher die einzige Betriebswerkstatt für die auf den neuen Linien verwendeten Züge besaß.

Nach vier Jahren Bauzeit konnte am 31. Dezember 1976 auf der Strecke *Deák Ferenc tér* - *Nagyvárad tér* der Betrieb aufgenommen werden. Danach ging es stetig voran mit dem U-Bahn-Ausbau, auch die südlichen und nördlichen Stadtviertel benötigten dringend einen U-Bahn-Anschluss, da die Straßenbahn und die Busse überlastet waren. Wiederum nach vier Jahren, am 20. April 1980, fuhren die Züge nun bis nach *Kőbánya-Kispest*. An der Endstation wurde gleichzeitig, ähnlich der M2, die Betriebswerkstatt für die dritte Metrolinie Budapests in Betrieb genommen. Denn inzwischen benötigte die immer wichtiger werdende Nord-Süd-Linie eine eigene Werkstatt, da die Werkstatt der

M2 zunehmend überlastet war.

Eineinhalb Jahre später, am 30. Dezember 1981, konnte das Nordstück der M3 bis zur *Dózsa György út* in Betrieb genommen werden. Da der Verkehr auf der wichtigen Straße *Váci út* nicht unterbrochen werden konnte, wurde der Schildvortrieb für dieses Streckenstück gewählt. Nun war es auch möglich, wenn auch mit einmal Umsteigen, alle relativ wichtigen Bahnhöfe Budapests zu erreichen – der *Keleti pályaudvar* (Ostbahnhof), *Déli pályaudvar* (Südbahnhof) und der *Nyugati pályaudvar* (Westbahnhof) waren nun alle per Metro zu erreichen.

Für die Ein-Stationen-Verlängerung bis *Árpád híd* benötigte man wesentlich mehr Zeit – erst am 7. November 1984 ging diese Station in Betrieb.

Nach vielen Finanzierungsschwierigkeiten, das Planwirtschaftssystem zeigte deutlich seine Schwächen, konnte erst am 14. Dezember 1990 der Betrieb der M3 bis nach *Újpest-Központ* verlängert werden. Abgesehen davon, dass hier nur noch Seitenbahnsteige errichtet wurden, merkt der Fahrgast deutliche Unterschiede in den Gestaltungsmerkmalen: Statt Steinverkleidungen wurden nun viel Aluminiumbleche verwendet. Außerdem sind die Stationen nur noch von den Schildern zu unterscheiden, da nahezu jedes Mal dieselben Farben benutzt wurden.

Linien und Betrieb

Das derzeit bestehende U-Bahnnetz der Stadt Budapest besitzt drei Linien mit 32 Kilometern Länge und 43 Stationen, von denen drei oberirdisch sind. Einziger Kreuzungspunkt der Linien ist die Station *Deák Ferenc tér* im Zentrum der Stadt. Sie wird von 4:30 bis 23:10 in einem Takt zwischen drei und fünf Minuten, in der



Station *Kossuth Lajos tér* der Linie M2 (Foto: Peter Gerecs)



Halle der neue eröffneten Betriebswerkstatt an der *Mexikói út* (Foto: Jcornelius)



Stationsschild des Bahnhofes Lehel tér (Foto: 2x jcornelius)

an den U-Bahn-Eingängen statt.

Stationen

M 1 (Milleniums-U-Bahn)

- Mexikói út
- Széchenyi fürdő
- Hősök tere
- Bajza utca
- Kodály körönd
- Vörösmarty utca
- Oktogon
- Bajcsy-Zsilinszky út
- Opera
- Deák Ferenc tér (Kreuzung M1-M2-M3)
- Vörösmarty tér

Linie	Strecke	Eröffnung	Länge	Bahnhöfe
M1	Vörösmarty tér <-> Mexikói út	1896	5 km	11
M2	Déli pu. <-> Örs vezér tere	1970	10 km	12
M3	Újpest Központ <-> Kőbánya-Kispest	1976	18 km	20
M4	Kelenföldi pályaudvar <-> Bosnyák tér	2007-2009	im Bau	(14)



M 2

- Örs vezér tere
- Pillangó utca
- Stadionok
- Keleti pályaudvar
- Blaha Lujza tér
- Astoria
- Deák Ferenc tér (K2
120euzung M1-M2-M3)
- Kossuth Lajos tér
- Batthyány tér
- Moszkva tér
- Déli pályaudvar

M 3

- Újpest-Központ
- Újpest-Városkapu
- Gyöngyösi utca
- Forgách utca

Hauptverkehrszeit auch dichter befahren. Es gibt ein sehr differenziertes Angebot an Tarifen, auch Drei-Tages-Karten gehören beispielsweise dazu. Das Budapester U-Bahn ist ein so genanntes „freies System“, es bestehen an den U-Bahn-Eingängen keine Sperren oder ähnliches. Es finden sowohl stichprobenartige Fahrausweiskontrollen in den Zügen, als auch Kontrollen aller einsteigenden Fahrgäste

- Árpád híd
- Dózsa György út
- Lehel tér
- Nyugati pályaudvar
- Arany János utca
- Deák Ferenc tér (Kreuzung M1-M2-M3)
- Ferenciek tere
- Kálvin tér
- Ferenc körút
- Klinikák
- Nagyvárad tér
- Népliget
- Ecseri út
- Pöttyös utca
- Határ út
- Kőbánya-Kispest



Nördliche Endstation der M3: Újpest-Központ

Fahrzeuge

Die Budapester U-Bahn ist betrieblich in zwei Bereiche aufgeteilt: Die Milleniums-U-Bahn (Linie M1) und die später gebauten Linien M2 und M3 sowie die im Bau befindliche Linie M4. Während erstere über eine an der Tunneldecke angebrachte Stromschiene mit einer Spannung von 550 Volt versorgt wird, erhielten die zwei



Der Innenraum eines Zuges der M1 (Foto: Jcornelius)

anderen Linien eine seitliche Stromschiene mit einer Spannung von 825 Volt Gleichstrom. Doch nicht nur in der Stromversorgung unterscheiden sich die U-Bahnlinien, es werden auch andere Fahrzeuge mit anderen Maßen eingesetzt.

Auf der M1 fahren derzeit nur im Jahr 1973 gelieferte Wagen, die von den Firmen *Ganz Villamossági Művek* (Ganz Elektrowerke) und *Ganz-MÁVAG* (Ganz Maschinen- und Wagenbau) hergestellt wurden. Sie erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Kilometern pro Stunde und besitzen acht Achsen. Im Gegensatz zu den Wagen der Linien M2 und M3, bei denen die Fahrzeuge in dunklen Blautönen gehalten sind, fahren auf der M1 gelbe Züge. Im Innenraum ist das schmalere Profil der "Kleinen U-Bahn" deutlich zu spüren. Es sind nur wenige Sitzplätze vorhanden und die Wagen sind sehr schnell überfüllt. Derzeit können nur Vollzüge in einer Dreier-Kombination fahren (1-1-1), diese ist dann 29,56 Meter lang. Die Wagenbreite beträgt 2,35 Meter, ein Zug wiegt 36,96 Tonnen.

Bei den Budapester U-Bahnlinien M2 und M3 wurden von Anfang an Züge sowjetischer Herkunft eingesetzt, obwohl auch ein ungarischer Fahrzeugprototyp getestet wurde. Die ersten Züge, die ab 1968 ausgeliefert wurden, sind 18,8 Meter lang und 2,67 Meter breit; sie wiegen 32,5 Tonnen und können Höchstgeschwindigkeiten von bis zu 90 km/h erreichen. Im Innenraum sind acht Bänke in Längsformation angeordnet. Ein Wagen kann bis zu 155 Personen aufnehmen, sodass ein Zug in der üblichen Sechswagen-Formation 930 Personen transportieren kann. Insgesamt wurden 194 Züge in den Jahren von 1968 bis 1972 geliefert. Es gab noch teilweise kleinere technische Modifizierungen, sodass es davon die drei Typen *Ev*, *Ev3*



Zugtyp *Ev* der Budapester U-Bahn. Dieser wird auf den Linien M2 und M3 eingesetzt. (Foto: Marton)

und *EvA* gibt. Für die Verlängerung der M3 in Richtung Süden wurden leicht veränderte Züge produziert, die unter anderem stärkere Motoren und Thyristorsteuerungen erhielten. Für den Fahrgast ist vor allem die modifizierte Stirnfront auffällig, der Innenraum blieb unverändert. Diese Wagen sind in anderer Farbgebung auch in anderen Städten, wie zum Beispiel in Prag oder Warschau zu finden. Sie werden als *81-7172* bezeichnet, dabei gab es aber auch noch weitere Modifizierungen, sie bekamen die Bezeichnungen *81-7142*, *81-7172M* und *81-7142M*.

Alle U-Bahnzüge der Linien M1 bis M3 werden vom Fahrer selbst abgefertigt. Als Hilfsmittel dienen dazu vor allem überdimensionale Spiegel, aber auch Kameras, die den kompletten Bahnsteig aufnehmen. Die Türen der Züge öffnen und schließen automatisch. Bei letzterem ertönt jedoch nicht wie bei anderen U-Bahn-Systemen (M2 und M3) ein auch für ausländische Fahrgäste zu verstehendes Tonsignal sondern es erfolgt eine automatische Abfertigungsansage in ungarischer Sprache. Nur bei der M1 ertönt ein lautes Abfertigungssignal. Mit Ausnahme einiger Züge, in denen die Stationen angezeigt werden, erfolgen nur Stationsansagen, die auf der Millenniums-U-Bahn mit einem einprägsamen Glockenlaut eingeleitet werden. Bei den Linien M2 und M3 erfolgt lediglich die Ansage.

Die Züge der M1 werden im 1973 eröffneten Depot an der *Mexikói út* gewartet, wo auch eine Verbindung zum Budapester Straßenbahnsystem besteht. Die Züge der zweiten Metrolinie stehen in der Werkstatt *Fehér utca* am östlichen Endbahnhof *Örs vezér tere*. Diese Betriebswerkstatt wurde gemeinsam mit der Verlängerung der M2 bis zu diesem Bahnhof im Jahr 1970 in Betrieb genommen. Die Werkstatt ist komplett für die M2 zuständig.

Während anfangs die M3-Züge noch im Depot *Örs vezér tere* in Stand gehalten wurden, was über einen Betriebstunnel am Bahnhof *Deák Ferenc tér* möglich war, bedurfte es nun einer eigenen Werkstatt für diese Linie. Freie Flächen für den Bau einer Werkstatt fanden sich am Bahnhof *Kőbánya-Kispest*. Der Betriebshof eröffnete gemeinsam mit der Verlängerung zu diesem Bahnhof im Jahr 1980.

Ausbau und Planungen

Aktuelle und kurzfristige Ausbauten

Für die derzeitigen Linien sind nur sehr langfristige Streckenerweiterungen geplant, die M2 gilt sogar schon als komplett fertig gestellt. Dennoch gibt es derzeit zwei große Bauprojekte:

Zum einen findet gerade eine Generalsanierung der meistbenutzten U-Bahnlinie Budapests, der M2, statt. Die Sanierungsarbeiten, die vor allem in den Sommermonaten stattfinden, sollen bis 2007 abgeschlossen sein. In der Zeit werden die zu sanierenden Stationen komplett gesperrt, dabei wird ein Schienenersatzverkehr mit Bussen eingerichtet. 2004 wurden bereits die Bahnhöfe *Örs vezér tere*, *Kossuth Lajos tér* und *Pillangó utca* saniert. Im Sommer 2005 werden für zwei Monate alle Bahnhöfe zwischen *Stadionok* und *Deák Ferenc tér* gesperrt, auch die Station *Batthyány tér*, wo ein Umsteigen zur HÉV-Vorortbahn möglich ist, bleibt geschlossen und ist durch einen Busshuttle vom *Moszkva tér* zu erreichen. Im Sommer 2006 und 2007 sollen dann noch die Stationen zwischen *Deák Ferenc tér* und *Déli pályaudvar* saniert werden. Neben der Neugestaltung der Bahnhöfe, die vor allem wesentlich heller werden sollen, werden auch Aufzüge eingebaut. Auf der Strecke soll außerdem ein modernes elektronisches Betriebssystem



Ein noch erhaltener Zug der Millenniums-U-Bahn im Metro-Museum (Foto: Jcornelius)

installiert werden, was nur mit einer Überholung der Strecke möglich ist.

Das zweite aktuelle Bauprojekt in Budapest ist die Errichtung einer vierten U-Bahnlinie, die somit als M4 bezeichnet wird. Im ersten Stadium soll sie vom *Keleti pályaudvar* zum *Kelenföldi pályaudvar* führen und damit die schon an die Grenze der Belastbarkeit gekommenen Expressbusse der Linie 7 ersetzen. Die Bauarbeiten für die neue U-Bahnlinie, deren Erkennungsfarbe wahrscheinlich grün sein wird, begannen im Jahr 2004 und sollen 2007 bis 2009 abgeschlossen werden. Sie soll 7,5 Kilometer lang sein und zehn Stationen haben.

Die derzeit größte Baustelle befindet sich am *Keleti pályaudvar* (Ostbahnhof). Dort entsteht eine große Umsteigestation zur schon bestehenden M2 und zur Fern- und Regionalbahn. Für diese Bauarbeiten mussten auch zeitweise mehrere Straßenbahnstrecken weichen, sie sollen jedoch nach der Beendigung der Bauarbeiten wieder befahrbar sein. Doch nicht nur die M2 wird am Ostbahnhof gekreuzt, die neue U-Bahnlinie trifft am *Kálvin tér* auch auf die schon bestehende Linie M3. Um die Einwohner Budapests über die Baufortschritte und die neue Linie an sich zu informieren, wurde die Marketingkampagne „I LOVE M4“ gestartet. Das zweite Stadium der Linie soll eine Verlängerung in Richtung Nordosten bis zum *Bosnyák tér* darstellen.

Mittel- bis langfristige Ausbauten

In weiter Ferne soll es zukünftig auch eine fünfte Metrolinie in Budapest geben, die vom Norden Budas über die Margareteninsel ins Zentrum von Pest führen soll. Dabei sollen vor allem die zwei noch nicht mit einem U-Bahn-Anschluss versehenen HÉV-Vorortlinien nach Csepel und Ráckeve angeschlossen werden. Die geplante Linie M5 würde die bestehenden Linien an folgenden Stationen kreuzen: *Lehel tér* (M3), *Oktogon* (M1), *Astoria* (M2) und *Kálvin tér* (M3). Sowohl zum Baubeginn als auch zu einem möglichen Fertigstellungstermin bestehen derzeit jedoch keine konkreten Planungen und sind wohl auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht zu erwarten.

Mittel- bis langfristig gibt es auch noch weitere Verlängerungsmöglichkeiten für die Linie M3 und auch für die noch nicht eröffnete M4. So soll die M3 im Norden von *Újpest-Központ* nach *Káposztásmegyér* verlängert werden, es soll dabei zwischen drei und fünf Zwischenstationen geben. Im Südosten könnte die M3 einen Linienast zum bisher nicht mit Schienenverkehrsmitteln angeschlossenen Flughafen erhalten. Abzweigungsbahnhof wäre höchstwahrscheinlich *Határ út*.

Die sich im Bau befindliche M4 könnte neben dem Verlauf zum *Kelenföldi pályaudvar* auch einen zweiten Linienast nach *Budafok, Városház tér* erhalten. Im Norden soll die M4 über den schon festgelegten Bahnhof *Bosnyák tér* mit zwei Zwischenstationen bis zur *Nyírpalota utca* verlängert werden.

U-Bahn-Museum

Auf Initiative der Budapester Verkehrsbetriebe und des Budapester Verkehrsmuseums wurde im Jahr 1975 in einem abgetrennten Tunnelstück am *Deák Ferenc tér* ein Museum zur U-Bahn der ungarischen Hauptstadt eingerichtet. Beim Eintritt in das Museum sieht der Besucher eine Bank und Stationstafel der Station *Gisella tér* (heute *Vörösmarty tér*), die bei der Sanierung 1973 aufbewahrt wurden. Im weiteren Teil des kleinen Museums sind die verschiedenen Bau- und Zeitabschnitte der Millenniums-U-Bahn in drei großen Schauvitruinen in Ungarisch und Englisch dargestellt. In der ersten Vitrine werden der allgemeine Stadtverkehr der ungarischen Hauptstadt sowie die Entwurfs- und Planungsphase der U-Bahn beschrieben. In der zweiten Vitrine wird der Tunnel- und Fahrzeugbau detailliert dargestellt. In der dritten und letzten Vitrine wird über die verschiedenen Modernisierungen und über den Zustand des Netzes allgemein berichtet. Außerdem befinden sich im Museum noch zwei Züge der U-Bahn, vorne der Motorwagen mit der Nummer 19, hinten ein Beisowie und ein Motorwagen mit der Nummer 1. Diese stehen auf einem vierzig Meter langen Gleis, das von dem originalen Prellbock der Station *Artézi fürdő* (heute *Szechenyi fürdő*) stammt. Dieser war nach der Verlängerung zur *Mexikói út* nicht mehr nötig.

Literatur

- Walter J. Hinkel, Karl Treiber, Gerhard Valenta, Helmut Liebsch: *U-Bahnen – gestern-heute-morgen – von 1863 bis 2010*. N.J.Schmid Verlagsgesellschaft, Wien 2004, ISBN 3-90-060744-3 (Kapitel „Budapest“)
- Miklós Merczi: *Budapest – Das Museum der U-Bahn / Underground Railway Museum*. Budapester Verkehrsmuseum, Budapest 1996, ISBN 9-63-554073-6 / ISSN 0139-245X

Weblinks

- Offizielle Betreiberseite <http://www.bkv.hu> (ungarisch und englisch)
- Informationen zu der im Bau befindlichen M4 <http://www.metro4.hu> (ungarisch und englisch)
- Äußerst reichhaltige Fanseite zur Metro Budapest mit Zeichnungen, vielen Informationen und Bildern <http://www.metro.hu> (nur ungarisch)
- Geschichte der Millenniums-U-Bahn http://hampage.hu/trams/fav4/e_index.html (englisch)
- Die Metro Budapest bei <http://www.urbanrail.net/eu/bud/budapest.htm> (englisch)

Robert Moog

Robert Bob Moog (* 23. Mai 1934 in New York City; † 21. August 2005 in Asheville, North Carolina) war ein Pionier der elektronischen Musik und der Erfinder des Moog-Synthesizers, eines der ersten weitverbreiteten elektronischen Musikinstrumente.

Leben

Moog studierte Physik am Queens College in New York City was er mit einem Bachelor-Abschluss verließ und anschließend erreichte er einen Ph.D. in Elektrotechnik an der Columbia University. 1963 promovierte er an der Cornell University (Ithaca, New York).

Nachdem er 1977 aus seiner Firma Moog Music austrag 1989 bis 1992 gab Moog Unterricht in Musiktechnologie an der University of North Carolina in Asheville. Robert Moog starb mit 71 Jahren an einem glioblastomen Hirntumor. Sein Werk wird von der nach seinem Tod gegründeten Bob Moog Foundation weitergeführt.

Das Theremin

Vor der Entwicklung des Synthesizer stand ein anderes elektronisches

Musikinstrument dass durch seine ungewöhnliche, berührungslose Bedienung auch heute noch großes Interesse erzeugt. Neben dessen Erfinder Lev Sergejewitsch Termen (den Moog erst 1989 in Paris kennenlernte) war

auch Moog für dessen Weiterentwicklung von Bedeutung. Schon 1949 entdeckte er es für sich und baute sich sein eigenes Theremin. Nachdem er für das *Electronics World* darüber einen Artikel schrieb und auch Bausätze anbot die sehr erfolgreich waren, begann er 1954 zusammen mit seinem Vater im Keller des Elternhauses in Flushing bei New York mit dem Bau von Theremins. In den 1960er Jahren gab er mit großem Erfolg einen Bausatz zum Nachbau eines Transistor-Theremins heraus. Sein persönlicher Höhepunkt war aber als er das Theremin von Clara Rockmore – einer der beiden besten Künstlerinnen auf den Instrument – Ende der 1980er reparieren durfte. Noch heute ist *Moog Music Inc.* der führende Anbieter für hochwertige Theremine.

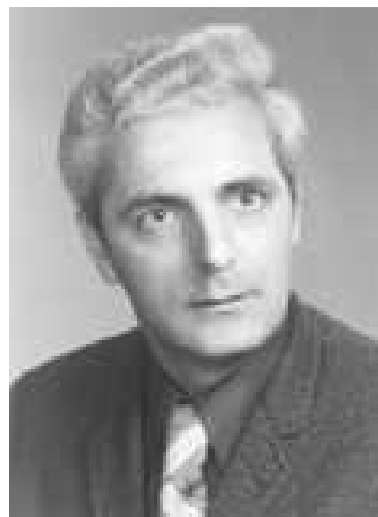
Moogs Theremine wurden jahrelang für die musikalische Untermalung von Science-Fiction-Filmen und Serien verwendet, *Star Trek* und später *Babylon 5* sind nur zwei Beispiele.

Der Synthesizer

Die ersten Entwicklungen von Bauteilen für den späteren Synthesizer machte Moog am *Columbia-Princeton Electronic Music Center*, heute das *Computer Music Center*. Diese waren zum Beispiel der *Volt-kontrollierte Oszillator (VCO)* und der *ADSR-Hüllkurvengenerator*.

Die ersten Synthesizer in den 50er und Anfang der 60er entweder schlecht zu bedienen – zum Beispiel Lochkarten beim *Mark II Music* der im Columbia-Princeton Electronic Music Center stand – oder von enormer Größe. Entscheidend war sicher auch dass Moog Student von Peter Mauzey war, einer der Entwickler des *Mark II Music*. Moog stellte seinen ersten Synthesizer 1964 auf einem Kongress der Audio Engineering Society vor, er war durch

seine kompakte Größe anfangs nur eine Kuriosität. Es dauerte zwar immer noch Stunden ihn zu konfigurieren, aber dies war bis 1968 behoben. In diesen Jahren beschäftigte Moog den Musiker Walter Carlos der 1968 mit dem Album „*Switched-On Bach*“ drei Grammys gewann und damit eine musikalische Revolution lostrat.



Nicht nur deshalb wurde der Moog Synthesizer der am weitesten verbreitete, Moog lieferte als einziger Hersteller auch ein Keyboard als Eingabegerät. Im Bereich der Eingabegeräte setzte er die Standards. Während die ersten Moogs noch modular aufgebaut waren, man also bestimmte Teile des Synthesizers durch andere austauschen konnte, kam 1971 der Minimoog Model D auf den Markt der alle Funktionen in einem kompakten Gehäuse vereinigte. Das Instrument hatte nur 44 Keyboardtasten, dafür aber drei Oszillatoren mit sechs wählbaren Wellenformen, einen Oszillator-Mixer, Regler für Höhenlagen und Modulation. Der dritte Oszillator konnte auch als LFO (Low Frequency Oszillator) verwendet werden. Der Minimoog wurde der beliebteste monophone Synthesizer der 1970er, mehr als 13.000 wurden bis 1982 verkauft und seit 2001 wurden als „Minimoog Voyager“ einige Sondereditionen auf den Markt gebracht.

Unter Moog brachte die Firma 1975 noch den weitverbreiteten und sehr populären *Taurus* auf den Markt. Seine Pedale ähnelten denen einer Orgel und verursachten synthetische Bass-Klänge. 1977 schließlich verließ Robert Moog seine Firma *Moog Music*, die noch bis 1986 Keyboards herstellte.

Die Gründe für die Trennung von Moog Music waren Moogs Desinteresse an wirtschaftlichen Dingen und schon kleinere Fehlschläge konnten für die Firma gefährlich werden. Der Instrumentebauer Norlin kaufte Moog Music und Robert Moog widmete sich bis zum Austritt aus der Firm dem Design von Gitarreneffekten, Verstärker und andere Kleinteile.

Big Briar Productions

Moog zog 1978 nach North Carolina wo er Big Briar Productions gründete die Effektmodule und Bedienelemente für elektronische Instrumente entwickelte und baute. 1982 wurde auf der „International Computer Music Conference“ ein berührungsempfindliches Keyboard vorgestellt. Neben dem Druck auf die Tasten erkannte das Keyboard auch die horizontale Position der spielenden Finger und bot somit neue Möglichkeiten. Anders als die ersten Synthesizer hatten die Entwicklungen von Big Briar aber nicht so große Wirkung auf die Musik, dafür aber waren sie kreativer und visionärer.

Anfang der 1990er Jahre erfuhr ausgerechnet Moogs erstes Produkt, das Theremin, eine Renaissance. Moog entwarf hierauf die *Series 91*, und seine Firma *Big Briar* produzierte sie die nächsten fünf Jahre. Ab 1998 entwarf er eine Serie von analogen Effekt-Modulen namens *Moogerfoogers*. 2002 erhielt Moog die Rechte an den Marken-

Moog Minimoog



Ein Minimoog

zeichen *Minimoog* und *Moog Music* zurück und es folgte der *Minimoog Voyager*, der mit voller MIDI-Unterstützung eine neue Ära einläutete.

Leistungen

Der Hit *Good Vibrations* der Beach Boys wurde mit einem Theremin von Moog eingespielt. Nach Einführung des Minimoog 1970 verbreitete sich der *Sound of the Moog* in allen denkbaren Musikrichtungen von Rock bis Rhythm Blues, von Jazz bis zur Klassik. Einer der ersten Rockmusiker, der den *Moog* als tragendes Instrument einsetzte, war Keith Emerson, Pianist mit klassischer Klavierausbildung, auf den Veröffentlichungen *Lucky Man*, *Tarkus*, *Works Volume 1* und *2* der Supergroup Emerson, Lake and Palmer.

Die Liste der mit *Moog Sound* klingenden Hits ist lang – unter anderen verwendeten Frank Zappa, Stevie Wonder, Jean Michel Jarre, Chick Corea und Kraftwerk sowie gelegentlich auch die Beatles, die Rolling Stones und Grateful Dead *Moog-Synthesizer*. Weltberühmt ist auch *Shine On You Crazy Diamond* von Pink Floyd, die 1975 den Minimoog einsetzten, um den Klang einer Trompete zu imitieren. Der *Taurus* hingegen war berühmt für seinen „fetten“ Bass und wurde von Genesis, Rush, U2, The Police und vielen anderen eingesetzt.

Moog stellte Standards für die Steuerung analoger Synthesizer auf. So entwarf er eine logarithmische Steuerung für die Tonhöhe mit 1V/Oktave und einem separaten Impulssteuersignal.

Nachdem analoge Synthesizer weitgehend von digitalen verdrängt worden waren, erlebten sie in den 2000er Jahren eine Renaissance. *Moog-Music* stellt derzeit neben diversen Effektgeräten den Nachfolger des Minimoog, den *Minimoog Voyager*, sowie Theremins und ein MIDI-Interface für Klaviere her.

Auszeichnungen

Für sein Lebenswerk wurde er schon 1970 mit dem Grammy Trustees Award ausgezeichnet der für Leistungen in der Musik, ausgenommen musikalisches Schaffen, gedacht ist.

2001 erhielt Moog den inoffiziellen „Nobelpreis für Musik“, den Polar Music Prize.

Zitat

Alles, was Töne von sich gibt und mit Schaltern verändert werden kann, ist ein Synthesizer. Ein Instrument, das du einschaltest und spielst, wie das Theremin, ist kein Synthesizer. Aber wenn du dies und das einstellen kannst, hier ein Patchkabel legen kannst, dort ein anderes, und damit den Klang in seiner Qualität in neue Bereiche führst, dann hast du einen Synthesizer. Und da gab es viele Geräte vor meinem. – Robert Moog, der sich mit Bezeichnungen wie „Vater des Synthesizers“ nie recht anfreunden wollte.

Weblinks

- Der Auf- und Abstieg der Firma Moog
http://www.elektropolis.de/ssb_moogstory.htm
- Kurze Biografie von Bob Moog (engl.)
<http://hibp.ecse.rpi.edu/~connor/moog.html>
- <http://www.moogmusic.com/>
- Das Synthmuseum über Moog (engl.)
<http://www.synthmuseum.com/moog/>

Eisenhutblättriger Hahnenfuß

Der **Eisenhutblättriger Hahnenfuß** (*Ranunculus aconitifolius*), auch **Eisenhut-Hahnenfuß**, ist eine Pflanze aus der Familie der Hahnenfußgewächse.

Beschreibung

Die Pflanze wird etwa 20 bis 50(100) cm hoch. Die Blütenstiele sind während des Blühens flaumig und ein- bis dreimal so lang wie das Deckblatt. Der Stängel besitzt gespreizten Äste. Die Laubblätter sind tief (bis zum Spreitengrund) geteilt. Die Mittellappen der Grundblätter sind in ein kurzes Stielchen verschmälert. Die Abschnitte der Stängelblätter sind ziemlich breit und bis zur Spitze gesägt. Die Staubblätter reichen bis zur Höhe der Griffel. Die reifen Nüsschen werden 2-3 mm lang und 2 mm breit.

Blütezeit ist von Mai bis Juli.

Vorkommen

Als Standort werden staudenreiche Wälder, Hochstaudenfluren, Bachränder und Quellfluren besonders über Silikatgestein bevorzugt. Die Pflanze ist in Österreich zerstreut von der montanen bis subalpinen Höhenstufe verbreitet. Sie fehlt in Burgenland und Wien.

Systematik

Ordnung:	Hahnenfußartige (Ranunculales)
Familie:	Hahnenfußgewächse (Ranunculaceae)
Unterfamilie:	Ranunculoideae
Tribus:	Ranunculeae
Gattung:	Hahnenfuß (<i>Ranunculus</i>)
Art:	Eisenhutblättriger Hahnenfuß (<i>R. aconitifolius</i>)

Literatur

- Manfred A. Fischer:
Exkursionsflora von Österreich, Stuttgart 1994, ISBN 3-8001-3461-6



Carl van Vechten

Carl van Vechten (* 17. Juni 1880 in Cedar Rapids, Iowa; † 21. Dezember 1964 in New York) war ein US-amerikanischer Fotograf und Autor. Er war bekannt als Unterstützer der Harlem Renaissance und der Verwalter eines literarischen Nachlasses von Gertrude Stein.

Leben

Sein Studium an der University of Chicago schloss er 1903 ab, drei Jahre danach zog er nach New York City wo er als Journalist arbeitete. Nach einer frühen aber unglücklichen ersten Ehe heiratete er 1914 seine zweite Frau die Schauspielerin Fania Marinoff. Auch wenn er mir ihr bis an sein Lebensende verheiratet war, war er doch homosexuell wie sich herausstellte als man 25 Jahre nach seinem Tod einige unter Verschluss gehaltene Schriftstücke und Fotografien in Augenschein nahm.

Gertrude Stein traf er erstmals 1913 in Paris, sie waren zeitlebens in Kontakt und vor ihrem Tod verfügte sie dass Van Vechten ihren literarischen Nachlass verwalten solle. Er half für die unveröffentlichten Werke einen Verlag zu finden.

Der Schriftsteller

Zwischen 1915 und 1920 erschienen mehrere Bücher mit Essays von Van Vechten, die Themen waren zum Beispiel Musik und Literatur. 1920 erschien sein Buch über Katzen, „The Tiger in The House“. Zwischen 1922 und 1930 wurden sieben Romane veröffentlicht.

Van Vechten interessierte sich sehr für afroamerikanische Schriftsteller und Künstler und unterstützte viele der wichtigen Vertreter der Harlem Renaissance darunter Langston Hughes und Wallace Thurman. Anders als Charlotte Mason pflegte er aber mit seinen Schützlingen weitaus freundschaftlichere Beziehungen.

Sein kontroverser Roman „Nigger Heaven“ erschien 1926, er handelt vom hemmungslosen und obszönen Nachtleben Harlems welches van Vechten mit viel Details schilderte. Vorallem von etablierten Kritikern, schwarz wie weiß, musst van Vechten Kritik einstecken, zB. dass er doe negativen Stereotypen der Afroamerikaner beschreiben würde und der Roman ein „Affront gegen die Gastfreundschaft der Schwarzen und die Intelligenz der Weißen ist“ (W.E.B. DuBois) sei. Dennoch wurde der Roman ein Bestseller der das wilde Leben Harlems in die Wohnzimmer und Lesestuben brachte. Vorallem junge Künstler innerhalb der Harlem Renaissance verteidigten van Vechten



Carl van Vechten - Selbstporträt 1934

Der Großteil der Briefe und Schriftstücke von van Vechten sind heute in der Beinecke Library der Yale University zu finden.

Der Fotograf

Mit der Portrait-Fotografie begann Van Vechten in den 1930ern nach seiner schriftstellerischen Laufbahn. Unter seinen Modellen waren Gertrude Stein, F. Scott Fitzgerald, Bessie Smith und Billie Holiday.

Seine Fotografien sind über die Seiten der Library of Congress frei erhältlich, jedoch ist nicht ganz unumstritten ob die Schenkung an die Allgemeinheit durch Saul Mauriber (Van Vechtens „Photographic Executor“) 1966 die ab 1986 gültig wurde auch rechtmäßig war. Es ist bisher aber auch kein Prozess von Seiten der Erben bekannt.



Gertrude Stein 1935



Der Schauspieler James Stewart



Die beiden mexikanischen Künstler Frieda Kahlo und Diego Rivera

Werke

Bücher

- 1918 *The Music of Spain*
- 1920 *The Tiger in The House*
- 1922 *Peter Whiffle: His Life and Works*
- 1924 *The Tattooed Countess*
- 1926 *Nigger Heaven*
- 1928 *Spider Boy*
- 1922-30 *The Splendid Drunken Twenties: Selections from the Daybooks*
- 1932 *Sacred and Profane Memories* (autobiographisch)

Fotografien

Carl van Vechten hat viele bekannte Persönlichkeiten fotografiert (Auswahl):

- Billie Holiday
- Dizzy Gillespie
- Ella Fitzgerald
- Eugene O'Neill
- Ferenc Molnár
- Frida Kahlo und Diego Rivera
- George Gershwin
- Gertrude Stein
- Hugh Walpole
- Jacob Epstein
- James Stewart
- Langston Hughes
- Man Ray

- Marlon Brando
- Norman Mailer
- Richard Wright
- Salvador Dalí
- Samuel Barber
- Sherwood Anderson
- Sigrid Undset
- Theodore Dreiser
- William Somerset Maugham
- Zora Neale Hurston

Weblinks

- Literatur von und über Carl van Vechten
<http://dispatch.opac.ddb.de/DB=4.1/REL?PPN=119374048> im Katalog der DDB
- Seite der Library of Congress die seine Fotografien besitzt <http://memory.loc.gov/ammem/vohhtml/vohhome.html>
- Die Harlem Renaissance <http://userpage.fu-berlin.de/~wilker/harlem/Schirmherren.htm>

Harlem Renaissance

Die **Harlem Renaissance** (auch *New Negro Movement* genannt) war eine künstlerische Bewegung afroamerikanischer Schriftsteller und Maler zwischen ungefähr 1920 und 1930.

Sie war die erste Blüte afroamerikanischer Kunst, die über vereinzelte Werke hinausging. Ausgelöst wurde die Bewegung, ähnlich wie das Jazz-Zeitalter, durch die massenhafte Abwanderung schwarzer US-Amerikaner aus den Südstaaten in Richtung Norden. Im New Yorker Stadtteil Harlem hatte der Afro-Amerikaner Philip Payton ab 1904 den Immobilienmarkt zu großen Teilen übernommen. Seit dieser Zeit - und besonders in den 1920er Jahren - wurde Harlem zum Synonym für afroamerikanische Kultur, da dort die schwarze Mittelklasse lebte.

Wesentlichen Einfluss auf die Bewegung hatte die von Alan LeRoy Locke herausgegebene Anthologie *The New Negro* (1925), in der der Philosoph und Kritiker Locke Prosa, Lyrik, Theaterstücke und Essays einer neuen Generation afroamerikanischer Autoren versammelte. In seinem Vorwort bezeichnete Locke die Abwanderung aus den Südstaaten in den Norden als "eine Art geistiger Befreiung", durch die afroamerikanische Kunst erstmals eine eigene Identität entwickeln konnte - jenseits der weißen Vorbilder. In der Kunst der Harlem Renaissance spielen so auch afrikanische Überlieferungen, afroamerikanische Traditionen, sowie Gospel und Jazz eine große Rolle. Auch weiße Autoren, allen voran der Journalist und Fotograf Carl van Vechten, förderten die Bewegung - und wurden von ihr beeinflusst.

Autoren

- Arna Bontemps
- Sterling A. Brown
- Countee Cullen

- Jessie Redmon Fauset
- Langston Hughes
- Zora Neale Hurston
- James Weldon Johnson
- Claude McKay
- Jean Toomer

Maler

- Palmer Hayden
- William H. Johnson
- Lois Mailou Jones

Weblinks

- http://www.nku.edu/~diesmanj/harlem_intro.html (englisch)
- <http://userpage.fu-berlin.de/~wilker/harlem/Anfang.htm> Die Harlem Renaissance - Umfangreiche Site eines Nordamerikanistik-Studenten an der FU Berlin

Autoren gesucht

Gerade einmal zu zwei Vertretern der Harlem Renaissance gibt es in der Wikipedia einen Artikel. Ein Umstand der sehr schade ist, vorallem wenn man bedenkt dass es zumindest zu jedem ein Poiträt (von van Vechten) geben sollte.

Ein Einstieg für Wikipedia-Autoren:
http://de.wikipedia.org/wiki/Harlem_Renaissance

Very Large Array

Das **Very Large Array** (VLA) ist ein Interferometer für astronomische Beobachtungen im Radiobereich, auch als Very Large Telescope bezeichnet. Die Anlage befindet sich auf der Ebene von San Agustin zwischen den Städten Magdalena und Datil in New Mexico in den Vereinigten Staaten, etwa 80 Kilometer westlich von Socorro. Das Teleskop befindet sich auf 2124 m ü. NN und ist Teil der amerikanischen *National Radio Astronomy Observatory*.

Aufbau

Das VLA besteht aus 27 einzelnen Radioteleskopen von 25 Metern Durchmesser und einem Gewicht von 230 Tonnen, die auf verschiedenen Stationen entlang Y-förmig angeordneter Schienen platziert werden können. Nach dem Prinzip des Interferometers erreicht es in seiner größten Ausdehnung die Winkelauflösung eines Teleskops von 36 km Durchmesser. Das VLA ist das zur Zeit empfindlichste Radiointerferometer für den Zentimeterwellenbereich und arbeitet bei Wellenlängen von 0,7-400 cm (Frequenz 0,75 bis 43 GHz). Die beste Winkelauflösung beträgt 0,05 Bogensekunden.



USGS-Luftaufnahme des zentralen Bereichs des VLA aus einer Höhe von 1.700 m

Üblicherweise werden vier verschiedene Einstellungen der Teleskope verwendet. Die bezeichnet man mit den Buchstaben A für die größte Einstellung bis D, wenn alle Schüsseln auf 600 m zusammengezogen werden. Die verschiedenen Einstellungen werden in regelmäßigen Abständen durchlaufen.

Das VLA dient auch als Kontrollzentrum für das Very Long Baseline Array (VLBA), ein Very Long Baseline Interferometry-Array mit insgesamt zehn 25-Meter-Teleskopen die zwischen Hawaii im Westen und den Jungferninseln im Osten angeordnet sind. Dadurch entsteht das größte astronomische Instrument der Welt.

Geschichte

Das VLA wurde in den 1970ern in der Ebene von San Agustin etwa 80 km westlich von Socorro, New Mexico,



Detailansicht der Konstruktion (Foto: Keith Stanley)



Das VLA in New Mexico (Foto: 3x Hajor)

USA nach einem Beschluss des US-Kongress im August 1972 errichtet. Die erste Antenne wurde im September 1975 installiert. Die Anlage wurde schließlich 1980 nach Gesamtausgaben von 78.5 Millionen USD eröffnet und wird vom amerikanischen National Radio Astronomy Observatory (NRAO) betrieben.



Bei Windstille können die einzelnen Teleskope auf Schienen in die Reperaturhalle gefahren werden. (Foto: Daniel Schwen)

Eine technologische Weiterentwicklung zum 'Expanded' VLA (EVLA) ist im Gang. Dadurch könnte die Empfindlichkeit der Instrumente, der Frequenzbereich und das Auflösungsvermögen weiter erhöht werden. Der Vorschlag sieht vor, weitere Anlagen in San Agustin zu installieren und bis zu 8 weitere Teleskope in bis zu 300 km Entfernung aufzustellen und durch Glasfaserleitungen zu verbinden.

Literatur und Film

Das VLA spielt eine wichtige Rolle im 1985 erschienenen Roman *Contact* (Roman) von Carl Sagan, obwohl es darin um ein Vielfaches größer dargestellt (131 Teleskope) und in *Argus Array* umbenannt wird. In der Hollywood-Verfilmung *Contact* von 1997 wurden viele der Außenaufnahmen am Gelände des VLA gedreht. Die Anzahl der sichtbaren Teleskope wurde dabei durch Computertechnik erhöht und der im Film gezeigte nahe Canyon ist in Wirklichkeit Chelly Canyon im benachbarten Arizona.

Besucher

Die Anlage ist das ganze Jahr tagsüber für Besucher geöffnet. Ein Besucherzentrum, ein Museum und ein Andenken-geschäft sowie eine Wanderung werden angeboten.

Weblinks

Homepage des VLA <http://www.vla.nrao.edu> (Englisch)

Hugo Chávez

Hugo Rafael Chávez Frías (* 28. Juli 1954 in Sabaneta, Bundesstaat Barinas, Venezuela) ist seit 1999 venezolanischer Staatspräsident. Chávez wurde als Sohn des Dorfschullehrers Hugo de los Reyes Chávez und seiner Frau Elena Frías de Chávez geboren, er war zweimal verheiratet und hat fünf Kinder (Rosa, Virginia, María Gabriela, Hugo Rafael und Rosiné).

Hintergrund

Geschichtlicher Abriss

1958 wurde der Diktator Marcos Pérez Jiménez von der sozialdemokratischen *Acción Democrática* (AD) und der Kommunistischen Partei gestürzt. Nach dem Sturz verbündete sich die AD jedoch mit der christdemokratischen COPEI und vereinbarte mit dieser im Punto-Fijo-Abkommen eine regelrechte Aufteilung der Herrschaft über Venezuela. Die so isolierte Kommunistische Partei eröffnete zwar einen Guerillakrieg, wurde aber entweder von der Allianz assimiliert oder militärisch zerschlagen. Bis in die neunziger Jahre waren so die herrschenden Parteien entweder die *Acción Democrática* oder die COPEI, sie stellten auch die Präsidenten.

Nach der Ölkrise von 1973 stiegen in der ersten Amtszeit von Carlos Andrés Pérez (1974 bis 1979) die Einkünfte des Landes aus dem Erdöllexport so rapide, dass das Land eines der wohlhabendsten Länder Südamerikas wurde, „[...] durch den Verkauf von Erdöl hat Venezuela von 1973 bis 1983 rund 240 Milliarden US-Dollar eingenommen“ (Arturo Uslar Pietri); die damit einhergehende Verteilungspolitik führte zu einer für lateinamerikanische Verhältnisse außerordentlich hohen politischen Stabilität des Landes. Mit dem eklatanten Verfall des Ölpreises seit 1983 brachen diese Einkünfte jedoch weg. Da es keine Investitionen in andere Wirtschaftszweige gegeben hatte, die die drastisch sinkenden Erdöleinnahmen zu kompensieren vermochten, führte dies, gemeinsam mit den immer höher werdenden Auslandsschulden (1993 etwa 35 Milliarden Dollar) zu einer anhaltenden Wirtschaftskrise.

Der in der zweiten Amtszeit Carlos Andrés Pérez' (1989–1993) als Folge von Weisungen des Internationalen Währungsfonds begonnene neoliberale Wirtschaftskurs führte ab dem 27. Februar 1989, ausgelöst durch eine Preiserhöhung im öffentlichen Verkehr, zum sogenannten *Caracazo*. Von den *Barríos*, den Slums der Hauptstadt, ausgehend, kam es über mehrere Tage zu schweren Aufständen und Plünderungen der wohlhabenderen Viertel. Die Regierung Pérez ließ die Aufstände gewaltsam niederschlagen, zwischen 400 und 5000 Menschen kamen dabei ums Leben. Nach zwei Putschversuchen im Jahre 1992, einem am 4. Februar durch Hugo Chávez und einem am 27. November, sowie 1993 einem Jahr mit volkswirtschaftlichem Minuswachstum und der schlussendlichen Absetzung des Präsidenten durch den Obersten Gerichtshof wegen Veruntreuung und Korruption, wurde Rafael Caldera 1994 Präsident. Bis 1998 gelang ihm zwar die politische Stabilisierung, der Wirtschaftskrise wurde aber auch er nicht Herr. (So lag bei seinem Amtsantritt 1994 die Inflationsrate bei 71 %, es gab eine schwere Währungskrise und einen Zusammenbruch des Bankensystems.)

Bolivarismus und die Bolivarischen Zirkel

Chávez war bereits seit seiner Jugend ein begeisterter Anhänger des südamerikanischen Freiheitshelden Simón



Hugo Chavez 2003 in Porto Alegre, Brasilien (Foto: Victor Soares/ABr)

Bolívar. Auch die spätere Gründung seiner Bewegung, der MBR-200, fand bewusst am 24. Juli 1983, dem 200. Geburtstag Simón Bolívars statt. Während seiner Studienzeit entwickelte Chávez im Laufe mehrerer Jahre gemeinsam mit anderen Offizieren eine linksnationalistische Doktrin namens *Bolivarismus*. Diese orientierte sich zwar hauptsächlich an Bolívar, war aber stark beeinflusst von den Schriften des marxistischen Historikers Federico Brito Figueroa, denen Chávez im Studium begegnet war, integrierte aber auch Einflüsse aus der südamerikanischen Tradition des linken Populismus, z. B. Fidel Castros, Che Guevaras oder Salvador Allendes. Diese Auffassungen wurden maßgeblich für sein späteres politisches Handeln.

Die zentralen Punkte des **Bolivarismus** sind:

- nationale Unabhängigkeit
- politische Beteiligung der Bevölkerung durch Volksentscheide und Referenden
- ökonomische Eigenständigkeit
- eine Ethik des Dienstes am Volk
- gerechte Verteilung der umfangreichen Erdöleinnahmen
- Bekämpfung von Korruption

Seine Politik wird auch als „Bolivarische Revolution“ bezeichnet. Da sich Chávez' Politik stark auf die Unterstützung durch die Bevölkerung stützt und die Integration basisdemokratischer Elemente in die Politik ein wesentlicher Zug des Bolivarismus ist, rief er 2000 zur Gründung der sogenannten Bolivarischen Zirkel auf und ermächtigte den Vizepräsidenten Diosdado Cabello, diese Gründungen finanziell zu unterstützen. Diese dezentral auf Stadtteil- und Blockebene organisierten und trotz ihres Ursprungs autonomen Zirkel sollten eigentlich die bolivariistischen Ideen in die Bevölkerung tragen und ein Forum zur praktischen Mitarbeit bilden. Anders aber als z. B. Nachbarkomitees waren sie in ihrer Kompetenz nicht auf lokale Politik beschränkt, sondern äußerten sich auch zu gesamtpolitischen Fragen. Die je nach Quelle zwischen 60.000 und 2,3 Millionen Anhänger starke Bewegung wurde allerdings aus Oppositionskreisen auch der Anwendung von Gewalt und sogar politischer Morde beschuldigt. Die Bolivarischen Zirkel sind nicht auf Venezuela beschränkt; es existieren auch im Ausland Unterstützergruppen, im deutschsprachigen Raum zum Beispiel in Wien, Tübingen oder Bielefeld.

Der Konflikt zwischen Chávez und der Opposition

Chávez ist eine heftig umstrittene Persönlichkeit. Seine Anhänger erklären, er sei ein Verteidiger der Armen, ein Revolutionär, der die Macht der Reichen zerstören und den Reichtum Venezuelas gleichmäßiger verteilen wolle. Seine Gegner wiederum behaupten, Chávez habe seine Revolution ausgenutzt, um das Missmanagement zu

rechtfertigen - mit dem Ergebnis, dass die Korruption noch wesentlich zugenommen habe.

Wie erwähnt, wurde Venezuela 40 Jahre lang wechselnd von zwei Parteien, der *Acción Democrática* und der konservativen *COPEI*, beherrscht. Dabei entwickelte sich, gefördert vor allem durch den rapiden Anstieg des Ölpreises seit der Ölkrise 1973, zunehmend eine dünne Oberschicht mit kleptokratischer und oligarchischer Struktur, die fast alle gesellschaftlichen Institutionen dominierte. Der Wahlsieg von Chávez' Bewegung 1998 bedeutete somit ihre Vertreibung aus der Regierung, die Eigentumsverhältnisse blieben aber (bisher) weitgehend unangetastet. Während die Chávez-Regierung zwar die Regierungsmacht in der Hand hat, zeigt sich häufig der gebliebene Einfluss der - sich vor allem aus den wohlhabenden Schichten der Gesellschaft rekrutierenden - "alten" Eliten in Wirtschaft, Verwaltung, Polizei und Militär (auch wenn sich die Situation für die Chávez-Regierung stabilisiert hat). Insbesondere die Medien befinden sich fast komplett in den Händen der Opposition und spielen eine wesentliche Rolle im Konflikt mit dieser. Die Macht der Medien zeigte sich besonders im Putsch gegen Hugo Chávez im Jahr 2002.

Chávez, der seit 1999 Staatspräsident ist, hat es mit einer sehr starken Opposition zu tun, die nicht nur die gegnerischen Parteien, sondern strukturell und personell unverändert gebliebene gesellschaftliche Machtgruppen wie Unternehmensverbände, einige Gewerkschaften, fast alle Massenmedien und die Kirchen einschließt. Hinter Chávez hingegen stehen wesentliche Teile des Militärs sowie der Bevölkerung. Raul Zelik vergleicht Chávez' Situation mit der der Regierung von Salvador Allende 1972 und zitiert dazu die italienische Publizistin Rossana Rossandra, nach der „ihr größtes Problem sei, dass sie zwar an der Regierung, aber nicht an der Macht sei.“ Auf eine akute innenpolitische existenzielle Bedrohung der Regierung Chavez darf daraus aber nicht geschlossen werden.

Seit Chávez' Amtsantritt hat die oppositionelle Allianz auf verschiedensten Wegen versucht, Chávez zu stürzen, per Amtsenthebungsverfahren 2000, durch einen Putsch 2002, zwei Generalstreiks 2002 und 2003 sowie durch ein Referendum zur Amtsenthebung 2004. Chávez wiederum hat im Gegenzug vielfach versucht, die Allianz zu schwächen, zu zerschlagen oder zu spalten, und hat dabei auch nicht vor gelegentlich drastischen Mitteln zurückgeschreckt. So ließ er ein Referendum über eine personelle Reorganisation der Gewerkschaften durchführen oder wehrte sich gegen eine Anti-Chávez-Kampagne der privaten, in konservativer Hand befindlichen Fernsehsender mit einem Gesetz, das Medien auf „Wahrheitsgemäßheit“ verpflichtete.

Chávez und die USA

Wie kaum ein anderes Land Lateinamerikas mit Ausnahme Panamas war Venezuela seit den 1930er Jahren an die USA gebunden, für die die venezolanischen Ölreserven von strategischer Bedeutung sind. Chávez' Politik, die sich an Simón Bolívar und seiner Betonung der nationalen Unabhängigkeit orientierte, kollidierte mit der amerikanischen Monroe-Doktrin, die Mittel- und Südamerika als „Hinterhof der USA“ definiert und schon mehrfach als Rechtfertigung massiver Interventionen in Südamerika diente, zum Beispiel in Chile, Kuba, Panama und Nicaragua; dementsprechend stand Chávez seit Beginn seiner Amtszeit unter starkem Druck der USA. Insbesondere als der Umbau der Ölindustrie nicht nur die einheimische Oberschicht einiger Pfründe beraubte, sondern vor allem die amerikanischen Ölgesellschaften Privilegien verloren und finanziell stärker belastet wurden, zog Chávez die Feindschaft der USA auf sich. Verstärkt wurde das auch durch die Revitalisierung der OPEC auf Betreiben Venezuelas, die das Ziel hatte, den Ölpreis wieder zu stärken; eine Notwendigkeit für das Land, das seit dem Kollaps des Ölmarktes 1983 unter einer schweren Wirtschaftskrise litt. Eine Verdoppelung des Ölpreises auf 20 US-Dollar pro Barrel war die Folge. Die enge Freundschaft Chávez' mit Fidel Castro steigerte die Antipathie der Vereinigten Staaten noch zusätzlich.

Die USA unterstützen die Oppositionsparteien seitdem sowohl materiell und logistisch als auch organisatorisch. Während des Putsches wurden beispielsweise Teile der Funkkommunikation der Putschisten über Schiffe der US Navy abgewickelt, die vor der venezolanischen Küste lagen, außerdem finanzierte die Regierung von Präsident George W. Bush die venezolanische Opposition weiter umfangreich durch die Behörde *National Endowment for Democracy*, allein im Putschjahr 2002 flossen von ihr 877.000 Dollar an die Opposition.

Mitglieder der amerikanischen Regierung beschuldigten Chávez wiederholt der Begünstigung des internationalen Terrorismus, insbesondere der kolumbianischen Guerillagruppe FARC. Auch Querverbindungen zu Al-Qaida wurden behauptet. Keine dieser Behauptungen aber konnte bisher bewiesen werden. Es wurden dadurch Vermutungen laut, dass es in solchen Erklärungen darum gehe, „Venezuela medial für die Einreihung in die Achse des Bösen vorzubereiten“, eine von Präsident George W. Bush als Gegner der freien Welt benannte Gruppe dreier Staaten, die Iran, Irak und Nordkorea umfasste.

Im Oktober und November 2003 veröffentlichten venezolanische Parlamentsabgeordnete Material, das die Vorbereitungen eines erneuten Putsches rechter Kreise Venezuelas in Zusammenarbeit mit der CIA nahelegte.



Der brasilianische Präsident (links) und Chavez (rechts) mit Mitglieder ihrer Regierungen bei Verhandlungen am 14. Februar 2005 (Foto: Ana Nascimento/ABr)

Diesbezüglich bestätigten die USA zwar die militärische Ausbildung oppositioneller Kräfte, dementierte aber jede direkte Beteiligung der CIA.

Wegen seiner Unterstützung des Umsturzes gegen den demokratisch gewählten haitianischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide nannte Chávez den amerikanischen Präsidenten George W. Bush im Februar 2004 einen „pendejo“. Der Begriff ist eine schwere Beleidigung und bedeutet im venezolanischen Spanisch soviel wie "Idiot" oder "Arschloch".

Präsident Hugo Chavez hatte am 18. März 2004 zudem gedroht, dass eine gewaltsame Entfernung von ihm aus dem Amt einen Anstieg des Ölpreises auf über 50 US-Dollar zur Folge haben wird. Dies sagte er gegenüber US-Offiziellen und inländischen Oppositionellen vor dem Hintergrund eines möglichen Referendums im Zuge seiner Wahl. In einem Interview mit der "New York Times" hatte Chavez die USA zudem davor gewarnt, sich weiter in die inneren Angelegenheiten von Venezuela einzumischen. Dies könnte für die USA gefährliche Folgen haben. Die USA beziehen aktuell rund 15% ihres Öls aus Venezuela. Chavez hatte wiederholt damit gedroht, dass er im Fall einer Invasion oder Blockade die Öllieferungen an die USA einstellen werde. Einige Beobachter sehen diese 'Bedrohung' durch die USA als Instrument der innenpolitischen Meinungsmache.

Im August 2005 verschärfte sich der Tonfall, als der bekannte ultrakonservative Fernseh-Prediger und ehemalige Präsidentschaftskandidat Pat Robertson öffentlich zum Mord an Chávez aufrief. "Wir haben die Fähigkeit, ihn auszuschalten und ich glaube die Zeit ist gekommen, dass wir diese Fähigkeit nutzen", so Robertson über den "gefährlichen Feind" der USA. Nach einem Sturm der Entrüstung in den Medien reagierte die US-Administration: Ein Aussenamtssprecher ließ verlauten, sie teilten nicht die Meinung Robertsons und halten sie für unüberlegt. Donald Rumsfeld verwehrte gegen "jede Unterstellung", die USA wollten sich in Angelegenheiten Venezuelas einmischen, seine Abteilung "tut so etwas nicht".

Chávez als Symbolfigur

Wohl kaum ein lateinamerikanischer Politiker seit dem Tod von Salvador Allende hat so starken Widerhall in der internationalen Politik gefunden wie Hugo Chávez. In Lateinamerika gilt er vielen als undogmatischer Modernisierer linksdemokratischer Ideen. Er wird aber vom bürgerlich-konservativen Lager ebenso verabscheut wie von der Unterschicht geliebt. Auch international setzt sich diese Spaltung fort, Michael Lingenthal zum Beispiel, Landesbeauftragter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Venezuela, betitelte im Mai 2003 einen Bericht „Ein Land am Abgrund – Venezuela im Würgegriff seines Präsidenten“

http://www.kas.de/db_files/dokumente/einblicke/7_dokument_dok_pdf_1868_1.pdf, wohingegen sich Chavez' Politik bei der westlichen Linken, als Gegenkonzept zum Neoliberalismus, einiger Unterstützung erfreut (siehe http://www.zmag.org/venezuela_watch.htm).

Politische Biografie

Armeezeit

Chávez trat mit 17 Jahren in die venezolanische Armee ein, war unter anderem als Fallschirmspringer aktiv und absolvierte später ein Studium der Sozialwissenschaften auf der Militärakademie in Caracas. 1990 schloss er dort einen weiteren Studiengang in Politikwissenschaft an der Universität Simón Bolívar ab.

Am 24. Juli 1983 gründete Chávez das Movimiento Bolivariano Revolucionario 200 (Revolutionäre Bolivarianische Bewegung 200), abgekürzt **MBR-200**, eine linksnationalistische paramilitärische Widerstandsbewegung mit Zellenstruktur im Grenzgebiet zu Kolumbien, die er bis Mitte der 90er Jahre führte. Zu dieser Zeit wies Chávez noch jede Beteiligung an Wahlen von sich. Seine bis heute guten Beziehungen zu Fidel Castro rühren aus dieser Zeit.

Vom Putschisten zum Parteiführer

Als der sozialdemokratische Präsident Carlos Andrés Pérez ein rigoroses Sparprogramm einleitete, das besonders die armen Schichten hart traf, führte Chávez am 4. Februar 1992 einen Putsch der MBR-200 gegen die Regierung an, der nach 12 Stunden scheiterte. Chávez erhielt jedoch die Möglichkeit, sich über das Fernsehen mit einer Rede an die Bevölkerung zu wenden. Nach zwei Jahren im Gefängnis wurde er von Präsident Rafael Caldera begnadigt. Er galt aufgrund seiner Ansprache nach Ende des Putsches weiterhin als politisch ernst zu nehmende Persönlichkeit und organisierte nach seiner Haftentlassung eine eigene Partei, die MVR, *Movimiento V [Quinta] Republica* („Bewegung für eine Fünfte Republik“).

Die erste Präsidentschaft

Chávez gewann die Präsidentschaftswahlen am 6. Dezember 1998 mittels einer Antikorruptions- und Antiarmutskampagne mit einem Stimmenanteil von 56%, der größten Mehrheit in Venezuela seit vier Jahrzehnten. Die beiden etablierten Parteien, denen er Vetternwirtschaft, Kleptokratie und Korruption vorwarf, erlitten dabei massive Stimmenverluste und erhielten nurmehr 9% Zustimmung. Paradoxerweise lud er zu seiner Vereidigung am 2. Februar 1999 den letzten Diktator Venezuelas, General Marcos Pérez Jiménez, ein, was Irritationen hervorrief.

Bereits kurz nach Amtsantritt 1999 ließ sich Chávez vom Parlament eine Reihe von Sondervollmachten vor allem im Bereich der Wirtschaft einräumen, um den verschuldeten Staatshaushalt zu sanieren und die Armut zu bekämpfen. Im April 1999 veranlasste Chávez ein Referendum, das ihm die Zustimmung zur Erarbeitung einer neuen Verfassung gab. Auf deren Grundlage sollte das gesamte System reformiert werden. In der verfassungsgebenden Versammlung *Asamblea Nacional Constituyente*, die daraufhin gewählt wurde, erhielt Chávez' MVR über 90% der Mandate. Am 12. August 1999 rief die *Constituyente* per Dekret den Notstand aus und übertrug sich die Vollmacht, in die Arbeit sämtlicher staatlicher Organe einzugreifen und sie gegebenenfalls auch aufzulösen. Eine Woche später verhängte sie den Ausnahmezustand über die gesamte Justiz, wenig später entmachtete sie auch das Parlament. Im Ausland wurde dies als *schleichender Staatsstreich* kommentiert.

Am 14. November 1999 ließ Chávez die seit 1961 geltende Verfassung per Volksentscheid durch eine neue ersetzen. Die Etablierung dieser neuen Verfassung wird vielfach als Chávez bisher bedeutendste politische Leistung erachtet. Sie erweitert zwar auch die Machtbefugnisse des Präsidenten, führt aber darüberhinaus beträchtliche basisdemokratische Elemente in die venezolanische Politik ein, verbietet jedwede Privatisierung der staatlichen Ölressourcen, gibt Armeeangehörigen erstmals das Wahlrecht und gesteht der indigenen Bevölkerung 54% des Landes zu. Aufgrund der Erneuerung der Verfassung ließ Chávez für 2000 Neuwahlen ansetzen, diese bestätigten Chavez im Amt bis 2006.

Die zweite Präsidentschaft

Am 30. Juli 2000 wurde Chávez mit fast 60% der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. Aus den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen ging Chávez' MVR mit 99 von insgesamt 165 Mandaten als absolut stärkste Kraft hervor, und auch die Gouverneurswahlen erbrachten eine Mehrheit für den MVR. Durch die absolute Mehrheit im Parlament erließ Chávez immer mehr Dekrete, die seine Macht stärkten, was zunehmend im In- und Ausland, vor allem aber in den USA, auf Kritik stieß.

Im Dezember 2000 ließ Chávez ein äußerst umstrittenes Referendum über die Neuorganisation der Gewerkschaften durchführen; zur Entscheidung stand sein Plan, innerhalb eines halben Jahres alle führenden Funktionäre der Gewerkschaften ihrer Ämter zu entheben und die Gewerkschaftsmitglieder ihre Führungspersonen neu wählen zu lassen. Damit hoffte er, sich der alten der Opposition eng verbundenen Führungsriege zu entledigen. In diesem Referendum entfielen etwa zwei Drittel der Stimmen auf Chávez' Antrag. Daraufhin beantragte die größte Oppositions- und ehemalige Regierungspartei des Landes, die *Acción Democrática* (AD), ein Amtenthebungsverfahren, das jedoch scheiterte.

Der Putsch

Einen neuen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung zwischen Chávez und großen Teilen der venezolanischen Gesellschaft Anfang 2002, nachdem Chávez im Februar 2002 die Führungsriege des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA durch neue, regierungstreue Manager austauschte. Dieser Angriff auf den oligarchischen Kern der Wirtschaft, zusammen mit der weiterhin andauernden wirtschaftlichen und sozialen Krise, veranlasste einen Verbund aus Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, katholischer Kirche, der vorherigen Regierungspartei und privaten Fernsehsendern Venezuelas am 9. April 2002 zum Generalstreik, mit dem sie den Rücktritt von Chávez erzwingen wollten. Am dritten Streiktag schlugen die Massenproteste in Unruhen um, bei denen in Folge eines massiven Polizeieinsatzes über ein Dutzend Demonstranten getötet und Hunderte verletzt wurden. Da die Polizei dem Bürgermeister von Caracas untersteht, zu der Zeit dem offen antichavezistischen Alfredo Peña, und zahlreiche Beweise die Verwicklung der Stadtpolizei in den Putsch belegen <http://www.narconews.com/Issue26/article541.html>, gilt als wahrscheinlich, dass Peña Teil der Putschisten war. Einige Teile des Militärs traten auf die Seite der Gewerkschaften und Unternehmer über und nahmen Chávez am 12. April 2002 in Haft. Noch am selben Tag ließ sich Pedro Carmona als Übergangspräsident vereidigen. Dieser löste als seine erste Amtshandlung das Parlament und das Oberste Gericht auf, was national wie international auf scharfe Kritik stieß. Der Staatsstreich löste Massenproteste bei weiten Teilen der Bevölkerung aus, die zu dieser Zeit fest hinter Chávez standen. Während der Siegesfeier setzte die Garde des Präsidentenpalastes die Putschisten fest und verhaftete sie, nur Carmona gelang die Flucht. Am 15. April 2002 wurde Chávez aus der Militärhaft befreit und wieder ins Präsidentenamt eingesetzt.

Überraschend erklärte der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos Ende November 2004 bei einem Besuch von Chávez, dass Spanien unter José María Aznar den Putschversuch unterstützt habe. Er bezeichnete dies als ein "Vorgehen [...], das sich nicht wiederholen dürfe" und versicherte, dass Spanien "künftig die Demokratie in Lateinamerika unterstützen" wolle.



Néstor Kirchner und Hugo Chávez 2004

Der Streik

Aus verschiedenen Gründen kam es in der Folgezeit immer wieder zu Protesten und Streiks. Am 2. Dezember 2002 riefen einige Gewerkschaftsverbände und die Unternehmerverbände erneut einen Generalstreik aus, der zunächst mehrmals um jeweils einen Tag verlängert und schließlich für unbefristet erklärt wurde. Die zentrale Forderung der Streikenden war der Rücktritt des Präsidenten. Chávez lehnte jedoch seinen Rücktritt ab, was zur Folge hatte, dass sich der Streik über zwei Monate hinzog und dadurch für den Staat Verluste von circa 4 Milliarden Euro entstanden. Mehrere zehntausend Menschen verloren in Folge ihre Arbeit. Auf Initiative des neuen brasilianischen Präsidenten Lula da Silva bildete sich eine Gruppe der *Freunde Venezuelas*, bestehend aus Brasilien, Chile, Mexiko, den USA, Spanien und Portugal, daneben schaltete sich auch der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter in die Vermittlungen zwischen Chávez und der Opposition ein. Carter unterbreitete zwei Vorschläge: Eine Verfassungsänderung, die Chávez' Amtszeit von sechs auf vier Jahre verkürzt hätte, oder eine Volksabstimmung zur Halbzeit von Chávez' Amtszeit über dessen Verbleib im Präsidentenamt, die am 19. August 2003 hätte stattfinden sollen. Beide Parteien konnten sich jedoch nicht auf einen Vorschlag einigen; dennoch gab die Opposition auf internationalen Druck am 3. Februar 2003 ihren Streik auf.

Das Referendum

Am 3. Juni 2004 gab der Präsident des Nationalen Wahlrats, Francisco Carrasquero bekannt, dass von 3,4 Millionen von der Opposition für ein Referendum gegen Chávez gesammelten Stimmen 2,54 Millionen anerkannt würden und so das Referendum mit knapp 15.738 Stimmen Überschuss zugelassen würde. Diesem musste sich Chávez am 15. August 2004, vier Tage vor Beendigung des vierten Jahres seiner sechsjährigen Amtszeit, stellen. Um Chávez des Amtes zu entheben, benötigte die Opposition in einer Volksabstimmung allerdings mehr als die 3,7 Millionen Stimmen, die der Politiker bei seiner Wiederwahl für eine zweite Amtszeit 2000 erhielt.

Endgültiges Ergebnis Referendum 2004

	Stimmzahl	Prozent
Zugelassene Wähler	14.027.607	
Wahlbeteiligung	9.815.631	69,98%
Gültige Stimmen	9.789.637	
Ungültige Stimmen	25.994	
JA-Stimmen	3.989.008	40,74%
NEIN-Stimmen	5.800.629	59,25%

Gemäß den Verlautbarungen der Wahlkommission hatte das Referendum, das eine extrem hohe Wahlbeteiligung in Höhe von etwa 70 Prozent aufwies, (zweimal wurde die Schließung der Wahllokale am Wahltag verschoben), nicht zur Ablösung der Regierung geführt. Laut dem Endergebnis votierten 59,25 Prozent gegen Chavez' Amtsenthebung und 40,74 Prozent dafür.

Internationale Wahlbeobachter bescheinigten der Wahl entgegen bereits vorab geäußerten Befürchtungen der Opposition über einen möglichen Wahlbetrug einen einwandfreien Verlauf, der amerikanische Ex-Präsident Jimmy Carter nannte sie „eine Übung in Sachen Demokratie“. Als zentraler Faktor für Chavez' Erfolg galt die wirtschaftliche Erholung des Landes. Insbesondere durch den Anstieg des Ölpreises war die venezolanische Wirtschaft im ersten Quartal 2004 um 30 Prozent gewachsen, auch für das zweite Quartal wurde ein Wachstum von zwölf bis 14 Prozent erwartet, dies stärkte Chávez' Position. Ein weiterer Faktor für die Niederlage war auch die äußerst schwache Mobilisierung der Opposition, deren innere Gespaltenheit einen ungünstigen Eindruck auf die Wähler gemacht haben dürfte.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Ergebnisses kam es in Caracas zu teilweise gewaltsamen Demonstrationen von Anti-Chavisten, die das Ergebnis inakzeptabel fanden und weiterhin von einem Wahlbetrug ausgehen. Dabei fielen mehrere Schüsse und eine Frau wurde tödlich verletzt. Von welcher Seite die Schüsse fielen, ist nicht geklärt.

Aktuelles

Bei einem Besuch in Libyen am 22. November 2004 erhält Chávez von Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi den Gaddafi-Menschenrechtspreis für seinen Einsatz für die Armen in Venezuela.

Chávez' Rede auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2005 sorgte für viel Aufsehen. Er bekannte in dieser Rede, dass er den Sozialismus für die richtige Lösung hält, und lobte besonders den brasilianischen Präsidenten Lula.

Pat Robertson, ein US-amerikanischer Fernsehprediger, forderte im August 2005 die Ermordung von Chavez, da Venezuela unter seiner Führung eine Plattform für kommunistische Infiltration und islamistischen Extremismus in Südamerika darstelle <http://www.cnn.com/2005/US/08/23/robertson.chavez/index.html>. Robertson entschuldigte sich einen Tag später für diesen Aufruf.

Dokumentation

Tageszeitungen

- „Bush Officials Met With Venezuelans Who Ousted Leader“, New York Times, 16. April 2002
- „U.S. Cautioned Leader of Plot Against Chávez“, New York Times, 17. April 2002
- „American Navy helped Venezuelan coup“, The Guardian, 30. April 2002
- „Zapatero anuncia que Moratinos explicará al Parlamento su acusación contra Aznar“, El País, 23. November 2004

Periodika

- „Die vielen Gesichter des Hugo Chávez“, Schwerpunkt- und Titelthema der Lateinamerika Nachrichten, Heft 318 vom Dezember 2000, ISSN 0174-6342
- Arturo Uslar Pietri, „Venezuela für Chavez und gegen Korruption“, in: Le Monde diplomatique Nr. 5709 11. Dezember 1998, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/1998/12/11/a0439.text.name,askZouVc5.n,30>

Weitere Lesetipps finden sich in der Online-Ausgabe.

Bücher

- Richard Gott: „In The Shadow of The Liberator: Hugo Chavez and the Transformation of Venezuela“. London 2000. ISBN 1-85984-775-7
- André Scheer: „Kampf um Venezuela – Hugo Chávez und die Bolivarianische Revolution“, Essen 2004, ISBN 3910080499
- Raul Zelik, Sabine Bitter, Helmut Weber: „Made in Venezuela – Notizen zur Bolivarianischen Revolution“, Berlin 2004, ISBN 3935936281
- Hugo Chávez, David Deutschmann, Javier Salado (Hrsg.): „Chávez: Venezuela and the New Latin America“, 2004, ISBN 1920888004
- Kollektiv p.i.s.o. 16: "Venezuela. Welcome to our Revolution. Innenansichten des bolivarianischen Prozesses", München 2004, ISBN 3-9809970-1-4
- Rafael Sevilla, Andreas Boekh (Hrsg.): "Venezuela - Die Bolivarianische Republik". Bad Honnef 2005, ISBN 3-89502-197-0

Dokumentarfilme

- Kim Bartley Donnacha O'Briain: „Chavez – Ein Staatsstreich von innen <http://www.chavezthefilm.com/>“, der vielprämierte Film entstand während des Putsches gegen Chávez im Präsidentenpalast.

Weblinks

Allgemein

- Venezuela Watch (engl.) http://www.zmag.org/venezuela_watch.htm
 - Venezuela-info.net – Aktuelles und Hintergründe zur Bolivarianischen Revolution in Venezuela <http://www.venezuela-info.net>
 - Netzwerk Venezuela <http://www.netzwerk-venezuela.de>
- Die restlichen Weblinks wurden aus Platzgründen ausgelassen, finden sich aber in der Online-Ausgabe

Felix the Cat

Felix the Cat ist eine amerikanische Cartoonfigur. Die rein schwarze Gestalt mit den weissen Augen und dem riesigen Grinsen wurde in Kombination mit den surrealen Situationen der Comics zu einer weltweit bekannten Figur von hohem Wiedererkennungswert.

Felix war die erste Cartoonfigur, dessen Popularität groß genug war, um allein aufgrund seiner Anziehungskraft ein Publikum in die Kinos zu ziehen.

Die „wunderbare, wunderbare Katze“ war auch der „allererste Fernsehstar“ — sein Bild war das erste, das je von einem Fernsehsender übertragen wurde.

"Feline Follies"

Am 9. November 1919 tauchte in einem Kurzfilm der Paramount Pictures namens "Feline Follies" (zu deutsch ungefähr „Katzenverrücktheiten“) eine Cartoonfigur namens Master Tom auf, die Felix deutlich ähnelt. Der Film war im Trickfilmstudio von Pat Sullivan, einem aus Australien eingewanderten Filmproduzenten, hergestellt worden, Regie hatte der Cartoonist und Trickfilmer Otto Messmer geführt. Der Film war ein Erfolg und Paramount bestellte weitere Folgen mit der Figur, der Paramountproduzent John King taufte sie jedoch um in "Felix", ein Wortspiel aus den lateinischen Worten *felis* (Katze) und *felix* (Glück). 1924 unterzog der Trickfilmer Bill Nolan die noch immer ungeschliffene Figur einer Nachbehandlung, durch die sie runder und visuell ansprechender wurde. Felix' neue Gestalt, belebt durch Messmers meisterhafte Animation, führte bald dazu, dass er schnell international berühmt wurde.



Felix lachend (Eine Szene aus "Felix in Hollywood" (1923))

Der Schöpferstreit

Bis heute ist die Frage ungeklärt, ob Felix von Pat Sullivan oder von Otto Messmer erdacht wurde. Sullivan gab in zahlreichen Zeitungsinterviews an, das Felix auf ihn zurückginge und er die "key drawings" für die Figur entworfen habe. Diese Aussage Sullivans wird gestützt durch seinen Cartoonkurzfilm namens "The Tail of Thomas Kat", der am 18. März 1917, über zwei Jahre vor den "Feline Follies", Premiere hatte, laut einer Fernsehdokumentation des australischen Senders ABC-TV aus dem Jahre 2004 ist dieser "Thomas Kat"-Charakter ein noch früherer "Felix"-Prototyp.

Aus der erhaltenen Darstellung der Figur von "Thomas Kat" zur Anmeldung des Copyrights werden auch signifikante Unterschiede zwischen Thomas und Felix deutlich: Wo es Felix wundersam gelingt, seinen Schwanz



Der berühmte Gang von Felix, hier in "Oceanatics" (1930)

in Werkzeuge oder andere Gegenstände zu verwandeln, handelt es sich bei dem im übrigen auch nicht antropomorphen Thomas um eine Katze, die ihren Schwanz in einem Kampf mit einem Hahn verliert und auch nicht mehr wiedergewinnt.

Sullivan war der Studiobesitzer und — wie fast immer in solchen Fällen in den USA üblich — erwarb er das Copyright an allen kreativen Arbeiten seiner Untergebenen. Nach seinem Tod wurden die Rechte an der Figur Teil der Erbmasse.

Erst viele Jahre nach Sullivans Tod bezeichneten einige von seinen Angestellten Messmer als den Schöpfer von Felix. Sie behaupteten, Felix basiere auf einem animierten Charlie Chaplin, den Messmer bereits zuvor für Sullivans Studio realisiert hatte. Die schwarze, grinsende Katze der "Feline Follies", die in der Tat wie Chaplin tanzt, verleiht dieser Theorie eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Die werdende Figur ist dort noch kantiger und hat eine erheblich längere Nase als der spätere Felix, aber der berühmte reinschwarze Körper ist bereits vorhanden, hingegen ist die Fellfarbe des früheren Thomas Kat noch nicht endgültig klar.

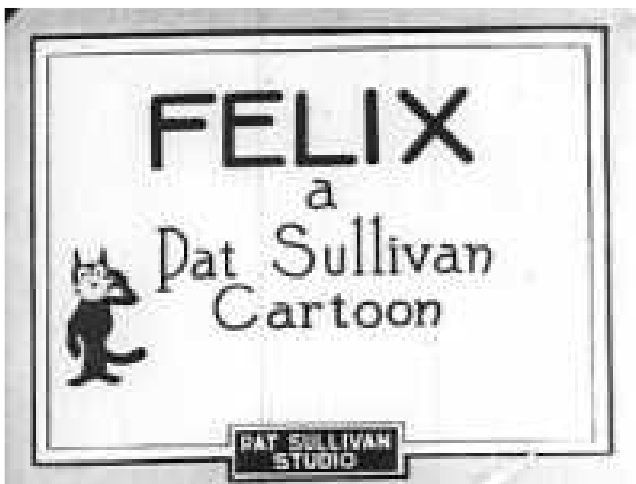
Ungeachtet der Frage, wer Felix nun ursprünglich schuf, war es Pat Sullivan, der die Figur gnadenlos vermarktete, während der ungenannte Messmer derweil eine ungeheure Menge von Felix-Cartoons zeichnete. 1923 begann er sogar zusätzlich mit einem Comicstrip für die Firma King Features Syndicate.

Die Auseinandersetzung um die geistige Urhebererschaft von Felix ist in der Animations- und Zeichentrickfilmszene weithin bekannt. Auch eine Folge der Zeichentrickserie "The Simpsons" beschäftigte sich mit dem Disput.

"He's Some Cat!"

Nach dem Auslaufen des Vertriebsvertrags mit der Paramount 1922, ließ Sullivan seine Cartoons durch Margaret J. Winkler vertreiben. Unter Winkler erreichte Felix' Popularität neue Höhen.

1923 erreichte der Kater den Höhepunkt seiner Filmkarriere. In "Felix in Hollywood", einem Kurzfilm aus diesem Jahr, spielt er mit dem Thema seiner eigenen Beliebtheit, indem er sich solchen "Co-Stars" wie Douglas Fairbanks, Sr., Cecil B. DeMille, Charlie Chaplin, und selbst dem Zensor Will H. Hays bekannt machte. Sein Bild erschien auf Uhren, Weihnachtsschmuck, und als Motiv des ersten Riesenballons für die Thanksgiving Day-Parade des Kaufhauses Macy's. Felix wurde auch das Thema zahlreicher beliebter Schlager. Selbst Paul Whiteman, selbsternannter "King of Jazz" und ein berühmter Bandleader der Zeit, spielte ein Stück über die muntere Katze ein.



Ein früher Felix-Zwischentitel, 1922

Wie bereits erwähnt, war Felix auch das erste Bild, das in den USA durch einen Fernsehsender übertragen wurde. Die RCA wählte 1928 eine Felix-Puppe aus Pappmaché für ein Experiment im New Yorker Van Cortlandt Park. Das Bild wurde wegen seiner starken Kontraste ausgewählt, und weil es den starken Lichtern, die benötigt wurden, widerstehen konnte. Die Figur war auf dem rotierenden Plattenteller eines Phonographen angebracht und wurde täglich rund zwei Stunden ausgestrahlt. Nach einer Einmalzahlung an Sullivan blieb die Puppe auf dem Plattenteller für fast ein Jahrzehnt das Testbild, mit dem die RCA die Feinabstimmung ihrer Bildauflösung vornahm.

Felix' grosser Erfolg zog auch zahlreiche Imitatoren an. Die Erscheinung und die Charaktere anderer Katzenfiguren der 20er Jahre wie dem *Julius* aus Walt Disneys *Alice Comedies*, *Waffles* aus Paul Terrys "Aesop's Film Fables", und Bill Nolans Adaptation der *Krazy Kat* von 1925 scheinen sämtlich Felix nachgebildet.

Die Cartoons waren auch bei den Kritikern beliebt. Sie wurden angeführt als wundervoll imaginative Beispiele surrealistischen Filmschaffens. Felix wurde nachgesagt, er repräsentiere die kindliche Fähigkeit zum ergriffenen Staunen eines Kindes; das Fantastische erschaffend, wenn es abwesend ist, und leichthändig damit spielend, wenn es anwesend ist. Sein berühmter Gang — die Hände hinterm Rücken verschränkt, den Kopf gesenkt, in Gedanken versunken — wurde ein Markenzeichen, das von Kritikern rund um die Welt stets aufs Neue gedeutet wurde. Felix' Schwanz, der in einem Moment eine Schaufel sein konnte und im nächsten ein Ausrufezeichen oder ein Bleistift, verdeutlichte, das einfach alles in dieser Welt geschehen kann.



Das Einheitszeichen des US Navy VF-31 Tomcatters Geschwader von 1948

Felix, das Maskottchen

Angesichts seiner beispiellosen Popularität und der Tatsache, dass sein Name vom lateinischen Wort für "Glück" abgeleitet war, adaptierten einige Personen und Organisationen Felix als ein Maskottchen. Der erste war ein Chevrolet-Händler aus Los Angeles und Freund von Pat Sullivan namens Winslow B. Felix, der seinen Ausstellungsraum 1921 eröffnete. Das dreiseitige Neonschild von Felix Chevrolet <http://www.laokay.com/lathumb/photo/Felix27.jpg> mit seinen riesigen, lächelnden Bildern von Felix an der Ecke *Figueroa Street* und *Harbor Freeway* ist heute eine der Sehenswürdigkeiten der Stadt. 1922 wurde Felix das Maskottchen der New York Yankees, und auch Charles Lindbergh nahm eine Felix-Puppe mit auf seinen historischen Flug über den Atlantik.

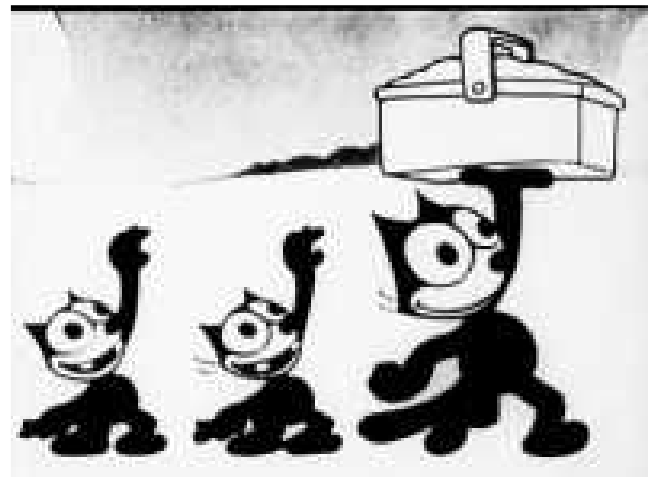
Die Beliebtheit von Felix hielt an. Ende der 20er nahm das Zweite U.S. Navy Bombengeschwader (VB-2B) eine Abbildung eines rennenden Felix, fröhlich eine Bombe mit brennender Lunte tragend, als Einheitszeichen an. Sie behielten es während der 30er Jahre bei, während sie zunächst als Kampfgeschwader unter der Bezeichnung VF-6B und später VF-3 firmierten. Nachdem das Kampfgeschwader aufgelöst worden war, übernahm zu Beginn des Zweiten Weltkriegs das Kampfgeschwader VF-31 Tomcatters das Einheitszeichen.

Das flugzeugträgerbasierte Nachtkampfgeschwader ist bis in die Gegenwart aktiv. Bis heute ist auch das Symbol des Felix mit der brennenden Bombe unverändert das Zeichen der Einheit. Das Geschwader nimmt mittlerweile für sich in Anspruch, das zweitälteste Kampfgeschwader der Navy zu sein.

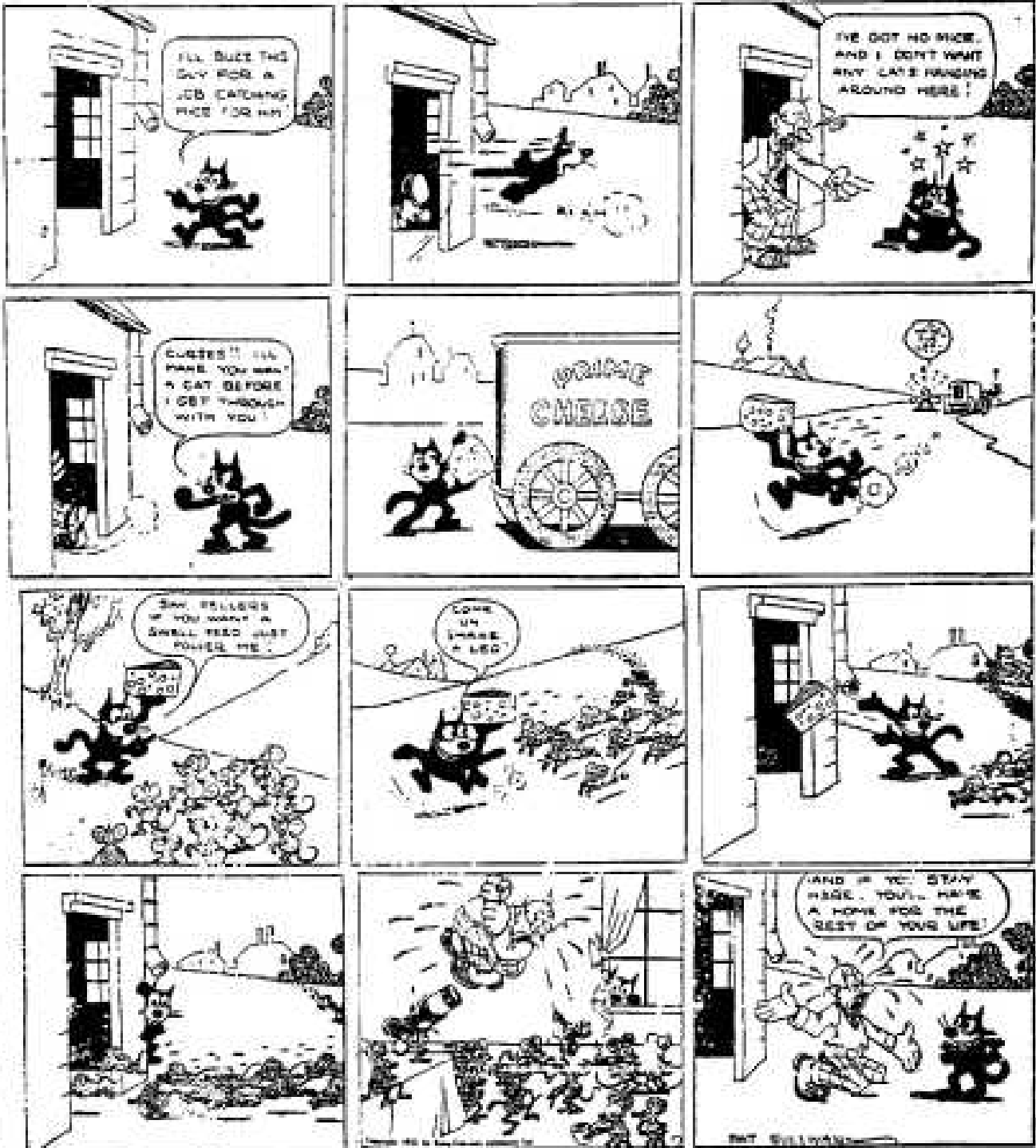
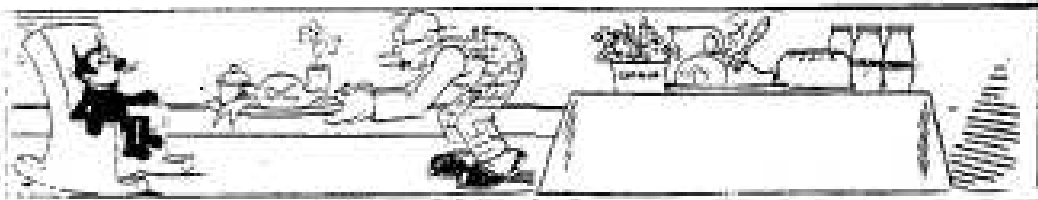
Von der Stille zum Ton

Nach dem Erscheinen von *The Jazz Singer*, dem ersten Tonfilm 1927, wurde Pat Sullivan von Educational Pictures, zu der Zeit die Vertriebsfirma der Felix-Filme, bedrängt, den Sprung hin zu "sprechenden" Cartoons zu machen, aber Sullivan weigerte sich. Weitere Konflikte führten zum Bruch zwischen Educational und Sullivan. Erst als Walt Disneys *Steamboat Willie* Kinogeschichte schrieb als der erste Zeichentricktonfilm mit synchronisierter Tonspur, erkannte auch Sullivan die Möglichkeiten des Tonfilms. Es gelang ihm, sich einen Vertrag mit Copley Pictures zur Produktion von klingenden Felix-Cartoons zu sichern, die Ergebnisse waren jedoch desaströs. Mehr als je schien es, als wenn es Disney's Maus gelänge, das Publikum von Sullivans stummem Star abzuziehen.

Nicht einmal die Einführung neuer Charaktere wie den Neffen Inky und Winky konnte das verlorene

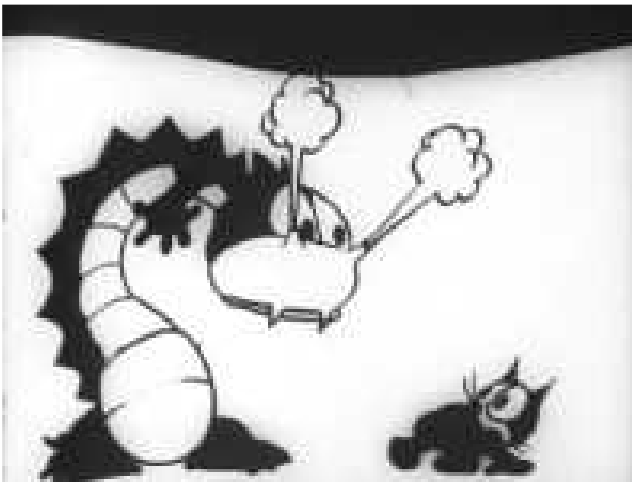


Felix, Inky und Winky in "April Maze" (1930)



AUGUST 26 1923

Der erste Felix the Cat-Comicstrip, der am 1. August 1923 in der englischen Tageszeitung Daily Sketch erschien. In den USA erschienen Felix-Strips ab dem 19. August, wobei dieser Strip als zweites, am 26. August, erschien. Obwohl von Messmer gezeichnet, wurde mit Sullivans Name signiert. Der Strip enthält eine beträchtliche Menge Slang der 1920er Jahre, der heutzutage außer Gebrauch ist, zum Beispiel "buzz this guy for a job" (= "mal wegen 'nem Job anquatschen") oder "if you want a swell feed just foller me" (= "wenn ihr was klasse Futter wollt, folgt mir einfach.")



Abstrakter Surrealismus gab es in zahlreichen der klassischen Felixkurzfilme reichlich. Hier ein Standbild aus "Felix Woos Whoopee" (1930)

Publikum wiedergewinnen und Copley Pictures kündigte den Vertrag wieder. Sullivan kündigte an, ein neues Studio in Kalifornien zu eröffnen, aber diese Pläne wurden nie realisiert. Die Dinge verschlechterten sich erheblich mit dem Tod von Sullivans Frau, Marjorie, im März 1932, an dem Sullivan zerbrach. Er verfiel in alkoholische Depressionen, seine Gesundheit verschlechterte sich rapide und er begann, sein Gedächtnis zu verlieren. Otto Messmer konnte seine Schecks nicht mehr einlösen, weil Sullivans Unterschrift unleserlich geworden war. 1933 starb er, sein Studio lag in Scherben.

Sullivans Bruder lizenzierte Felix 1936 an die *Van Beuren Studios* mit der Absicht, Farb- und Tonfilme zu produzieren. Das Studio entledigte sich der etablierten Persönlichkeit Felix' und formte ihn um zu einem weiteren, beliebigen *funny animal*, wie sie zu dieser Zeit beliebt waren. Das Studio musste wegen finanzieller Probleme jedoch noch im selben Jahr schließen, so daß lediglich drei neue Kurzfilme entstanden.

Felix' Comeback

Ab 1953 wurden Felix' frühe Kurzfilme mit Musik unterlegt im Fernsehen ausgestrahlt. Otto Messmer zog sich im Jahr darauf vom Zeichnen des Comicstrips zurück und sein Assistant Joe Oriolo (Schöpfer von *Casper the Friendly Ghost*, in Deutschland *Casper, der freundliche Geist*, auch *Casper, der kleine Geist* und *Kasimir, der freundliche Geist*) übernahm. Oriolo traf eine Vereinbarung mit Felix' neuem Eigentümer, Pat Sullivans Neffen, über den Neubeginn einer Reihe von Felix-Cartoons für das Fernsehen. In 260 von der Firma Trans-Lux vertriebenen Fernsehcartoons liess Oriolo ab 1958 Felix die Hauptrolle spielen.

Wie zuvor schon das Van-Beuren-Studio, gab Oriolo Felix eine gezähmte und schwunglose Persönlichkeit, mehr auf Kinder ausgerichtet, und führte neue Elemente ein wie Felix' Zaubertasche, einen Ranzen, der jede Form und Eigenschaft annehmen konnte, ganz nach Felix' Wünschen. Die Sendung ist in den USA auch berühmt für seine unverwechselbare, von Winston Sharples komponierte Titelmelodie [http://felixthecat.com/multi-media/mp3s/Felix%20the%20Cat%20theme\(old\).mp3](http://felixthecat.com/multi-media/mp3s/Felix%20the%20Cat%20theme(old).mp3):

*Felix the Cat,
The wonderful, wonderful cat!
Whenever he gets in a fix
He reaches into his bag of tricks!*

*Felix die Katze,
Die wundervolle, wundervolle Katze!
Wann immer sie in eine Klemme kommt,
Langt sie in ihre Zaubertasche prompt!*

Die Sendung enthielt neben Felix auch alle bisherigen Nebencharaktere und führte viele neue ein. darunter der finstere, schnauzbärtige Professor; sein hochintelligenter Neffe Poindexter (mit einem IQ von 222); Rock Bottom, der bulldoggengesichtige Assistent des Professors; ein böser, zylindrischer Roboter, "König des Mondes", namens "The Master Cylinder"; und ein kleiner, bescheidener und freundlicher Eskimo namens Vavoom, dessen einziges Wort der erdbebenauslösende Ausruf seines eigenen Namens war. All diese Charaktere wurden vom Stimmexperten Jack Mercer gesprochen.

Oriolos Geschichten drehen sich stets um die erfolglosen Versuche der Gegenspieler von Felix, diesem seinen Zauberranzen zu stehlen, obwohl in ungewohnten Wendungen die Gegenspieler auch als Felix' Freunde in Erscheinung treten. Diese Cartoons (und auch die von Oriolos Sohn und Nachfolger Don Oriolo), erwiesen sich als beliebt, die Kritik jedoch stufte sie als blass im Vergleich zum früheren Werk Messmers, insbesondere da Oriolo mit den Cartoons nur auf Kinder abzielte. Auch die durch budgetäre Knappheit nur begrenzten technischen Mittel der Animation und simplizistische Fabeln verringerten die Popularität der Serie nicht. Don Oriolo vermarktet die Figur des Felix gegenwärtig. 1996 erschien Felix mit neu produzierten Folgen erneut im Fernsehen unter dem Titel *The Twisted Adventures of Felix the Cat*.

Felix in der DDR

Um 1957 / 1958 erschienen in der Leipziger Volkszeitung einige originale Comicstrips von Felix, obgleich Comics in der DDR als Schund galten. Die Figur wurde anschliessend sogar vom damaligen Hauszeichner Joachim Nusser kurzerhand übernommen und als ein eigenständiger "DDR-Felix" unabhängig vom Original weitergeführt.

Literatur

- John Canemaker, *Felix, The Twisted Tale of the World's Most Famous Cat*, 1991, Pantheon, New York.
- Donald Crafton; *Before Mickey: The Animated Film, 1898-1928*, 1993 University of Chicago Press.
- David Gerstein, *Nine Lives to Live*, 1996, Fantagraphics Books.
- Leonard Maltin, *Of Mice and Magic: A History of American Animated Cartoons*, 1987, Penguin Books.

Weblinks

- Zu Otto Messmer und Felix <http://www.kunstwissen.de/fach/f-kuns/comix/messmer0.htm>
- Früher Amerikanischer Zeichentrick (1922-1926) <http://www.stummfilmmusiktag.de/german/Filme/Animation.htm>
- Zum "DDR-Felix" <http://www.ddr-comics.de/import7.htm>
- Die offizielle "Felix the Cat" Website (engl.) <http://felixthecat.com/index.htm>
- David Gersteins Felix the Cat Website (engl.) <http://felix.goldenagecartoons.com/>
- Toon Tracker's Felix the Cat Website (engl.) <http://www.toontracker.com/felix/felix.htm>

Kilroy

Die Figur Kilroy wurde weltberühmt durch den Satz "Kilroy was here" ("Kilroy war hier"), der im Zweiten Weltkrieg von US-Soldaten an die unmöglichsten und seltsamsten Stellen geschrieben wurde.

Der Satz wurde oft von einem Bild begleitet, das ein Gesicht mit einer länglichen Nase und zwei runden Augen zeigte. Dieses Gesicht schaute über eine Mauer und war meist das einzige, aus dem das Bild bestand. Manchmal wurden zusätzlich die Finger gemalt, die sich an der Mauer festhielten.

Ursprung

Trotz seiner Berühmtheit war die Figur Kilroy immer ein Mysterium und der genaue Ursprung ist immer noch nicht ganz geklärt. Die bis heute wahrscheinlichste Erklärung ist, dass der Satz "Kilroy was here" von dem Schiffsinspektor **James J. Kilroy** stammt.

Kilroy arbeitete in Quincy in Massachusetts. Seine Aufgabe war es, die Arbeiter mit den Nietemaschinen zu kontrollieren und zu prüfen, wieviele Löcher sie gefüllt haben. Damit er nichts doppelt zählte und um seinen Vorgesetzten zu zeigen, dass er seine Arbeit auch machte, begann er, den Rumpf der Schiffe, welche er bereits kontrolliert hatte, mit „Kilroy was here“ zu versehen. Damit es deutlich zu sehen war, benutzte Kilroy einen gelben Stift. Das erleichterte den Inspektoren die Arbeit, weil sie die Arbeit nicht mehr versehentlich doppelt zählen konnten und die Arbeiter auch nicht für Arbeit zu bezahlen brauchten, die diese nicht gemacht hatten.

Als ein Schiff dann für einen Militäreinsatz genutzt wurde und Truppen transportieren sollte, war dieser Satz für die Soldaten ein großes Mysterium. Die Tatsache, dass es derartig deplatziert war, machte die Sache noch mysteriöser. Alles was die Soldaten wussten war, dass "Kilroy", wer auch immer er war, "(zuerst) da war". Als Gag schrieben die Soldaten dann überall, wo sie hin kamen, den Satz hin und behaupteten, er habe schon da gestanden, als sie ankamen.



KILROY WAS HERE

wieder heraus kam, will ein Dolmetscher gehört haben, wie er fragte: „Wer ist Kilroy?“

Die Figur Kilroy wurde sehr berühmt; dennoch gab es niemanden, der von sich behauptete, der Erfinder von Kilroy zu sein - obwohl es im Zweiten Weltkrieg 26 Soldaten mit dem Namen gab. Die Geschichte mit James J. Kilroy ist zwar die wahrscheinlichste Erklärung, dennoch tauchte das Logo schon vor dem Zweiten Weltkrieg auf.

Kilroy, Kilroy

Kilroy, Kilroy ist ein Roman (1989) von Ib Michael.

Thema ist die Suche eines an Amnesie leidenden Mannes nach seiner Identität. Die ersten Worte, die er beim Aufwachen sieht, lauten "Kilroy was here", demzufolge er sich erst Kilroy, und weil auf den Vor- auch ein Nachname folgen muss, *Kilroy, Kilroy* nennt. Die verlorene Identität, und seine fehlende Angsterfahrungen, öffnen ihm Möglichkeiten sich ohne Furcht in verschiedenste Abenteuer zu stürzen.

Weblinks

- BBC: Kilroy was here - Legenden
<http://www.bbc.co.uk/dna/h2g2/A508277>
- Kilroy was here - Legenden
<http://www.kilroywashere.org/001-Pages/01-0KilroyLegends.html>
- Auch schon vor 1941 benutzt
<http://www.quinion.com/words/qa/qa-kil1.htm>

Jüdischer Friedhof an der Oberstraße

Der Alte Jüdische Friedhof an der Oberstraße in Hannover ist der erste und damit älteste Friedhof der Jüdischen Gemeinde dieser Stadt. Er wurde Mitte des 16. Jahrhunderts angelegt und diente bis 1864, der Eröffnung des Jüdischen Friedhofs An der Strangriede, als Begräbnisstätte der hannoverschen Juden. Mit seinen etwa 700 erhaltenen Grabsteinen auf dem von einer hohen Mauer umgebenen Hügel, ist er ein bedeutendes Bau- und Kulturdenkmal für die Geschichten der hannoverschen Juden. Er gilt als ältester erhaltener jüdischer Friedhof in Norddeutschland.

Geschichte

Der Friedhof wurde etwa um die Mitte des 16. Jahrhunderts auf einem Sandhügel nordwestlich der Stadt Hannover angelegt, den die kleine jüdische Gemeinde erworben hatte. Wegen der häufigen Grabschändungen durch die Fuhrleute, die illegal Sand von der zunächst nur von einer Hecke umgebenen Düne abfuhrten, erhielt die Gemeinde 1671 einen Schutzbefehl des Amtsvogts des Amtes Langenhagen, dessen Wortlaut auf einer Steintafel angebracht wurde (zweifach erhalten). Er warnt davor, „der Juden Grabstadt ... (zu) fiolieren und zu turbieren“ (zu beschädigen oder zu stören). Schließlich erhielt der Friedhof 1740 eine Mauer. Der älteste erhaltene Grabstein auf dem Friedhof, der durch mehrere Bestattungsschichten noch erhöht wurde, stammt von 1654, der letzte aus dem Jahre 1866. Im Jahre 1864 wurde er – nach Eröffnung des Jüdischen Friedhofs An der Strangriede – geschlossen. Er überstand auch die Nazizeit ohne wesentliche Schäden. Der Friedhof birgt die Grabstätten bedeutender jüdischer Persönlichkeiten aus dem Hannover der Frühen Neuzeit, u.a. die Vorfahren des Dichters Heinrich Heine.

DER JUDEN GRABSTADT
UND SCHUTZSTEIN
MIT VERWAHRUNG WER IN
KÜNFTEN DIESELBE FIO LIEREN
ODER MIT ABFÜHRUNG DES SAN-
DES TURBIREN WIRDT DAS DER-
SELBE OHN EINZIG AN SEHEN
SERMO CETMO HERTZOGEN
JOHANN FRIEDRICH DEN GNÄDIG-
STEN LANDESFÜRSTEN IN SCHARF-
FER STRAFFE VERFALLEN SEIN
SOL UHRKUNDLICH LANGENHAGEN
D. 11. SEPTEMB. Ao. 1671 AMANDAT
UM SERMI PROPRIUM MELCHIOR
ALBRECHT REICHARD

(Inscription des Schutzsteins, nach Nöldeke, S. 259 und Wahl 1961, S. 4

SERMO = Serenissimo; CETMO:
Vorlage verschrieben für CELSO =
Celsissimo

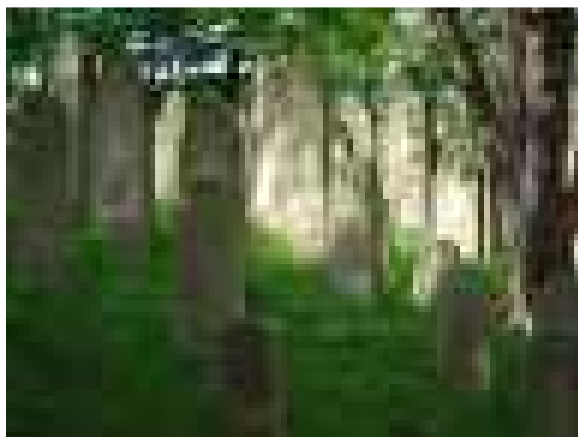


Der Schutzstein

Grabmäler (Auswahl)

(Zählung der Gräber nach Wahl, s.u. Literatur)

- Marcus Adler (gestorben 1834), 30 Jahre Landrabbiner (Nr. 397, schön modellierte gespreizte Hände auf dem Grabstein). Sein Sohn Markus Nathan Adler (1803-1890) war sein ordentlich gewählter Nachfolger (1830-45)
- Leffmann Behrens (1634-1714), Hof- und Kammeragent von Herzog Johann Friedrich, Förderer der Jüdischen Gemeinde (Nr. 159)
- Michael David (gestorben 1758), stammte aus Halberstadt, wurde Mitarbeiter in der Firma von Leffmann Behrens. Erhielt 1713 das Patent des Hof- und Kammeragenten in Hannover. 1714, nach dem Tode Leffmann Behrens' und



Blick von der Oberstraße aus (Foto: 2x Tim Schredder)

dem Bankrott von dessen Firma, rettete Michael David die gefährdete Gemeindegynagoge, indem er sie kaufte und der Gemeinde übergab (Nr. 248)

- Salman Gans aus Hameln (gestorben 1654), Vorfahr von Heinrich Heine (Urururgroßvater!), und Sohn Seligmann, ältester Grabstein (Nr. 11)
- Lewin Goldschmidt (gestorben 1706), in seinem Haus in der Calenberger Neustadt wurde 1688 die erste Synagoge eingerichtet
- Heimann Heine (Chaim Bückeberg) (gestorben 1780), Großvater Heinrich Heines (Nr. 304)
- Simon David Heine (Bückeberg) (gest. 1744), Urgroßvater Heinrich Heines (Nr. 305)
- Marcus Jacob Marx (gestorben 1789), Hofmedicus
- Adolph Meyer (1807-1866), Bankier, Begründer der Mechanischen Weberei und der Baumwoll-Spinnerei und –Weberei in Hannover Linden, und Fanny Meyer, geb. Königswarter (1804-1861), jüngster Grabstein auf dem Friedhof (Doppelgrab Nr. 17a und 08)
- Rafael Levi (1685-1779), Mathematiker und Astronom, letzter Schüler von Gottfried Wilhelm Leibniz (Nr. 307)

Literatur

- Selig Gronemann: *Genealogische Studien über die alten jüdischen Familien Hannovers*. Berlin: Lamm 1913.
- Arnold Nöldeke: *Die Kunstdenkmäler der Provinz Hannover. 1: Regierungsbezirk Hannover. Heft 2: Stadt Hannover. Teil 1: Denkmäler des "alten" Stadtgebietes Hannover*. Hannover 1932. Neudruck: Osnabrück: Wenner 1979, S. 259. ISBN 3-87898-151-1
- Margret Wahl: *Der alte jüdische Friedhof in Hannover*. Mit Beiträgen

von Ludwig Lazarus (u.a.). In: *Hannoversche Geschichtsblätter*. N.F. Bd. 15 (1961), S. 1-76.

Das Literaturverzeichnis wurde aus Platzgründen gekürzt, siehe Online-Ausgabe

Weblinks

- Stadttafel: Alter jüdischer Friedhof
<http://www.bartnicki.de/Stadttafeln%20Ortsteil%20Nordstadt/124%20Juedischer%20Friedhof.html>
- Nordstadt-online.de: Rundgang durch Hannovers Nordstadt (Alter Jüdischer Friedhof an der Oberstraße)
<http://www.nordstadt-online.de/info/sights/judenfr1.htm>

Edvard Munch

Edvard Munch (gesprochen "Münk") (* 12. Dezember 1863 in Løten, Hedmark, Norwegen; † 23. Januar 1944 auf Ekely) war ein norwegischer Maler und Graphiker.

Munch gilt als Bahnbrecher für die expressionistische Richtung in der Malerei der Moderne. In Deutschland und Mitteleuropa genoss er früh den Ruf eines epochemachenden Neuschöpfers, und heute sind seine Eigenart und sein Status schon längst im übrigen Europa und in der Welt anerkannt. Am bekanntesten sind die Werke Munchs aus den 1890er Jahren. Seine spätere Produktion aber erregt zunehmend Aufmerksamkeit und scheint die Künstler unserer Gegenwart in besonderem Maße zu inspirieren.

Biographie

Edvard Munch wuchs in der norwegischen Hauptstadt auf, die zu seiner Zeit Kristiania hieß. Der Vater, Christian Munch – Bruder des Historikers P.A. Munch – war ein tief religiöser Militärarzt mit bescheidenem Einkommen. Seine zwanzig Jahre jüngere Ehefrau starb an Tuberkulose, als Edvard erst fünf Jahre alt war. Edvard selbst war von schwacher Gesundheit, aber seine ältere Schwester Sophie war das nächste Opfer der Schwindsucht. Eine jüngere Schwester erhielt früh die Diagnose "Melancholie". Von den fünf Geschwistern heiratete nur sein Bruder Andreas, der dann wenige Monate nach der Hochzeit starb.

Das Elternhaus war kulturell anregend – es sind jedoch die Eindrücke von Krankheit, Tod und Trauer, zu denen Munch in seiner Kunst hauptsächlich zurückkehrt.

Realismus

Munch durchlief ein Jahr auf der Technischen Schule und wandte sich dann mit großem Ernst der Kunst zu. Er studierte die Alten Meister, folgte dem Unterricht in Aktzeichnen an der Königlichen Zeichenschule und erhielt eine Zeitlang Korrektur von dem führenden Naturalisten Norwegens, Christian Krohg. Seine frühen Arbeiten prägt ein vom Französischen inspirierter Realismus und bald schon fiel er als großes Talent auf.

1885 war Munch zu einem kurzen Studienaufenthalt in Paris. Im selben Jahr begann er die Arbeit an einem entscheidenden Werk – Das kranke Kind. Hier bricht er radikal mit einem Realismus, wie wir ihn bei Christian Krohg in einem entsprechenden Motiv sehen. Für Munch handelt es sich um die Schwester Sophie. Er arbeitete lange an dem Bild – auf der Suche nach dem *ersten Eindruck* und einem gültigen malerischen Ausdruck für ein schmerzliches persönliches Erlebnis. Er verzichtete auf Raum und plastische Form und stieß zu einer ikonartigen Kompositionsformel vor. Die grobe Stofflichkeit der Oberfläche wies alle Spuren eines mühsamen schöpferischen Prozesses auf. Die Kritik war sehr negativ.

Die Hauptwerke der folgenden Jahre sind von der Form her weniger provozierend. Inger am Strand von 1889 zeugt von Munchs Fähigkeit zur lyrischen Stimmungsschilderung im Einklang mit der neoromantischen Strömung jener Zeit. Dieses Bild malte er in Åsgårdstrand, einer kleinen Küstenstadt in der Nähe von Horten. Die für diese Gegend so charakteristische, an Windungen reiche Küstenlinie finden wir als sinntragendes *Leitmotiv* in so vielen Kompositionen von Munch.

Christiania-Bohème

1889 malte Munch außerdem ein Porträt des Häuptlings der Christiania-Bohème, Hans Jaeger. Munchs Umgang mit Jäger und seinem Kreis von radikalen Anarchisten in der

zweiten Hälfte der 1880er Jahre wurde zum entscheidenden Wendepunkt in seinem Leben und zur Quelle einer inneren Gärung und eines inneren Konflikts. Zu dieser Zeit begann seine umfassende biographisch-literarische Produktion, die er in verschiedenen Phasen seines Lebens immer wieder aufnahm. Diese frühen Aufzeichnungen fungierten als "Nachschlagewerk" zu mehreren der zentralen Motive aus den 1890er Jahren. Im Einklang mit Jägers Ideen wollte er wahrheitsgetreue "Nahaufnahmen" von den Sehnsüchten und Qualen des modernen Lebens vermitteln – er wollte "sein Leben malen".

Frankreich

Im Herbst 1889 hatte Munch eine große Einzelausstellung in Christiania, woraufhin der Staat ihm ein Künstlerstipendium für drei aufeinanderfolgende Jahre gewährte. Paris war das natürliche Ziel, wo er für kurze Zeit Schüler von Léon Bonnat war. Die wichtigeren Impulse aber empfing er, indem er sich im künstlerischen Leben der Stadt orientierte. Hier fand zu jener Zeit ein postimpressionistischer Durchbruch mit verschiedenen anti-naturalistischen Experimenten statt. Das wirkte befreiend auf Munch. "Der Fotoapparat kann mit Pinsel und Palette nicht konkurrieren", schrieb er, "solange man ihn im Himmel und in der Hölle nicht verwenden kann".

Kurz nachdem Munch in diesem ersten Herbst nach Frankreich gekommen war, erreichte ihn die Nachricht vom Tod seines Vaters. Die Einsamkeit und die Melancholie in seinem Bild Nacht (1890) werden oft vor diesem Hintergrund gesehen. Das dunkle Interieur mit der einsamen Gestalt am Fenster ist völlig von Blautönen beherrscht – eine Valeurmalerei, die an James McNeill Whistlers nächtliche Farbenakkorde erinnern mag. Dieses moderne und selbstständige Werk ist auch ein Ausdruck für die "Dekadenz" im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts.

Auf der Herbstausstellung 1891 in Christiania zeigte Munch unter anderem Melancholie. Hier dominieren große, geschwungene Linien und homogenere Farbflächen – eine mit Paul Gauguin und französischen Synthetisten verwandte Vereinfachung und Stilisierung des Motivs. "Symbolismus – die Natur wird von einer Gemütsstimmung geformt", schreibt Munch.

Zu dieser Zeit fertigte er die ersten Skizzen zu seinem bekannten Werk Der Schrei an. Auch malte er eine Reihe von Bildern in einem impressionistischen und

Keine Bilder?

Warum dieser Artikel über Edvard Munch keine Bilder hat fragst du dich?

Munch starb 1944 und nach europäischem Urheberrecht haben die Besitzer seiner Gemälde und Werke alleiniges Verwertungsrecht für einen Zeitraum von 70 Jahren nach seinem Tod, bei Munch als erst 2014. Die Wikipedia müsste eine Nutzungsgebühr entrichten oder auf den guten Willen der Besitzer hoffen um hier Bilder zu zeigen.

Was kann man dagegen tun? Man kann seine Werke, egal ob als Künstler, Schriftsteller oder Musiker unter eine freie Lizenz wie die Creative Commons stellen.

Wer auf seine Rechte ganz verzichten will der kann seine Werke der Allgemeinheit übergeben, im englischen als Public Domain bezeichnet. Anders als in Europa sind die US-Behörden zu Public Domain für ihre Fotos und Daten verpflichtet und für die Wikipedia eine wichtige Quelle.

annäherungsweise pointillistischen Stil, mit Motiven von der Seine und der Paradedstraße Christianias – Karl Johan. Hauptinteresse Munchs sind jedoch die Eindrücke der Seele und nicht die des Auges.

Deutschland

Im Herbst 1892 stellte Munch die Früchte seiner Frankreichaufenthalte vor. Diese Ausstellung führte zu einer Einladung des Berliner Kunstvereins, auf der dieselben Bilder gezeigt werden sollten. Das aber endete mit einem grausigen "succès de scandale". Das Publikum und die älteren Maler fassten Munch als anarchistische Provokation auf, und die Ausstellung wurde im Protest geschlossen.

Somit hatte Munch in Berlin einen Namen, als er sich jetzt zum Bleiben entschloss. Er kam in einen Kreis von Literaten, Künstlern und Intellektuellen, in dem Skandinavier stark vertreten waren. Zu dem Kreis gehörten unter anderem der schwedische Dramatiker August Strindberg, der polnische Dichter Stanisław Przybyszewski, der dänische Schriftsteller Holger Drachmann und der deutsche Kunsthistoriker Julius Meier-Graefe. Hier diskutierte man Friedrich Nietzsches Philosophie sowie Okkultismus, Psychologie und die dunklen Seiten der Sexualität.

Im Dezember 1893 stellte Munch auf Unter den Linden aus. Hier zeigte er unter anderem sechs Gemälde unter der Überschrift "Studie zu einer Serie: Die Liebe". Das war der Anfang zu dem, was später zum Lebensfries wurde "ein Gedicht über das Leben, die Liebe, den Tod". Hier finden sich stimmungsgesättigte Motive wie Der Sturm, Mondschein und Sternennacht, wo man eine Beeinflussung durch den schweizerisch-deutschen Arnold Böcklin ahnen kann. Andere Motive beleuchten die Nachtseite der Liebe wie Rose und Amalie und Vampir. Mehrere Bilder haben den Tod zum Thema, und am meisten Aufmerksamkeit erregte Der Tod im Krankenzimmer. In dieser Komposition ist Munchs Schuldigkeit französischen Synthetisten und Symbolisten gegenüber besonders merkbar. In grellen und gleichzeitig fahlen Farben zeigt das Bild eine festgefrorene Szene, vergleichbar einem tragischen Schlusstableau in einem Ibsen-Schauspiel. Das Motiv baut auch hier auf der Erinnerung an den Tod der Schwester Sophie, und die ganze Familie ist vertreten. Die im Stuhl sitzende Sterbende kehrt dem Betrachter den Rücken zu, wird aber von der Gestalt, die Munch selbst vorstellt, in den Blick gerückt. Im Jahr darauf wird der Fries um Motive wie Angst, Asche, Madonna und Sphinx. Die Frau in drei Stadien erweitert, letzteres ein vollständig im Geist des Symbolismus gehaltenes, monumentales Motiv.

Gemeinsam mit unter anderem Meier-Graefe gab Przybyszewski 1894 die erste Publikation über Munchs Kunst heraus. Er charakterisiert sie als "psychischen Realismus".

Zurück in Frankreich

Munch verließ Berlin 1896 und ließ sich in Paris nieder, wo sich unter anderem Strindberg und Meier-Graefe aufhielten. Hier widmete er graphischen Mitteln immer mehr Aufmerksamkeit auf Kosten der Malerei. In Berlin hatte er mit Radierung und Lithographie begonnen und schuf jetzt in Zusammenarbeit mit dem berühmten Drucker Auguste Clot erlesene Farblichthographien und seine ersten Holzschnitte. Auch plante Munch die Herausgabe einer Mappe mit dem Titel "Der Spiegel", ein graphischer "Fries". Dank seiner souveränen Beherrschung der Mittel und seiner großen künstlerischen Originalität genießt Munch in unserer Zeit den Ruf eines Klassikers der Graphik.

In Paris fertigte er auch Programmplakate für zwei Ibsen-Vorstellungen des Théâtre de L'Oeuvre an, während der Auftrag, Baudelaires Les Fleurs du Mal zu illustrieren, in den Anfängen steckenblieb.

1898 nach Norwegen zurückgekehrt, schuf Munch die Illustrationen zu einer Spezialausgabe der deutschen Zeitschrift Quickborn zu Texten von August Strindberg.

Die Jahrhundertwende

Um die Jahrhundertwende versuchte Munch, den Fries zu vollenden. Er malte eine Reihe von neuen Bildern, einige in größerem Format und teils geprägt von der Jugendstilästhetik. Zu dem großen Bild Stoffwechsel/Metabolismus (1898) stellte er einen Holzrahmen mit geschnitzten Reliefs her. Es bekam zunächst den Titel Adam und Eva, und es enthüllt den zentralen Platz, den der Sündenfallmythos in Munchs pessimistischer Liebesphilosophie einnimmt. Motive wie Das leere Kreuz und Golgatha (beide um 1900) spiegeln eine metaphysische Orientierung in Munchs eigener Zeit wider und sind außerdem ein Echo von Munchs Kindheit und Jugend in einem pietistischen Milieu.

Eine aufreibende Liebesbeziehung jener Zeit bestärkte Munch, die Kunst als Berufung zu erleben.

Die Zeit um die Jahrhundertwende war eine Phase rastlosen Experimentierens. Ein farbenfroher und dekorativer Stil manifestiert sich, beeinflusst von der Kunst der Nabis und besonders eines Maurice Denis. Schon 1899 malte Munch Der Tanz des Lebens. Dieses Bild kann als kühne und persönliche Monumentalisierung dieses dekorativen Flächenstils aufgefasst werden.

Eine Serie Landschaftsbilder vom Christiania-Fjord dekorative und feinfühlig Naturstudien werden als Höhepunkte des nordischen Symbolismus betrachtet. Das klassische stimmungsgeladene Gemälde Die Mädchen auf der Brücke entstand im Sommer 1901 in Åsgårdstrand.

Erfolg und Krise

Anfang des neuen Jahrhunderts war Munch ernstlich im Begriff, eine Karriere aufzubauen. 1902 zeigte er auf der Secessionsausstellung in Berlin zum ersten Mal den ganzen Fries. Eine Munch-Ausstellung in Prag bekam Bedeutung für mehrere tschechische Künstler. Porträts, häufig in Ganzfigur, wurden nach und nach zu einem wichtigen Bestandteil seines Werks. Das Gruppenporträt Die vier Söhne des Dr. Max Linde (1904) wird als ein Hauptwerk der modernen Porträtmalerei eingestuft.

Die Fauvisten mit Matisse an der Spitze teilten mit Munch zahlreiche seiner künstlerischen Bestrebungen. "Die Brücke" in Dresden zeigte Interesse für Munch, aber es gelang ihr nicht, ihn für ihre Ausstellungen zu gewinnen.

Der künstlerische Erfolg war von Konflikten auf persönlicher Ebene begleitet. Der Alkohol war zum Problem geworden, und Munch war psychisch im Ungleichgewicht. Er quälte sich mit Erinnerungen an seine tragische Liebesgeschichte. Diese Geschichte hatte 1902 mit einer Revolverszene geendet, bei der Munchs linke Hand angeschossen worden war. Zwar sollte er die Schmach nie verwinden; in diesen Jahren aber wurde sie zur Besessenheit. Die Züge der Frau aus dieser Liebesbeziehung lassen sich unter anderem in Marats Tod aufspüren (zwei Versionen von 1907) ein Motiv, von dem sich allgemeiner sagen lässt, es schildere "den Kampf zwischen Mann und Frau, den man Liebe nennen kann".

Henrik Ibsen starb im Mai 1906, und im Herbst fertigte Munch Bühnenentwürfe für Max Reinhardts Aufführung der Gespenster im kleinen Saal des Deutschen Theaters in

Berlin an. Seither nahm Ibsen in Munchs Bewußtsein einen immer größeren Raum ein. Das Selbstbildnis mit Weinglas von 1906 zeigt eine kraftlos zusammengesunkene Gestalt, allein an einem Tisch in einem klaustrophobisch anmutenden Café sitzend eine tragische Erscheinung, geistig eng verwandt mit Oswald in Ibsens Drama.

Auf Bestellung führte Munch ein monumentales Phantasieporträt von Friedrich Nietzsche aus, und während mehrerer Besuche in Weimar porträtierte er auch die Schwester des verstorbenen Philosophen, Elisabeth Förster-Nietzsche.

Neue Motive zeugen von einer extravertierteren Orientierung. *Badende Männer* (1907/08) huldigt auf muntere Weise vitaler Männlichkeit. Alkohol- und Nervenprobleme erreichten dennoch einen kritischen Punkt, und Munch entschied sich für einen achtmonatigen Aufenthalt in einer Kopenhagener Nervenklinik. In Norwegen erkannte man endlich seine künstlerische Leistung, und während er sich in der Klinik befand, wurde ihm der norwegische St. Olav-Orden verliehen.

Zurück in Norwegen

Von 1909 bis zu seinem Lebensende lebte Munch in Norwegen. Zunächst ließ er sich in Kragerø, einer Küstenstadt im Süden des Landes, nieder. Hier malte er unter anderem mehrere klassische Winterlandschaften und stürzte sich mit Eifer in den Wettbewerb um die Ausschmückung des neuen Festsaaus der Osloer Universität, die Aula.

1912 räumte man Munch auf der großen Sonderbund-Ausstellung in Köln unter den Pionieren der modernen Kunst einen bedeutenden Platz ein.

In Kragerø ließ er geräumige Außenateliers bauen, wo er mehrere Jahre lang an den Entwürfen für die Universitätsaula arbeitete. Nach langwierigen Auseinandersetzungen wurde schließlich Munch angenommen, und 1916 wurde sein Werk an Ort und Stelle montiert.

Mit Munchs eigenen Worten huldigen die Motive "den ewigen Kräften des Lebens". Das Hintergrundmotiv ist ein Sonnenaufgang über dem Fjord, inspiriert von der Aussicht, die Munch von seinem in Kragerø gemieteten Besitz hatte. Gleichzeitig nutzt er hier das symbolische Potenzial des Lichts. Pendants in der Aula sind die großen Leinwände *Die Geschichte* und *Alma Mater*. Unter einer mächtigen Eiche in einer kargen, rauhen Landschaft sitzt ein alter Mann und erzählt einem kleinen Jungen die Sage von den Menschen. In einer wilden, üppigen Landschaft sitzt eine Frau mit einem Säugling am Strand, während größere Kinder die Natur erkundenschaften. Abgesehen davon, dass die beiden "archetypischen" Motive auf Geisteswissenschaft und Naturwissenschaft anspielen, sind sie Ausdruck des männlichen und weiblichen Prinzips, das in Munchs Bilderwelt einen zentralen Gegensatz darstellt.

Der aufkommenden Arbeiterbewegung widmete Munch sich in mehreren Motiven aus jener Zeit, teils in monumentaler Form. Das Bild *Arbeiter auf dem Heimweg* (1913-15) ist darüber hinaus eine dynamische Studie in Perspektive und Bewegung.

1916 erwarb Munch den Besitz Ekely bei Christiania. Landschaft, Menschen im Einklang mit der Natur, pflügende Pferde dies sind Motive, die jetzt in klaren, kräftigen Farben geschildert werden. Eine frische, spontane Pinselführung vermittelt den Eindruck einer sinnlichen Huldigung an Sonne, Luft und Erde.

Auf Ekely lebte Munch in zunehmend selbstgewählter Isolation, spartanisch, nur von seinen Bildern umgeben. Er war ständig produktiv, trennte sich aber nur widerwillig

von "seinen Kindern". Zu einer Reihe von Ausstellungen im In- und Ausland wurden Bilder ausgeliehen.

In späteren Jahren malte Munch häufig Studien und Kompositionen nach Modell. Unter ihnen gibt es einige, die lebhafter und lebensbejahender sind als frühere Werke. Und doch widmete er sich auch jetzt noch der Erforschung der konfliktgeladenen Themen aus den 90er Jahren. Seine graphische Produktion war weiterhin beachtlich, darunter eine Reihe von lithographischen Porträts.

Als Munch im Januar 1944 starb, zeigte es sich, dass seine umfangreiche Sammlung von Bildern und nicht systematisierten biographisch-literarischen Aufzeichnungen von der Stadt Oslo übernommen werden sollten. Das 1963 feierlich eröffnete Munch-Museum (Munchmuseet) hat folglich heute eine einzigartige Sammlung von Munchs Kunst und sonstigem Material, die sämtliche Phasen des künstlerischen Schaffensprozesses beleuchten.

Die Nationalgalerie (Nasjonalgalleriet) in Oslo hat ebenfalls eine erlesene, besonders an zentralen frühen Gemälden reiche Munch-Sammlung. Hauptwerke befinden sich außerdem in der Bergen Billedgalleri in Bergen.

Im Sommer 2004 wurden die Gemälde *Der Schrei* und *Madonna* gestohlen.

Werke (Auswahl)

- 1892 *Abend auf der Karl Johans Gate* (Munch-museet, Oslo)
- 1884 *Madonna* (Munch-museet, Oslo)
- 1885 *Selbst-Portrait mit brennender Zigarette* (Nasjonalgalleriet, Oslo)
- 1893 *Der Schrei* (Nasjonalgalleriet, Oslo), entwendet am 22.8.2004
- 1893 *Der Sturm* (Museum of Modern Art, New York)
- 1893 *Sterbezimmer* (Nasjonalgalleriet, Oslo)
- 1895 *Pubertät* (Nasjonalgalleriet, Oslo)
- 1895 *Selbstportrait mit Knochenarm* (Munch-museet, Oslo)
- 1898 *Der Kuss* (Holzschnitt, 41x46cm) (Nasjonalgalleriet, Oslo)
- 1898/1899 *Mädchen und drei Männerköpfe* (entdeckt 2005 auf einer Unterleinwand unter dem Bild "Die tote Mutter")
- 1899/1900 *Die tote Mutter* (Kunsthalle Bremen)
- 1901 *Mädchen auf dem Pier* (Munch-museet, Oslo)
- 1904 *Die vier Söhne des Dr. Max Linde* (Museum Behnhaus, Lübeck)
- 1917 *Vampir* (Sammlung Würth)
- 1942 *Selbstportrait: Zwischen Uhr und Bett* (Munch-museet, Oslo)

Weblinks

- Munch im Katalog der DDB
<http://dispatch.opac.ddb.de/DB=4.1/REL?PPN=118585738>
- <http://www.munch.museum.no/> - Munch Museum
- <http://www.edvardmunch.de/> - Edvard-Munch-Seite
- <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/MunchEdvard/> - Biographie
- <http://kunstaspekte.de/index.php?k=327&action=webpages> - Ausstellungen
- <http://www.gallerimunch.no/tysk.htm> - Galerie Munch
- <http://www.cyberinstitut.de/index.php?site=munch-deutsch> - Edvard Munch und Deutschland. Von Susanne Meyer, Kunsthistorikerin
- Edvard Munch Art Gallery
<http://www.malarze.walhall.pl/galeria.php5?art=31>

Yasukuni (jap. *Yasukuni jinja*, wörtlich: *Schrein des friedlichen Landes*) ist ein Shintō-Schrein in Tokio. Hier werden die Angehörigen des japanischen Militärs als *kami* und „Heldenseelen“ (*eirei*) verehrt, die in den Bürgerkriegen nach der Meiji-Restauration von 1868 auf der Seite der kaiserlichen Armeen ihr Leben ließen oder in den Kriegen Japans in Asien bzw. gegen die USA im Kampf gefallen sind.

Geschichte

Der heutige Yasukuni-Schrein war ursprünglich unter dem Namen *shōkonsha* (Schrein zum Herbeirufen der Totengeister) in der ehemaligen Kaiserstadt Kyōto gegründet worden. Im Schrein sollte aller Opfer der innenpolitischen Wirren der Zeit vor der Meiji-Restauration 1868 sowie der auf der Seite der kaiserlichen Truppen im Boshin-Krieg gefallenen Militärs gedacht werden. 1875 wurde er nach Tokyo in den Stadtteil Chiyo-da (unmittelbar nördlich des Kaiserpalastes) überführt, wo er noch heute steht, und 1879 bestimmte ihn der Tennō zum „Reichsschrein der Sonderklasse“ und gab ihm den Namen *Yasukuni*; fortan sollten in ihm alle für den Kaiser und damit für Japan gefallenen Soldaten verehrt werden.

Entgegen einigen deutschen Presseberichten sind keine Toten im Schrein selbst beerdigt. Friedhöfe gelten im Shintō als unreine Orte, die Beerdigung von Toten innerhalb einer religiösen Anlage ist in Japan kaum vorstellbar. Im Yasukuni-Schrein gibt es lediglich "Seelenregister", also Listen von den Gefallenen, die hier verehrt werden.

Zahl der heute im Yasukuni-Schrein verehrten Gefallenen

- Restaurationswirren (1855-1868): 7.751
- Taiwan-Expedition (1874): 1.130
- Satsuma-Rebellion (1877): 6971
- 1. Sino-Japanischer Krieg (1894-95): 13.619
- Boxer-Aufstand (1901): 1.256
- Russisch-Japanischer Krieg (1904-05): 88.429
- Erster Weltkrieg und Sibirien-Intervention (1914-1922): 4.850
- Sainan-Zwischenfall (1928): 185
- Besetzung der Mandschurei (1931): 17.176
- 2. Sino-Japanischer Krieg (1937-1945): 191.243
- Zweiter Weltkrieg (1941-1945): 2.133.885

Aufgrund der in der Nachkriegsverfassung verfügten Trennung von Staat und Religion musste der Schrein entweder säkularisiert oder aus staatlicher Trägerschaft entlassen werden; er entschied sich für letzteres und wird heute als „unabhängige religiöse Körperschaft“ (*dokuritsu gyōsei hōjin*) bezeichnet. Der immer wieder von konservativen Kreisen erhobenen Forderung, den Yasukuni-Schrein zur nationalen Gedenkstätte zu erheben, steht bislang noch die japanische Verfassung entgegen. Trotzdem wird er jedes Jahr von etwa sechs Millionen Japanern besucht, vornehmlich von Hinterbliebenen, den einflussreichen Veteranenverbänden, aber auch auch von nationalistischen, rechtsextremen Vereinigungen. Linksgerichtete Japaner meiden den Schrein im allgemeinen.



Der Yasukuni-Schrein in Tokyo am Jahrestag des Kriegsendes in Ostasien, dem 15. August

Politische Debatte

Der Schrein wird in der innerjapanischen Debatte sowohl von linker als auch von rechter Seite kritisiert.

Japaner aus rechtsgerichteten Kreisen weisen darauf hin, dass es sich hier nicht um ein Kriegerdenkmal im Sinne nationalistischer Propaganda handelt, wie Kritiker behaupten, sondern um einen Schrein, in dem die wütenden Seelen Verstorbener besänftigt werden sollen, damit sie keinen Unfrieden im Land stiften. Ultrarechte dagegen weisen daraufhin, dass in den USA Heldenfriedhöfe für die Gefallenen der diversen Kriege und entsprechende Gedenkveranstaltungen Normalität sind, und dass Japan ebenfalls ein Recht darauf hat. Sie fordern, dass der Schrein als offizielles "Schreinamt" von der Regierung übernommen werden soll. Entsprechende Vorlagen sind jedoch in den 70er Jahren mehrmals im Parlament gescheitert.

Linke Kritiker dagegen fordern von Japan angesichts der Verbrechen Japans im zweiten Weltkrieg die Abkehr von jeder Form des Militarismus und einen kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Besonders scharf wird kritisiert, dass auch die bei den Kriegsverbrecherprozessen von Tokio zum Tode verurteilten Offiziere sowie auch etwa Angehörige der berüchtigten Einheit 731, die im Krieg in der Mandschurei Experimente mit biologischen Waffen an Kriegsgefangenen und chinesischen Zivilisten durchführte, verehrt werden.

Die internationale Kritik, besonders aus Korea und China, richtet sich vor allem auf die Besuche hochrangiger japanischer Politiker, meist am 15. August, dem Tag der Kapitulation. Der erste Premierminister, der einen solchen Besuch durchführte war Yasuhiro Nakasone in den 80er Jahren. In Japan versucht man die Situation durch die feinsinnige Unterscheidung zwischen privaten Besuchen (die Väter einiger hochrangiger Politiker werden als Kriegsgefallene im Schrein verehrt) und Besuchen in offizieller Funktion zu entschärfen. Die Außenwirkung bleibt jedoch die gleiche, und so kommt es in China und Korea immer wieder zu Demonstrationen, auch werden die diplomatischen Beziehungen dadurch belastet. Premierminister Junichiro Koizumi hat seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 bis 2004 jedes Jahr den Schrein besucht, im Jahr 2005 ist er dem Schrein jedoch ferngeblieben. Eine Reihe anderer hochrangiger LPD-Politiker hat den Schrein allerdings am 15. August besucht.

Die öffentliche Meinung in Japan über die Besuche ist gespalten. Eine knappe Mehrheit (53%) der Japaner lehnte die Besuche in einer Umfrage ab, jedoch sprachen sich rund 60% der LDP-Anhänger dafür aus.

Die japanischen Kaiser Hirohito und Akihito haben sich durchgängig geweigert, den Schrein zu besuchen, seit 1979 bekannt wurde, dass im Vorjahr Kriegsverbrecher der *Kategorie A* („Verbrechen gegen den Weltfrieden“) in die Liste der *kami* aufgenommen worden waren. Der Schrein selbst bezeichnet in Broschüren und heute auch auf seiner Webseite die Tokioter Prozesse, die 1946 von den Alliierten ähnlich den Nürnberger Prozessen organisiert worden waren, als "Schauprozesse" und gilt somit als revisionistisch.

Von koreanischer Seite gab es auch Proteste, weil für die japanische Armee zwangsrekrutierte Koreaner im Schrein verehrt werden.

Museum

Das Museum Yushukan, das direkt neben dem Schreingebäude liegt, verklärt die gesamte japanische



Veteranen im Yasukuni-Schrein am 11. Februar

Geschichte im Sinne der nationalistischen und militaristischen Revisionisten. Es wird ein Ideal des Samurai als loyalem Diener nach der Philosophie des Bushidō gefeiert, das mit einem neutralen Geschichtsbild nichts zu tun hat. So wird Oda Nobunaga als kaisertreuer Reichseiniger dargestellt, zweiteres kann man ihm anrechnen, ersteres war er weniger. Auch der Zweite Weltkrieg wird im Sinne der konservativen Revisionisten verklärt: der "Große Ostasiatische Krieg" wird nicht als Invasions- oder Angriffkrieg bezeichnet, sondern als "heiliger Krieg" dargestellt, der das Ziel hatte, Asien vom westlichen Kolonialismus zu befreien. Auch das Massaker von Nanking wird im Museum verharmlost, was in der Formulierung gipfelt, dass "die Bewohner der Stadt nach der Befreiung wieder ruhig schlafen konnten." Das Leiden der japanischen Gefangenen (gerade in russischen Lagern) wird dargestellt, nicht aber das Leiden unterdrückter Koreaner und Chinesen.

Im Museum werden auch Waffen, die von den „Heiligen des Schreins mit Liebe und Sorgfalt gepflegt und benutzt“ werden zur Schau gestellt. Die Sammlung reicht von alten Katana und Rüstungen bis hin zu einem Kampfflugzeug und einem Artilleriegeschütz aus dem zweiten Weltkrieg.

Im Museum wird das Selbstopfer für Kaiser und Vaterland als sakrales Opfer dargestellt. Der Tenor des Museums, wie überhaupt der gesamten Schreinanlage, kommt auf einer anlässlich des 40. Jahrestages des Angriffs auf Pearl Harbor enthüllten Bronzetafel zum Ausdruck: „Fast sechstausend Männer starben bei Selbstmordangriffen, deren tragischer Heldenmut kein Beispiel kennt und der die Herzen unserer Feinde vor Angst erstarren ließ. Die ganze Nation hat angesichts ihrer unerschütterlichen Treue und ihrer Selbstaufopferung Tränen der Dankbarkeit vergossen.“

Für westliche Touristen bietet das Museum die Erklärungstexte auch in englischer Sprache. Der Besuch lohnt sich wegen der umfangreichen Sammlung, man sollte sich jedoch bewusst sein, dass die dort dargestellte Geschichte keine wissenschaftliche Darstellung ist und auch nicht die offizielle japanische Geschichtsschreibung, sondern dass es sich um bewusste, politisch motivierte Revision handelt.

Literatur

- Antoni, Klaus: *Der Himmlische Herrscher und sein Staat. Essays zur Stellung des Tennō im modernen Japan*. München: Iudicium, 1991.
- Dücke, Isa und Sven Saaler (Hrsg.): *Japan und Korea am Beginn des 21. Jahrhunderts. Aufgaben und Perspektiven*. München: Iudicium (= Monographien aus dem

Deutschen Institut für Japanstudien, 36), 2003.

- Lokowandt, Ernst: *Zum Verhältnis von Staat und Shintō im Heutigen Japan*. Wiesbaden: Otto Harrassowitz (Studies in Oriental Religions 6), 1981.
- Pye, Michael: Religion and Conflict in Japan with Special Reference to Shinto and Yasukuni Shrine. In: *Diogenes* 50:3 (2003), S. 45-59.
- Saaler, Sven: Ein Ersatz für den Yasukuni-Schrein? Die Diskussion um eine neue Gedenkstätte für Japans Kriegsoffer. In: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Volkerkunde Ostasiens* (NOAG) 175/176 (2004), S. 59-91.

Weblinks

- <http://www.yasukuni.or.jp/english/> Offizielle Webseite
- <http://www.japanesehistory.de/fotos/Yasukuni/> Fotos vom Yasukuni-Schrein
- <http://www.japanesehistory.de/fotos/Yushukan/> Fotos vom Museum Yushukan im Yasukuni-Schrein

Autoren

Die folgenden 536 Autoren haben an den in dieser Ausgabe verwendeten Artikeln mitgeschrieben. Ausgelassen sind nicht angemeldete Benutzer (IP-Adressen). In Klammern steht jeweils die Nummer der Artikel die der Benutzer bearbeitet hat.

-enzyklop- (4), ABrocke (17), AHK (3), AHZ (3,6), ALE! (15), APPER (0,2f.,8f.,15,20), ASK (15), Abdull (0), Abendstrom (21), Achim Raschka (2,9,15f.), Adam78 (9), Aglarech (6,15), Ahellwig (8), Aka (3,6,12,15,20), AkaBot (10), Albrecht Conz (13), Albrecht1 (10), Aldipower (20), Alexander Fischer (4,15), Alexander.stoer (4), Alfnuss (6), Alkibiades (1), AlterVista (4), Anathema (15), Andre Engels (20), AndreasGothe (2), Androl (0), Andrvoss (1), Anima (20), Antaios (20), Antifaschist 666 (0,16), Archer2000 (4), Aristedes (2f.), Arne List (8), Arnomane (7), ArtMechanic (0,4,12f.), Asb (4), Asdert (3), Atamari (12,16), Avatar (10,20), Azdak (5), BlueFISHas (0,3f.,14), BwBot (5,9,15), Babakus (8), Baddy0815 (0f.,8), Bahmoeiler (0), Barb (10,13), Baumanns (2f.), Baumi (2), Bdk (20), Ben-Zin (7), Bender235 (4,12,17), Bera (8), Berlin-Jurist (2f.,8f.), Bettenburg (4), Bettenlager (4), Bhuck (0), Bib (6), Birger Fricke (5), Blaubahn (3,6), Boris Friedrichs (8), Bota47 (2,7), Botteler (15,17,20f.), Brain (21), Braunbaer (0), Brazzy (6), Bricketop1 (14), Brion VIBBER (15), Bruhaha (4), Brumffuss (6f.), C.Löser (5), CDS (8), Calma (14), Calvin Ballantine (0f.), Captain Miller (2), Carbidfischer (8), Centic (14,21), Chalco (4), Chef (0), ChrisM (4), Chrisfrenzel (6,15), ChristianGünther (2,21), Christoph Wagener (3,10), ChristophDemmer (5,14), Ckeen (20), ClausH (10), Cljk (2), Cooper (8), Cornischong (4), Corny (6), Crux (0,2,4,15), Cyper (8), D (0,2f.,5,8,15), DL5MDA (6), DaB. (3), DaTroll (2,8), Dachris (0,2f.), Dai (3), Dan-Philipp (2), Danubius (9), Dapete (4), Darina (15), Darkone (4), David.wintzer (4), Dbenzhuser (4), Denisoliver (9,15f.), Density (8), DerGrobi (3), DerSchim (2), Devil m25 (9), Dg6xu (8), Dingo (9), Dirk33 (6), Dishayloo (6), Docleeter (2), Docmo (2f.), Dolos (15), Dominik (6,18), DonLeone (5), Drosophila (2f.), Duesentrieb (5), Dundak (0,3), E-qual (3), EBB (0f.,4,15), EKKi (0), E^(nix) (15), Echoray (5,8), Ehrhardt (3), Eike sauer (0), ELNuevoEinstein (3), ElRaki (15), Elian (20), Elizabeth A (4), Elwood j blues (0,2), Elya (2), EricS (20), Ericsteinert (7), ErikDunsing (4,6f.,20), Este (0), Evilboy (9), FEXX (8,10,15), FPM (8), Factumquintus (12,19), Fairway (10), Fb78 (8), Feinschreiber (9), Felixdamrau (20), Fell (20), Filzstift (8), Finanzer (0,3,8), FlaBot (6f.,12,15,17,20f.), Flingeflung (21), Florica (2), Forevermore (6,8), Frank Schulenburg (3), Frany (6), Friedemann Lindenthal (0,2), FriedhelmW (0), Fristu (5,8), FritzG (8), Frubi (8), Fusskopp (4), Fuzzy (21), G (5), Gary Luck (6), Gauss (15), Gebu (21), Geos (20), Geschichtsfan (6), Gigamike (8), Goerdi (2), Griesgram (15), Gruffi (8), Guety (12), Gum (2f.), Gunfighter-6 (0,3,8), Gunter.krebs (2,14), Gunther (2), H005 (4,17), HAL Neuntausend (2f.), HaSee (6), Hadhuey (6-8), Haeber (8,20), Hagbard (15), HajimeSaito (2), Hannes2 (4), Hansele (2f.), Hansgeorgwilhelm (6), Hardern (6), HaukeZuehl (17), He3nry (2), Head (3,15), Heidas (2), Heinte (8), HenHei (15), Herrick (2,12), Heurik (4), Hhc2 (5), Himmelsfisch (16), Hob Gadling (2), Hoch auf einem Baum (0,2f.,8,13), Hoheit (2), Hohenberg (21), Holodoc (15), Hongkonger (3), Hr (8), Huebi (8), Hurlbrink (3), Hutschi (10), Hydro (7), Hypnosekröte (8), Ich komm gleich hin, Southpark! (2), Idler (3), Infostelle (6), Ingocurt (15), Intheusa (0,3), Ishka (6), Ixitel (16,21), J budissin (0,2,6), JKA234 (3), JakobVoss (20), Jcornelius (2,9), Jeb (6), Jergen (3,20), Jirjen (3), Jofi (3), John (4), John N. (8), Joni2 (10), Jpp (6,8), Jubilatör (3), Juesch (0,2f.), KL47 (17), KaHe (5), Kapitän Nemo (0), Karl-Henner (3,7f.,20), Karl.Kirst (8), Kasselklaus (4), Katharina (20), Katty (15), Kdwnv (15), Keil (16), Keimzelle (8), Kh80 (0), King (3), Kingruedi (8,21), Kku (6f.), Kl833x9 (21), Klingleingelung (2f.), Kliv (3), Klugschnacker (15), Klxtctc (4), Koffer (2), Kolja21 (3), Kresspahl (20), Kristjan (6), Krtek76 (9), Kubrick (2,8), Kurt Jansson (0), Kurt seebauer (20), König Alfons der Viertelvorzwölftle (3), LIU (3f.), Landwirt (7), Langee (2,4), Lanzm (8,10), Learny (2), Leipnizkeks (0,2,4,15), Leonardo (15), Leparachutist (3), LittleJoe (6), Loolo (8), Lothar.S (8), Lukian (2), Lung (0), Lysis (15), Lyzzy (2f.,16), M.lange (20), M0rph (8), MAK (2f.), MBq (3), MD (20), MFM (15), MG freeze (4), Magadan (3f.), Maganus (4-6), Magnus Nufer (3), Makako (0), MalteRuhnke (4), Malula (4), Manu (0), Marcel Dunkelberg (10), Markus Mueller (2f.), MarkusHagenlocher (10), MarkusZi (0,7), Martin Aggel (15), Martin Götzer (6), Martin Sebastian Panzer (20), Martin-vogel (3,8), Marton (9), Marvins21 (19), Mathias Schindler (0,4,6,8,15,20), Matthäus Wander (15,20), Matze6587 (20), Max Plenert (0), Mcschreck (4), Mdangers (8), Mecker (6,15), Meleagros (3), Mellum (0), Meursault2004 (4), Mhi (8), Miaszko (20), Micgot (20), Micha99 (0), MichaHabilitzel (6), MichaelDiederich (7,17), Microsome (15), Migra (8), Mijobe (8), Mikroprozessor (6), MilesTeg (3), Minipark (0), Mkalz (8), Mkill (21), MlaWU (2f.), Molily (15), Morgaine (12), Mps (21), Mr. Anderson (8), MsChaos (2), Murtasa (15), Musik-chris (10), Mwka (4), NACHTFALKEueberBERLIN (8), Nagydaniel (0), Nainoa (8), Nameless (20), Necrophorus (15), Nerd (5,7f.,15), Neu01 (6), Neuroca (3), NiIenchiRyu (2,8), Nicor (4), Nikai (20), Nikola Herweg (4), Nina (2,6), NineBerry (2), Ninjamask (10,21), Nocturne (0), Odin (15), Olaf2 (0), OnkelMango (10), Onoxey (0), Orator (2), Osh (8), Ot (0), Otto (5), Pa-profi (0), Perrak (2), Peterlustig (0,8), Philipendula (2f.,6), Philipp Hertzog (6), Phtr88 (8), Pierre gronau (8), Pikar (6), Pischdi (2), Pischdi Hufnagel (3), Pismire (2), Pitichinaccio (8), Pixelfire (3), Plasmagunman (15), Pm (7,9), Polluks (10), Popp (8), Privo (17), Proofreader (3), RKRasch (0,3), RThielecke (2), Ralf Pfeifer (5), Ralf Roletschek (4), Rax (3), Raymond (4), Rdb (6), RedBot (4,15), Rho (6), Richardfabi (4), RigoJancsi (9), RoBri (8), Robert Kropf (4), RobertLechner (15,20), Robinhood (20), RobotE (0,6,8,10), RobotQuistnix (4f.,7f.,10f.,21), Rojo (2), Romankawe (2), Root axl (15), Rotkäppchen (2), Rueter, Horst (6), Rybak (0,12,15,20), Rynacher (18), Sanscolotte (4,14,20), Saperaud (9,15), Sarge Baldy (8), Sascha Brück (2), Schewek (7), Schlurcher (2), Schnargel (20), SchorSch (10), Schreibkraft (4), Schusch (4,6f.), Sdo (2), Seb80 (2), Sebastian Wallroth (4), Seidl (3), Sewa (9), Shannon (20), Shikeishu (16), Sicherlich (2f.), Silvercork (2), Simeon Kienzle (0), Sir (2), Sk-Bot (10), Sklaiber (0), Skriptor (0,2), Sloyment (4,15), Soebe (7), Sommerstoffel (6), SonicY (2f.,8,15), Southpark (0,2f.,8,15), Srbauer (6,10), Srittau (4), St.Kreker (0,2,15), St.s (15), Stahlkocher (4,21), Stardado (4), Stechlin (2), Stef74 (10), Stefan Kühn (4f.,15,20), Stefan64 (15), Stefanwege (15), Steffen (3), StephanK (6), StephanKetz (8), Stern (2,4,18), Steschke (2), SteveK (2), Stresemann (3), Subversiv-action (21), TMFS (2f.), Taschenrechner (2f.), Temistokles (15), Terranic (4), TheCze (15), TheK (7), Thoken (0,8), Thomasrichter71 (4), Threedots (7), Tigerente (11), TigerfaEchnapur (2), Tillwe (0), Tilo (8), Tim Schredder (19), Timo Müller (8), Tinloaf (2), Tinz (0), Tiontai (2), Togo (6f.), Tolonor von Preto (8), TomAlt (4), TomCatX (7), TomK32 (0f.,6,10,12), TorPedo (2), Torek (4), Triebtäter (6,20), Tzor (2,8,10), Tsui (8), Tullius (5), Turbobernd (17f.), UW (9), Udm (6,8), Ulfh (8), Ulrich.fuchs (4), Ulysses (2), Unscheinbar (0,2f.,8), Urbanus (4,21), Uwe Schwenker (0,3), Uwe W. (3), VanGore (9), Varulv (4), VerwaisterArtikel (20), Vinci (6), VisualBeo (0), Voevoda (3), Voyager (9), Vulkan (2f.), WHell (9), Wahldresdner (8), Waldir (15), Warp (5), Webkid (15), Wegner8 (5), Wetterman-Andi (8), Wiegand (5), Wiegels (4), Wignulf (20), Wikipedia ce (10), Wiska Bodo (6), Wodo (2), Wolfgang Nuss (4), Wolley (4), Wst (3,5,7,20), Wsto (3), Wuzel (8), Xarax (13), Xorx (14), Yeti69 (8), Yurik (3), YurikBot (2,20), Zahnstein (6-8), Zaphiro (2f.,8,15), Zaungast (2f.), Zebra (20), ZelleRed (2f.,6), Zenogantner (15), Zimmann (2), Zollstock (2f.), Zumbo (0,8,10), Zwobot (3-8,10,13,15,17,20f.), ;0-8-15! (4), ° (0)

Letzte Änderungen an den Artikeln

- 19. Alter_Jüdischer_Friedhof_an_der_Oberstraße um 00:06, 9. Jun 2005
- 3. Angela_Merkel um 22:24, 11. Sep 2005
- 7. Biogas um 13:35, 8. Sep 2005
- 0. Bundestagswahl_2005 um 09:42, 10. Sep 2005
- 12. Carl_van_Vechten um 13:07, 8. Sep 2005
- 20. Edvard_Munch um 21:04, 4. Sep 2005
- 11. Eisenhutblättriger_Hahnenfuß um 22:25, 11. Sep 2005
- 6. Erneuerbare_Energie um 17:42, 25. Aug 2005
- 16. Felix_the_Cat um 23:02, 22. Aug 2005
- 2. Gerhard_Schröder um 21:59, 1. Sep 2005
- 13. Harlem_Renaissance um 20:49, 19. Jul 2005

GNU FREE DOCUMENTATION LICENSE

Version 1.2, November 2002
Copyright (C) 2000,2001,2002 Free Software Foundation, Inc.
59 Temple Place, Suite 330, Boston, MA 02111-1307 USA
Everyone is permitted to copy and distribute verbatim copies of this license document, but changing it is not allowed.

0. PREAMBLE

The purpose of this License is to make a manual, textbook, or other functional and useful document "free" in the sense of freedom: to assure everyone the effective freedom to copy and redistribute it, with or without modifying it, either commercially or noncommercially. Secondly, this License preserves for the author and publisher a way to get credit for their work, while not being considered responsible for modifications made by others.

This License is a kind of "copyleft", which means that derivative works of the document must themselves be free in the same sense. It complements the GNU General Public License, which is a copyleft license designed for free software.

We have designed this License in order to use it for manuals for free software, because free software needs free documentation: a free program should come with manuals providing the same freedoms that the software does. But this License is not limited to software manuals; it can be used for any textual work, regardless of subject matter or whether it is published as a printed book. We recommend this License principally for works whose purpose is instruction or reference.

1. APPLICABILITY AND DEFINITIONS

This License applies to any manual or other work, in any medium, that contains a notice placed by the copyright holder saying it can be distributed under the terms of this License. Such a notice grants a world-wide, royalty-free license, unlimited in duration, to use that work under the conditions stated herein. The "Document", below, refers to any such manual or work. Any member of the public is a licensee,

15. Hugo_Chávez um 00:02, 4. Sep 2005

8. Hurrikan_Katrina um 11:32, 12. Sep 20051

7. Kilroy um 01:05, 3. Sep 20051

8. Kilroy_Kilroy_(Buch) um 16:51, 3. Sep 2004

9. Metro_Budapest um 19:22, 8. Sep 2005

4. Reichstagsgebäude um 14:28, 11. Sep 2005

10. Robert_Moog um 20:33, 11. Sep 2005

1. Urteil_des_Bundesverfassungsgerichts_zu_Neuwahlen_2005 um 00:29, 2. Sep 2005

14. Very_Large_Array um 20:07, 27. Aug 2005

5. Wahlsystem um 10:00, 9. Sep 2005

21. Yasukuni um 17:21, 26. Aug 2005

and is addressed as "you". You accept the license if you copy, modify or distribute the work in a way requiring permission under copyright law.

A "Modified Version" of the Document means any work containing the Document or a portion of it, either copied verbatim, or with modifications and/or translated into another language.

A "Secondary Section" is a named appendix or a front-matter section of the Document that deals exclusively with the relationship of the publishers or authors of the Document to the Document's overall subject (or to related matters) and contains nothing that could fall directly within that overall subject. (Thus, if the Document is in part a textbook of mathematics, a Secondary Section may not explain any mathematics.) The relationship could be a matter of historical connection with the subject or with related matters, or of legal, commercial, philosophical, ethical or political position regarding them.

The "Invariant Sections" are certain Secondary Sections whose titles are designated, as being those of Invariant Sections, in the notice that says that the Document is released under this License. If a section does not fit the above definition of Secondary then it is not allowed to be designated as Invariant. The Document may contain zero Invariant Sections. If the Document does not identify any Invariant Sections then there are none.

The "Cover Texts" are certain short passages of text that are listed, as Front-Cover Texts or Back-Cover Texts, in the notice that says that the Document is released under this License. A Front-Cover Text may be at most 5 words, and a Back-Cover Text may be at most 25 words.

A "Transparent" copy of the Document means a machine-readable copy, represented in a format whose specification is available to the general public, that is suitable for revising the document straightforwardly with generic text editors or (for images composed of pixels) generic paint programs or (for drawings) some widely available drawing editor, and that is suitable for input to text formatters or for automatic translation to a variety of formats suitable for input to text formatters. A copy made in an otherwise Transparent file format whose markup, or absence of

markup, has been arranged to thwart or discourage subsequent modification by readers is not Transparent. An image format is not Transparent if used for any substantial amount of text. A copy that is not "Transparent" is called "Opaque".

Examples of suitable formats for Transparent copies include plain ASCII without markup, Texinfo input format, LaTeX input format, SGML or XML using a publicly available DTD, and standard-conforming simple HTML, PostScript or PDF designed for human modification. Examples of transparent image formats include PNG, XCF and JPG. Opaque formats include proprietary formats that can be read and edited only by proprietary word processors, SGML or XML for which the DTD and/or processing tools are not generally available, and the machine-generated HTML, PostScript or PDF produced by some word processors for output purposes only.

The "Title Page" means, for a printed book, the title page itself, plus such following pages as are needed to hold, legibly, the material this License requires to appear in the title page. For works in formats which do not have any title page as such, "Title Page" means the text near the most prominent appearance of the work's title, preceding the beginning of the body of the text.

A section "Entitled XYZ" means a named subunit of the Document whose title either is precisely XYZ or contains XYZ in parentheses following text that translates XYZ in another language. (Here XYZ stands for a specific section name mentioned below, such as "Acknowledgements", "Dedications", "Endorsements", or "History".) To "Preserve the Title" of such a section when you modify the Document means that it remains a section "Entitled XYZ" according to this definition.

The Document may include Warranty Disclaimers next to the notice which states that this License applies to the Document. These Warranty Disclaimers are considered to be included by reference in this License, but only as regards disclaiming warranties; any other implication that these Warranty Disclaimers may have is void and has no effect on the meaning of this License.

2. VERBATIM COPYING

You may copy and distribute the Document in any medium, either commercially or noncommercially, provided that this License, the copyright notices, and the license notice saying this License applies to the Document are reproduced in all copies, and that you add no other conditions whatsoever to those of this License. You may not use technical measures to obstruct or control the reading or further copying of the copies you make or distribute. However, you may accept compensation in exchange for copies. If you distribute a large enough number of copies you must also follow the conditions in section 3.

You may also lend copies, under the same conditions stated above, and you may publicly display copies.

3. COPYING IN QUANTITY

If you publish printed copies (or copies in media that commonly have printed covers) of the Document, numbering more than 100, and the Document's license notice requires Cover Texts, you must enclose two copies in covers that carry, clearly and legibly, all these Cover Texts: Front-Cover Texts on the front cover, and Back-Cover Texts on the back cover. Both covers must also clearly and legibly identify you as the publisher of these copies. The front cover must present the full title with all words of the title equally prominent and visible. You may add other material on the covers in addition. Copying with changes limited to the covers, as long as they preserve the title of the Document and satisfy these conditions, can be treated as verbatim copying in other respects.

If the required texts for either cover are too voluminous to fit legibly, you should put the first ones listed (as many as fit reasonably) on the actual cover, and continue the rest onto adjacent pages.

If you publish or distribute Opaque copies of the Document numbering more than 100, you must either include a machine-readable Transparent copy along with each Opaque copy, or state in or with each Opaque copy a computer-network location from which the general network-using public has access to download using public-standard network protocols a complete Transparent copy of the Document, free of added material. If you use the latter option, you must take reasonable prudent steps, when you begin distribution of Opaque copies in quantity, to ensure that this Transparent copy will remain thus accessible at the stated location until at least one year after the last time you distribute an Opaque copy (directly or through your agents or retailers) of that edition to the public. It is requested, but not required, that you contact the authors of the Document well before redistributing any large number of copies, to give them a chance to provide you with an updated version of the Document.

4. MODIFICATIONS

You may copy and distribute a Modified Version of the Document under the conditions of sections 2 and 3 above, provided that you release the Modified Version under precisely this License, with the Modified Version filling the role of the Document, thus licensing distribution and modification of the Modified Version to whoever possesses a copy of it. In addition, you must do these things in the Modified Version:

A. Use in the Title Page (and on the covers, if any) a title distinct from that of the Document, and from those of previous versions (which should, if there were any, be listed in the History section of the Document). You may use the same title as a previous version if the original publisher of that version gives permission.

B. List on the Title Page, as authors, one or more persons or entities responsible for authorship of the modifications in the Modified Version, together with at least five of the principal authors of the Document (all of its principal authors, if it has fewer than five), unless they release you from this requirement.

C. State on the Title page the name of the publisher of the Modified Version, as the publisher.

D. Preserve all the copyright notices of the Document.

E. Add an appropriate copyright notice for your modifications adjacent to the other copyright notices.

F. Include, immediately after the copyright notices, a license notice giving the public permission to use the Modified Version under the terms of this License, in the form shown in the Addendum below.

G. Preserve in that license notice the full lists of Invariant Sections and required Cover Texts given in the Document's license notice.

H. Include an unaltered copy of this License.

I. Preserve the section Entitled "History", Preserve its Title, and add to it an item stating at least the title, year, new authors, and publisher of the Modified Version as given on the Title Page. If there is no section Entitled "History" in the Document, create one stating the title, year, authors, and publisher of the Document as given on its Title Page, then add an item describing the Modified Version as stated in the previous sentence.

J. Preserve the network location, if any, given in the Document for public access to a Transparent copy of the Document, and likewise the network locations given in the Document for previous versions it was based on. These may be placed in the "History" section. You may omit a network location for a work that was published at least four years before the Document itself, or if the original publisher of the version it refers to gives permission.

K. For any section Entitled "Acknowledgements" or "Dedications", Preserve the Title of the section, and preserve in the section all the substance and tone of each of the contributor acknowledgements and/or dedications given therein.

L. Preserve all the Invariant Sections of the Document, unaltered in their text and in their titles. Section numbers or the equivalent are not considered part of the section titles.

M. Delete any section Entitled "Endorsements". Such a section may not be included in the Modified Version.

N. Do not retitle any existing section to be Entitled "Endorsements" or to conflict in title with any Invariant Section.

O. Preserve any Warranty Disclaimers.

If the Modified Version includes new front-matter sections or appendices that qualify as Secondary Sections and contain no material copied from the Document, you may at your option designate some or all of these sections as invariant. To do this, add their titles to the list of Invariant Sections in the Modified Version's license notice. These titles must be distinct from any other section titles.

You may add a section Entitled "Endorsements", provided it contains nothing but endorsements of your Modified Version by various parties—for example, statements of peer review or that the text has been approved by an organization as the authoritative definition of a standard.

You may add a passage of up to five words as a Front-Cover Text, and a passage of up to 25 words as a Back-Cover Text, to the end of the list of Cover Texts in the Modified Version. Only one passage of Front-Cover Text and one of Back-Cover Text may be added by (or through arrangements made by) any one entity. If the Document already includes a cover text for the same cover, previously added by you or by arrangement made by the same entity you are acting on behalf of, you may not add another; but you may replace the old one, on explicit permission from the previous publisher that added the old one.

The author(s) and publisher(s) of the Document do not by this License give permission to use their names for publicity for or to assert or imply endorsement of any Modified Version.

5. COMBINING DOCUMENTS

You may combine the Document with other documents released under this License, under the terms defined in section 4 above for modified versions, provided that you include in the combination all of the Invariant Sections of all of the original documents, unmodified, and list them all as Invariant Sections of your combined work in its license notice, and that you preserve all their Warranty Disclaimers.

The combined work need only contain one copy of this License, and multiple identical Invariant Sections may be replaced with a single copy. If there are multiple Invariant Sections with the same name but different contents, make the title of each such section unique by adding at the end of it, in parentheses, the name of the original author or publisher of that section if known, or else a unique number. Make the same adjustment to the section titles in the list of Invariant Sections in the license notice of the combined work.

In the combination, you must combine any sections Entitled "History" in the various original documents, forming one section Entitled "History"; likewise combine any sections Entitled "Acknowledgements", and any sections Entitled "Dedications". You must delete all sections Entitled "Endorsements".

6. COLLECTIONS OF DOCUMENTS

You may make a collection consisting of the Document and other documents released under this License, and replace the individual copies of this License in the various documents with a single copy that is included in the collection, provided that you follow the rules of this License for verbatim copying of each of the documents in all other respects.

You may extract a single document from such a collection, and distribute it individually under this License, provided you insert a copy of this License into the extracted document, and follow this License in all other respects regarding verbatim copying of that document.

7. AGGREGATION WITH INDEPENDENT WORKS

A compilation of the Document or its derivatives with other separate and independent documents or works, in or on a volume of a storage or distribution medium, is called an "aggregate" if the copyright resulting from the compilation is not used to limit the legal rights of the compilation's users beyond what the individual works permit. When the Document is included in an aggregate, this License does not apply to the other works in the aggregate which are not themselves derivative works of the Document.

If the Cover Text requirement of section 3 is applicable to these copies of the Document, then if the Document is less than one half of the entire aggregate, the Document's Cover Texts may be placed on covers that bracket the Document within the aggregate, or the electronic equivalent of covers if the Document is in electronic form. Otherwise they must appear on printed covers that bracket the whole aggregate.

8. TRANSLATION

Translation is considered a kind of modification, so you may distribute translations of the Document under the terms of section 4. Replacing Invariant Sections with translations requires special permission from their copyright holders, but you may include translations of some or all Invariant Sections in addition to the original versions of these Invariant Sections. You may include a translation of this License, and all the license notices in the Document, and any Warranty Disclaimers, provided that you also include the original English version of this License and the original versions of those notices and disclaimers. In case of a disagreement between the translation and the original version of this License or a notice or disclaimer, the original version will prevail.

If a section in the Document is Entitled "Acknowledgements", "Dedications", or "History", the requirement (section 4) to Preserve its Title (section 1) will typically require changing the actual title.

9. TERMINATION

You may not copy, modify, sublicense, or distribute the Document except as expressly provided for under this License. Any other attempt to copy, modify, sublicense or distribute the Document is void, and will automatically terminate your rights under this License. However, parties who have received copies, or rights, from you under this License will not have their licenses terminated so long as such parties remain in full compliance.

10. FUTURE REVISIONS OF THIS LICENSE

The Free Software Foundation may publish new, revised versions of the GNU Free Documentation License from time to time. Such new versions will be similar in spirit to the present version, but may differ in detail to address new problems or concerns. See <http://www.gnu.org/copyleft/>.

Each version of the License is given a distinguishing version number. If the Document specifies that a particular numbered version of this License "or any later version" applies to it, you have the option of following the terms and conditions either of that specified version or of any later version that has been published (not as a draft) by the Free Software Foundation. If the Document does not specify a version number of this License, you may choose any version ever published (not as a draft) by the Free Software Foundation.